DM 7,-

Informationsbroschüre der Antifaschistischen Aktion Berlin 1995-98

Das Konzept Antifa

Grundsatztexte und Konkretes

Es wird aber gut sein, wenn ihr nicht in Gedanken
eine Wohnung bis auf den letzten Nagel im Kopf einrichtet,
die es dann zu verwirklichen gilt.
Behaltet euch lieber so viel wie möglich vor.
Beim Planen zerstreitet man sich leichter als beim Ausführen
und beim Ausführen fällt einem mehr ein als beim Planen.
Hütet euch, die Diener von Idealen zu werden;
sonst werdet ihr schnell die Diener von Pfaffen sein.
(Bertolt Brecht)

Wir sind nichts, was

(Maurice Merleau-Ponty)

Die vorliegende Broschüre »Das Konzept Antifa« wurde von der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) verfaßt. Sie stellt eine Bestandsaufnahme aus einem noch längst nicht abgeschlossenen Diskussionsprozeß über Möglichkeiten und Perspektiven antifaschistischen Engagements dar. Selbstverständlich wird nicht jede Aussage von allen Gruppenmitgliedern geteilt. Ziel der Broschüre ist die Begründung konsequenter linker Politik. Dies geschieht anhand von zehn Gesichtspunkten, die von jeder linken Gruppe Antworten erfordern. Alle zehn Aufgabenbereiche werden durch einen grundsätzlichen Text eingeleitet. Danach folgt jeweils ein Beispiel aus der Politik der AAB, das ausführlich und in seinen Zusammenhängen dargestellt wird. Damit wollen wir unser Konzept aus fünf Jahren praktischer Politik zur Diskussion stellen und Vorschläge machen für eine notwendige Auseinandersetzung. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns natürlich.

REVOLUTIONÄRE PERSPEKTIVE

ANSATZPUNKT

GESCHICHTSBEZUG

Antifaschistische
Aktion Berlin
Engeldamm 68
10179 Berlin
Tel: 030/27 56 07 56
Fax: 030/27 56 07 55
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aab

wir wollen ist alles!

V.I.S.D.P. Barbara Kistler • Oranienstraße 5 • 10997 Berlin

Antifa ist der Kampf ums Ganze!

Ich bin überzeugt,
daß etwas, was wichtig ist,
mit allem verbunden ist,
was Menschen wichtig ist.
(Anna Seghers)

Erfolg mißt sich am Ziel

Der Erfolg jedes linken Konzeptes mißt sich an der doppelten Aufgabe, Leute zu erreichen und zu politisieren. Um überhaupt wahrgenommen zu werden, ist ein »Ansatzpunkt« nötig, also ein nachvollziehbares Thema. Das Eingreifen im Themenfeld bietet aber nur dann eine dauerhafte Perspektive, wenn es als Hebel eingesetzt werden kann, um inhaltliche Orientierungen zu vermitteln.

»Ansatzpunkt« und »inhaltliche Orientierung« sind keine Frage von »Entweder-Oder«. Ohne Wissen um das »Wofür« lohnt sich kein konkretes Eingreifen. Und ohne den Versuch gesellschaftlicher Einflußnahme ist jede politische Theorie wertlos.

Antifa-Politik läuft darauf hinaus, das Hauptgewicht auf das Konkrete zu legen, also auf Wahrnehmbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Praxis. Die inhaltlichen Grundlagen bleiben auf die grobe Orientierung begrenzt, die sich aus der Wahl des Themenfeldes ergibt. Dies ist für uns die zeitgemäßeste Form linker Politik.

Du hast die Zeit nicht gewählt, in der du aufgewachsen bist

»Zeitgemäß« bedeutet, daß Ausgangslage aller politischen Überlegungen die momentane Situation ist. Der weltweite Siegeszug des Kapitalismus konfrontiert uns mit folgenden Tendenzen als täglicher Erfahrung:

- völlige Entpolitisierung des gesellschaftlichen Mainstreams, durchgesetzt hat sich sogar im Alltagsbewußtsein eine Ahnung von der richtigen marxistischen Analyse, daß die Ökonomie alle sozialen Sachverhalte durchwirkt. Dies führt allerdings zu keinen Widerstandshandlungen, sondern zur Anpassung; Politik ist der Spielraum zur Verwaltung genau geklärter Aufgaben und zum Detailstreit über Fragen, die im Grundsätzlichen längst gelöst sind. Die Einordnung sozialer Themen in das Links-Rechts-Schema gilt als erledigt, diskutiert wird um die »Sache an sich«. Diese Orientierung an vermeintlichen Sachzwängen kapitalistischer Verwertungslogik ist Ausdruck eines Bewußtseins, das die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse als naturgegeben darstellt und nicht mehr als historisch geworden und somit auch als veränderbar begreift.
- Kennzeichen derer, die sich trotzdem weiterhin als Linke bezeichnen: Selbstzerfleischung und Abwesenheit außerhalb der zugewiesenen Nischen. Linke Positionen haben ihre festen Plätze: als nicht zu ernst gemeintes Beiwerk in der Kultur- und Medienarbeit, also in der Welt der möglichst großartig formulierten Ideen; in den Sekten, also als gesellschaftlich isoliertes Strandgut und in den Seminaren, also bei der Jugend, beim sozial bevorzugten Bildungsnachwuchs, der den Ernst des Lebens schon noch kennenlernen wird.
- Kennzeichen aller modernen Industriestaaten ist die Individualisierung, die Auflösung aller solidarischen Beziehungen, oft von den Einzelnen durchgesetzt mit Selbstbehauptungsrhetorik (»Ich tu, was ich will«). Zwangsläufig bedeutet Vereinzelung die Orientierung an individuellen Kosten-Nutzen-Rechnungen als letztem Maßstab. Daraus folgt die nachlassende Bindungskraft und Dauerhaftigkeit aller sozialen Beziehungen.

Programm oder Projekt

Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund ist es offensichtlich einfach, sich eine sehr spezielle radikale Meinung zu konstruieren (oder sie auch wieder fallenzulassen). Der Orientierungswert solcher Ausführungen ist allerdings eher gering. Wenn die Linke bestenfalls mit weltfremder Zerstrittenheit gleichgesetzt wird, ist der theoretische Linienkampf die falsche Konsequenz. Erster Schritt einer linken Perspektive ist es, viele Leute zu eigener Beteiligung anzuregen und Dauerhaftigkeit zu beweisen; am Anfang steht eben nicht die Erarbeitung

Antifa-Demo Bonn 30.1.92: »Eingreifen bietet aber nur dann eine dauerhafte Perspektive, wenn es als Hebel eingesetzt werden kann, um inhaltliche Orientierungen zu vermitteln.«



Antifa Bonn-Rhein/Sieg

genauer Positionen, die dann nur noch ihre AnhängerInnen finden müssen. Denn es gibt zwar keine dauerhaften oppositionellen Strömungen von links, aber jede Menge oppositionelle Positionen: originelle, kompetente, radikale, widersprüchliche, zufällige; manche Leute sollen sogar davon leben.

Deshalb muß der inhaltliche Kampf sammeln anhand der grundsätzlichen Fragen, es geht um nachvollziehbare Grundorientierungen. Dafür ist ein ausformuliertes Programm, also eine angestrebte Partei nicht zeitgemäß. Gerade mit der Geschlossenheit eines revolutionären Programms wird sie als Sekte mißverstanden, alle Aktion wird als Eigenwerbung aufgefaßt. Verbunden wird mit solchen Gruppen genau der Kleinmut und Eigennutz, gegen den viele ihre Politisierung richten.

Noch Anfang der siebziger Jahre konnten die »K-Gruppen« als kommunistische Klein-Parteien in der BRD 100 000 AnhängerInnen mobilisieren, doch schon in den Achtziger Jahren zerfielen sie und wurden abgelöst von den »Neuen sozialen Bewegungen«, die sich an konkreten Fragen orientierten (Hausbesetzungen, Anti-Atom, Friedensbewegung, Antifa). Gesellschaftlich bedingt, hat seitdem kein politischer Zusammenhang auch nur Minimalerfolge, der sich nicht als »Strömung« definiert, also als pluralistisch , sammelnd oder dem konkreten Anliegen verpflichtet; von Grünen und PDS bis zu den Autonomen und den Bürgerinitiativen.









»Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund ist es offensichtlich einfach, sich eine sehr spezielle radikale Meinung zu konstruieren. Der Orientierungswert solcher Ausführungen ist allerdings eher gering.«

Zukunftsperspektive Antifa

Der Erfolg jedes linken Konzeptes mißt sich an der doppelten Aufgabe, Leute zu erreichen und zu politisieren. Ideal ist dafür die politische Position als radikaler Kern innerhalb einer breit wirksamen Bewegung.

Damit eine solche Bewegung wirksam ist, braucht sie einen Ansatzpunkt. Sie muß sie sich um ein Anliegen gruppieren, um eine Idee, die sich auf das eigene Leben und die momentane Situation beziehen läßt.

- Es geht darum, in einem Problem der Alltagserfahrung die politische Dimension überhaupt erst mal nachzuweisen.
- Die Bedeutung der Linken für die Lösung des Problems muß demonstrierbar sein.
- Das Thema muß Engagement, also eine klare Frontstellung ermöglichen.
- Die Ernsthaftigkeit des Anliegens sollte sich auch an den praktischen Anforderungen an Verbindlichkeit, Konsequenz und Kontinuität beweisen können.

Erst auf dieser Grundlage kann weiter angesetzt werden:

- Die Vertiefung in das Thema muß Radikalisierung der Grundorientierungen und Horizonterweiterung nahelegen.
- die Berechtigung des Rechts-links-Gegensatzes sollte deutlich sein, also sowohl Bezug genommen werden auf Antikapitalismus als auch auf geschichtliche Wurzeln.
- Die konsequente Lösung des Problems muß systemüberwindend sein.

Unser Konzept, das wir in der vorliegenden Broschüre vermitteln wollen, ist »Revolutionärer Antifaschismus«. »Revolutionär« bedeutet die Ausrichtung auf grundsätzliche, fundamentale Umwälzung der bestehenden Lebensverhältnisse.



MTV

MTV-Interview 1995 mit der Antifaschistischen Aktion Berlin: »Erfolg mißt sich an der doppelten Aufgabe, Leute zu erreichen und zu politisieren.«

Miteingeschlossen ist dabei die Weigerung, sich auf die Spielregeln des Bestehenden einzulassen. Die einzige Zukunft, für die sich politische Anstrengung in welcher Form auch immer lohnt, ist das gründlich Andere.

Revolutionärer Antifaschismus als eigenständiges Konzept

Revolutionärer Antifaschismus steht für ein solches weitergehendes Verständnis. Der Nationalsozialismus als deutsche Ausprägung des Faschismus etwa kann nicht verstanden werden, ohne kapitalistisch geprägte Vergesellschaftung und Profitinteressen des Großkapitals in den Blick zu nehmen: Die grausame Zerschlagung der organisierten Linken und der Arbeiterbewegung, die Unterwerfung der ArbeiterInnen unter das Kommando der zu »Betriebsführern« ernannten UnternehmerInnen, eine an der Schaffung idealer Verwertungsbedingungen orientierte Wirtschaftspolitik und natürlich der von den Deutschen entfesselte Eroberungskrieg mit seinen Millionen Toten waren Bestandteil des imperialistischen Expansionsprogramms der Herrschenden.
Doch so offensichtlich diese prokapitalistische Funktion des Faschismus auch ist, so wenig hilft der Verweis auf unmittelbare Kapitalinteressen bei der Erklärung des Massenanhangs des Nationalsozialismus oder der Ermordung der europäischen Juden weiter. Der deutsche Faschismus ist nicht zuletzt ein Beleg für die Wirkungsmacht und Zerstörungskraft unterdrückerischer Ideologien wie Rassismus und Nationalismus.
Wer aber nicht den Biologismus der Rechten teilt und die Ursachen für den massenhaften reaktionären Wahn in einer angeblich aggressiven Natur des Menschen zu finden glaubt, wird diesen zwangsläufig als Ausdruck bedrückender Lebensverhältnisse werten müssen. Konsequenter Antifaschismus begreift deshalb den Kampf gegen den Faschismus auch als Kampf gegen die gesellschaftlichen Bedingungen, aus denen heraus die Bereitschaft der Menschen entsteht, faschistische Denkmuster anzunehmen: Kampf gegen patriarchale und autoritäre Strukturen, gegen den zerstörerischen Kapitalismus, der geprägt ist von Konkurrenz und Ausbeutung,

Entfremdung und realer Ohnmacht des Einzelnen gegenüber dem System. Konsequenter Antifaschismus hat deshalb eine revolutionäre, antikapitalistische Ausrichtung.

Hinter dem Faschismus steht das Kapital?

Antikapitalistische Orientierung war schon in den Achtziger Jahren Kennzeichen der revolutionären Antifa. Dieser Ansatz ging zurück auf die K-Gruppen und die militant kämpfenden Gruppen, die als »Terroristen« diffamiert wurden.

Unpopulär wurden die entsprechenden Inhalte durch die zum Teil originalgetreue Übernahme der sogenannten »Dimitroff-Theorie« von 1935. Dimitroff vertrat in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Kommunistischen Internationale die These, der Faschismus an der Macht sei »die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«.

Mit dieser instrumentalistischen These, die die Nazis als Werkzeuge in der Hand der Kapitalisten begreift, konnten sich auch in der radikalen Linken zunehmend weniger Leute anfreunden. Aus folgenden Gründen:

- In den Sozialwissenschaften hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß gesellschaftliches Leben nicht so funktioniert, daß sich irgendwo Herrschaftseliten zusammensetzen und die Weltgeschicke planen. Das komplexe Gefüge westlicher Industrienationen ist nicht vollständig steuerbar, sondern hat Eigendynamik. Zudem sind alle Akteure des Systems selber an Sachzwänge gebunden. Ohne einen gewissen Grad der Zustimmung durch die Bevölkerung läßt sich kein politisches System aufrechterhalten, so daß das Klischee vom heimlichen »Drahtzieher« zu viele Aspekte ausblendet und vor allem als Verschwörungstheorie existiert. Die Ignoranz gegenüber der faschistischen Massenbasis führte etwa in der kommunistischen Diskussion noch Mitte der 30er Jahre zu der fatalen Einschätzung, man befinde sich in einer revolutionären Situation und das Proletariat als revolutionäres Subjekt der Geschichte stünde kurz davor, die faschistische Diktatur und die Herrschaft des Kapitals hinwegzufegen.
- Die monokausale, an der Ökonomie ausgerichtete Erklärung des Nationalsozialismus wurde überdies angesichts der millionenfachen Ermordung der Juden und anderer, als »rassisch minderwertig« ausgesonderter Bevölkerungsgruppen in Frage gestellt. Die sogenannten Bündnistheorien deuteten den deutschen Faschismus daher als ein Bündnis zwischen Kapital und den Nazis als politischen Machthabern, das auf gemeinsamen Interessen beruhte. Welcher der Bündnispartner die Oberhand errang, lag an der jeweiligen historischen Situation. Der Holocaust wurde in diesem Zusammenhang von einigen TheoretikerInnen als Beleg der Eigendynamik und Verselbständigung des rassistischen Antisemitismus der Nazis gegenüber den ökonomischen Interessen des Kapitals gedeutet. Andere HistorikerInnen betteten hingegen die Judenvernichtung in die Zweckrationalität bevölkerungspolitischer und ökonomischer Planungen ein und sprachen von einer »Ökonomie der Endlösung«.

Die Kritik an der verkürzten »Dimitroff-Theorie« führte in der radikalen Linken zum Betonen neuer Aspekte, zur Berücksichtigung anderer politischer Kämpfe als der Klassenwidersprüche: z.B. der antinationale Standpunkt, daß Antisemitismus als Teil des deutschen Nationalcharakters ohnehin fest in der deutschen Bevölkerung verankert ist. Oder der antipatriarchale Standpunkt, daß Männerbündelei und die Verherrlichung des soldatischen Mannes als wesentlich für den Faschismus anzusehen sind.

So bestanden viele Strömungen auf strenger Abgrenzung gegen die klassischen Erklärungsmuster. Gerade die BRD-Autonomen traten ja Ende der siebziger Jahre aus Ablehnung »parteiverdächtiger« Strukturen erstmals als »autonome Gruppen« auf und lehnten meistens die Geschlossenheit kommunistischer



Widerstand gegen das NPD-Deutschlandtreffen Frankfurt 1978: »Dieser Ansatz ging zurück auf die K-Gruppen und die militant kämpfenden Gruppen, die als Terroristen diffamiert wurden.«

Theorie als »starr und dogmatisch« ab. Allerdings mußten die Autonomen in den Achtziger Jahren die unerfreuliche Erfahrung machen, daß engstirniger Dogmatismus, Intrigen und Linienkampf auch im »Sponti«-Spektrum auftraten. Solche Erscheinungen waren offensichtlich nicht unmittelbare Folge kommunistischer Orientierung.

Platt ist noch nicht platt genug

Mittlerweile hat sich die historische Forschung über den Faschismus extrem ausdifferenziert. Das heißt, es gibt einen unüberschaubaren Dschungel von Detailstudien und unterschiedlichen Erklärungsmustern. Globaltheorien werden der historischen Komplexität naturgemäß nicht gerecht und vereinfachen die Vielschichtigkeit gesellschaftlicher Wirklichkeit. Gleichzeitig zeigt sich aber in den verschiedensten Bereichen, wie notwendig und richtig Vereinfachungen sind. Oder als soziologisches Schlagwort: Die »Reduzierung von Komplexität«, also die Vereinfachung, ist kein Problem, sondern die Lösung, solange die Vereinfachung sich auf Wesentliches konzentriert. Eine Landkarte im Maßstab 1:1 wäre zwar genau, aber für den Gebrauch als Landkarte völlig nutzlos.

Diese Einsicht wird aus politischer Perspektive noch bestärkt: Wenn schon inhaltlich die »neue Unübersichtlichkeit« herrscht, ist es verkehrt, diese Unübersichtlichkeit noch zu erhöhen oder selber zu übernehmen. Wer politisch wirken will, muß Einfluß nehmen, muß also eine Richtung und eine eindeutige Stellungnahme vorgeben. Deshalb hat auch eine platte Aussage wie »Hinter dem Faschismus steht das Kapital« – so problematisch ihre Verkürzung der historischen Realität auch sein mag – ihre Berechtigung als Demoparole nicht verloren.

Die Ablehnung des kapitalistischen Systems bleibt als Lehre aus dem Nationalsozialismus unumstößlich. Antifaschismus hat in sich angelegt eine geschichtliche Dimension, die auch von bürgerlicher Propaganda nur schwer verwischt werden kann. Antifaschismus stellt zwangsläufig den gewünschten Bezug zur Geschichte her, ohne den keine sinnvolle politische Orientierung möglich ist und der zunehmend verteidigt werden muß. So wird der Blick geschärft für die nach wie vor relevanten Konfliktlinien, die historisch unter dem Begriff »Antiimperialismus« gefaßt wurden. In keiner vergleichbaren geschichtlichen Situation wie in den Jahren von 1933-45 zeigt sich so deutlich, wozu das Kapital in Zeiten der Krise imstande ist. Selbst für die einzigartigen Menschheitsverbrechen der Nazis fanden sich bereitwillige Finanziers und Profiteure – das zu den Akten gelegte Gesicht von Siemens (»Wir gehören zur Familie«) oder Deutscher Bank (»Vertrauen ist der Anfang von allem«).

Darauf die Hauptagitation zu richten, bedeutet nicht die Leugnung anderer Aspekte. Revolutionärer Antifaschismus schließt den Kampf gegen das Patriarchat, gegen Volkstümelei und Rassismus mit ein. Die umfassenden politischen Fundamente von revolutionärem Antifaschismus deutlich zu machen, ist eine Aufgabe, der wir uns u.a. mit dem Konzept der vorliegenden Broschüre stellen.



Fotomontage – Historisches Treffen Hitler und Carl Friedrich Siemens mit aktuellem Slogan: »Antifaschismus stellt zwangsläufig den gewünschten Bezug zur Geschichte her und schärft den Blick für die nach wie vor relevanten Konfliktlinien.«



Unter dem Logo der Antifaschistischen Aktion – »Stoppt Strauß«-Demo gegen die Kanzlerkandidatur des CSU-Rechtsaußen Franz Josef Strauß (Hamburg 1980). Die Kampagne, der sich viele Liberale anschlossen, war erfolgreich: Strauß mußte eine empfindliche Wahlniederlage hinnehmen. Treibende Kraft war der Kommunistische Bund (KB), der von der Faschisierung der BRD ausging. Durch diese falsche These ließ sich die »hohe Politik« ideal verbinden mit den Vorteilen der Antifa-Praxis: Breite Bündnisse, Bewegungsnähe usw.

AK

Alles fängt mit Antifa an, nichts hört dabei auf

Mit Gründung der »Antifaschistischen Aktion/bundesweite Organisation« 1991 wurde revolutionärer Antifaschismus als eigenständiger Ansatz aufgegriffen. Damit wurde die Konsequenz gezogen aus dem praktischen Erfolg dieses Konzeptes aus den letzten 20 Jahren: Überall Antifas, aber kaum inhaltliche Schlußfolgerungen, die über Vereinnahmung hinausgingen.
Wo Antifaschismus für Kampagnen aufgegriffen wurde, waren es jeweils massenwirksame Projekte der dahinterstehenden kommunistischen Gruppen (Rock gegen Rassismus in England durch die Trotzkisten in den 70er Jahren, »Stoppt Strauß« 1980 durch den KB, »Jugend gegen Rassismus in Europa« durch die SAV in den 90er Jahren). Schwierigkeiten ergaben sich daraus, daß Antifa nur ein Lockmittel war, um Menschen an die jeweiligen Organisationen mit ihren speziellen Programmen heranzuführen.

In unserem Verständnis ist »Antifa«, also das Aufgreifen von Antifaschismus als Konzept, weder Lockmittel noch Notlösung. Alles fängt mit Antifa an, aber nichts hört dabei auf. So kommt es, ausgehend vom Kernbereich, zur Beschäftigung mit allen Fragen, die für die gesamte Linke anstehen. Allerdings bleibt dies immer verbunden mit dem konkreten Anliegen von Antifa-Arbeit. Damit bauen wir keinen Gegensatz auf zu anderen linken Perspektiven und verteidigen jede Solidarität und Anschlußfähigkeit an andere linke Ansätze. Jedes vorwärtsgerichtete Engagement ist verbunden mit der Frage nach dem Begreifen gesellschaftlicher Zusammenhänge, nach dem dazugehörigen Menschenbild, nach persönlicher Weiterentwicklung. Jede konsequente Vertiefung in Teilbereiche kann zu gesamtgesellschaftlicher Radikalisierung führen. Der Kampf ums Ganze – drunter tun wir es nicht.

z.B. 1.5.98
1. Mai in Berlin

Der Mai bleibt rot

Seit 1996 beteiligt sich die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) an der Bündnisvorbereitung zur »revolutionären 1.Mai-Demo« in Berlin ab Rosa-Luxemburg-Platz. Dabei wird als zentraler Inhalt eine grundsätzliche Kritik an den bestehenden Verhältnissen auf die Straße getragen. In den beiden Jahren seit dem Wiederaufgreifen der sammelnden Idee beteiligten sich jeweils über 10000 TeilnehmerInnen an den öffentlich vielbeachteten Demonstrationen.

Gleichzeitig versuchen seit den 90er Jahren die Nazis verstärkt, den 1.Mai in Berlin (und in anderen Städten) für sich zu besetzen. Teilweise von Antifas auseinandergejagt, teilweise aber auch unbehindert marschierten sie fast jährlich auf. Für uns bedeutet revolutionärer Antifaschismus, daß wir ihnen dieses Datum nicht überlassen dürfen. Dazu gehört, daß wir jeden rechten Aufmarsch verhindern, aber auch eigene Akzente auf einer linken Demo setzen. Das eine ohne das andere ist perspektivlos. Denn auch unabhängig von faschistischen Provokationen ist uns die Wichtigkeit von wahrnehmbaren linken Aktivitäten bewußt.

Die Kontinuität des Kampftags

Solange der Kapitalismus nicht überwunden ist, wird es auch berechtigten Widerstand und Kämpfe dagegen geben. Diese Idee hat sich symbolisch durchgesetzt in der Geschichte des ersten Mai als weltweitem Kampf- und Solidaritätstag der Arbeiterklasse. Und genau in diesem Sinne verkörpert dies Datum alles, wofür die Linke steht – und die revolutionäre Linke als ihr konsequentester Teil. Selbstbestimmung, die grundsätzliche Gleichheit der Menschen, die Unzulässigkeit jeder Form von Ausbeutung – offensichtlich haben diese Ziele noch immer Gültigkeit und Orientierungswert. Die ungebrochene Ausstrahlungskraft des 1.Mai erklärt sich aus seiner über hundertjährigen Geschichte – er bietet die Möglichkeit, eigene Zeichen zu setzen und nicht nur unmittelbar auf Tagespolitik zu reagieren.

Der Kampf um soziale Rechte, gegen Kriegsgefahr, für Internationalismus: Themen, die mit dem 1.Mai untrennbar verbunden waren und die auch heute noch brandaktuell sind. Die damit verbundene Infragestellung des Systems beschränkte sich dabei oft nicht auf rein theoretische Kritik, sondern ging mit dem direkten Angriff auf Repräsentanten und Profiteure in Form von Straßenschlachten, Plünderungen usw. einher.

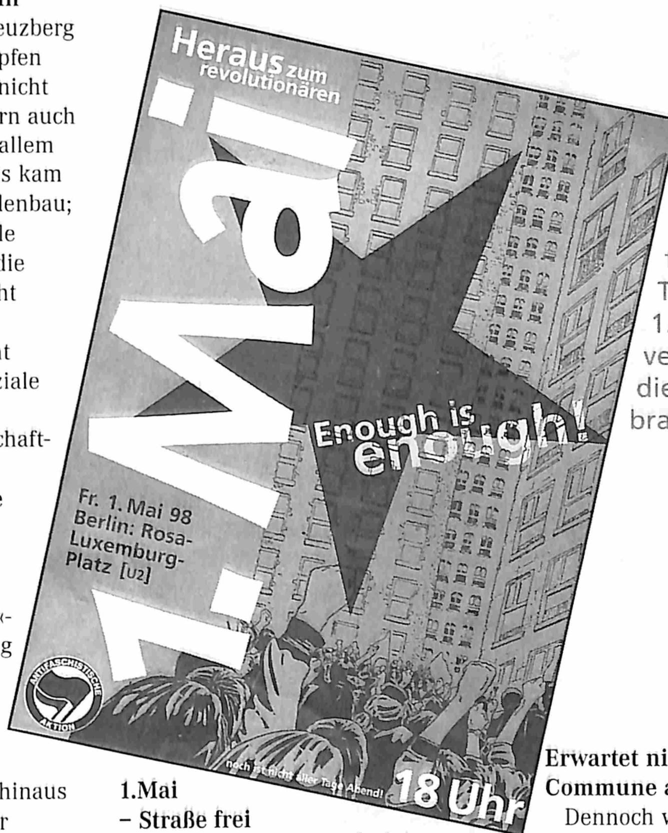


Redner rockt die Auftaktkundgebung Luxemburgplatz 98: »Seit dem Wiederaufgreifen der sammelnden Idee beteiligten sich jeweils über 10 000 TeilnehmerInnen an den öffentlich vielbeachteten Demonstrationen.«

Revolutionärer 1.Mai in Berlin

So kam es 1987 in Berlin-Kreuzberg zu stundenlangen Straßenkämpfen mit der Polizei, an denen sich nicht nur autonome Gruppen, sondern auch viele KiezbewohnerInnen, vor allem ImmigrantInnen, beteiligten. Es kam zu Plünderungen und Barrikadenbau; einige Stunden lang waren Teile Kreuzbergs durch die Polizei, die massiv angegriffen wurde, nicht kontrollierbar.

Damit wurde ein grelles Licht geworfen auf die miserable soziale Lage vieler KreuzbergerInnen. Gleichzeitig wurde ein gesellschaftliches Signal gesetzt durch die »Anti-Berliner« (so bezeichnete Bürgermeister Diepgen die Protestierenden), da genau in diesem Jahr der Senat seine prunkvollen »750-Jahre-Berlin«-Feiern ausrichten ließ. In bezug darauf wird seit 1988 jährlich von der radikalen Linken in Berlin eine revolutionäre 1.Mai-Demo durchgeführt. Die Demonstration ist über Berlin hinaus zu einem Anziehungspunkt für Menschen geworden, die an diesem Tag ihren Haß auf das System zum Ausdruck bringen wollen.



Mai-Aufruf 1998: »Der Kampf um soziale Rechte, gegen Kriegsgefahr, für Internationalismus: Themen, die mit dem 1.Mai untrennbar verbunden waren und die auch heute noch brandaktuell sind.«

Gescheiterte Ansprüche

Der revolutionäre Jahrestag spiegelte auch immer die Situation innerhalb der linksradikalen »Szene« wieder, die gerade wegen ihrer fehlenden Kontinuität oft in Widerspruch zu den Mai-Festspielen geriet. Fehlende Kontinuität in der Diskussion und in der Zusammenarbeit führte zu dem immer wieder gescheiterten Anspruch, alle Perspektiv-Fragen der Linken ausgerechnet im Vorfeld der Demo-Vorbereitung klären zu wollen. Die immer gleichen Fragen wurden jedes Jahr aufs Neue problematisiert: Linke in den Stadtbezirken, durch die die Demo führt, befürchteten Image-Verluste bei der Bevölkerung, andere sahen in der Kontinuität der militanten Auseinandersetzungen eine »Ritualisierung«, verschiedene linke Fraktionen machten ihren Kampf gegeneinander zum Schwerpunkt usw. Dies führte zu Frust auf allen Seiten, viele verabschiedeten sich aus der Linken oder entwickelten sich politisch weiter.

1.Mai
– Straße frei
– Nieder mit der Heuchelei

Diese Unfähigkeit, den 1.Mai als gemeinsamen Kampf- und Solidaritätstag zu begehen, liegt in der fehlerhaften Gesellschaftseinschätzung vieler Beteiligter begründet. Das Potential des 1.Mai liegt darin, letzte wahrnehmbare Großdemonstration zu sein, bei der die Linke eigene Akzente setzt, statt zu reagieren, bei der sie in ihrer Gesamtheit, aber niemals im Detail wahrgenommen wird. Trotzdem gehen viele in ihrer Selbstbezogenheit davon aus, am ersten Mai ginge es um die Detailklärung historischer Streitfragen der Linken und ihre Position sei Gradmesser der Menschheitsgeschichte.

Zentrale Ereignisse mit kultureller Ausstrahlung verschaffen entweder allen Beteiligten Auftrieb oder überhaupt niemandem. Das Vertreten genauer Ansprüche ist möglich durch ein »Block«-Konzept innerhalb der Demonstration, in dem sich einzelne Gruppierungen mit eigenen Aufrufen abgrenzen können – nach dem Motto: Einigkeit in der Aktion, Freiheit in der Agitation. Unter diesen Voraussetzungen ist solidarische Zusammenarbeit möglich.

Erwartet nicht mehr von der Commune als von euch selbst

Dennoch wird in der Linken jedes Jahr aufs Neue die »Sinnkrise« thematisiert, die manche am ersten Mai entdecken wollen. Dies ist Ausdruck der fehlenden Perspektive vieler Angehöriger der ehemaligen autonomen Szene, die sich in der Lust am Selbstmitleid äußert. Eine Demonstration bedeutet konkret nie mehr als das lautstarke Durchschreiten einiger Straßenzüge unter Skandierung allseits bekannter Parolen. Dies kann weder Inhalte verschaffen noch bohrende Fragen beantworten, sondern ist vielmehr symbolischer Ausdruck davon, daß die systemoppositionelle Linke noch handlungsfähig ist. Notwendige Klärungsprozesse finden in einem ganz anderen Rahmen statt.

Gegen inhaltliche Ausgrenzung und Vereinnahmung am 1.Mai setzen wir die Betonung der Punkte, die dessen wahre Ausstrahlungskraft ausmachen: Der ungebrochene Wille zu Widerstand, die Gemeinsamkeit der Linken als erfahrbares Ereignis, für viele auch die Idee des Sozialismus. Dafür ist es richtig, auf die Straße zu gehen – auch unabhängig von den tagesaktuellen Stimmungen und Teilnehmerzahlen.

Antifa heißt Angriff!

Das Kriterium der Wahrheit ist die Praxis (Lenin)

Antifaschismus als Abwehrkampf und Bündnisgrundlage.

Der sammelnde Charakter ist ein Aspekt des Antifaschismus. Die historische »Antifaschistische Aktion« gründete sich in der Weimarer Republik 1932 in einer Notwehrsituation, um sich gegen die FaschistInnen zu verteidigen. Viele Beteiligte hatten im Hintergrund ihre »eigentlichen« Parteien (vor allem die KPD), die teilweise gegeneinander kämpften. Antifa war der kleinste gemeinsame Nenner, um sich zum Abwehrkampf zusammenzuschließen.

Das Entgegentreten gegen jede Form des Faschismus ist bis heute verbindliche und einigende Grundlage der Linken. Nazis stellen eine konkrete Bedrohung dar und sind Vertreter extrem reaktionären Gedankengutes; für jede linke Gruppe ist es daher zwingend, sich der Konfrontation mit den Faschisten zu stellen. Genauso wie die faschistische Gewalt nicht unterscheidet zwischen linken Strömungen, so darf es nicht zur Spaltung kommen im Kampf gegen die rechte Gefahr. In diesem Sinne ist Antifaschismus ein erfolgreiches Bündnisprojekt.

Inhaltlich besteht in den fortschrittlichen Teilen der Bevölkerung zudem eine Sensibilisierung durch die nationalsozialistische Geschichte. Dem wird der kleinste gemeinsame Nenner entgegengehalten; Vorstellungen von Humanismus, Gleichberechtigung und Toleranz. So war dies gemeinsame Anliegen der tragende Konsens der DDR. Der Gedanke der Gemeinsamkeit im Abwehrkampf war prägend für viele traditionelle Antifa-Organisationen wie VVN/BdA. Die Grundstimmung gegen Nazis war ein Hintergrund der 68er Unruhen in der BRD.

Erfolge gibt es nur in der Offensive

Die Parole »Antifa heißt Angriff« gibt in knapper Form unser Verständnis von Antifaschismus wieder.

Dieses basiert nicht auf Selbstverteidigung. Wir wollen nicht darauf warten, bis die Nazis vor unserer Haustür stehen, sondern selbst initiativ werden. In einem viel allgemeineren Sinn heißt dies, daß es nicht um die Selbstbezogenheit der reinen Abwehr geht, außer in dem Maß, in dem jedes linke Engagement eine Abwehr gegen bedrückende Verhältnisse ist. Antifaschismus ist eine Ausgangsposition, aus der heraus wir aktiv, also nicht reagierend, die Konfrontation mit den bestehenden Verhältnissen suchen.

Durch das »In-Angriff-nehmen« wird gleichzeitig signalisiert, daß das Ziel darin besteht, Fakten zu schaffen statt zu kritisieren. Man muß die Welt tatsächlich, also durch Taten, durch Praxis in Frage stellen.



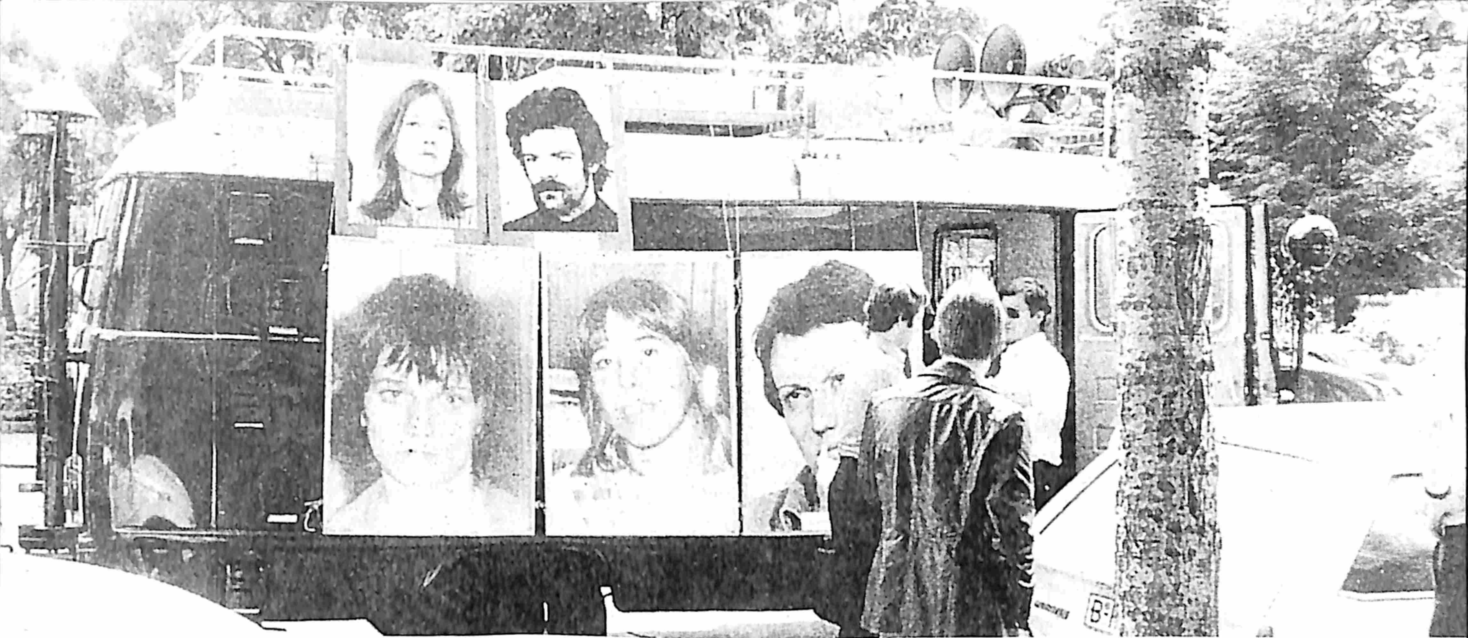
Plakat VVN 1946: »So war dies gemeinsame Anliegen der tragende Konsens der DDR, der Gedanke der Gemeinsamkeit im Abwehrkampf war prägend für viele traditionelle Antifa-Organisationen wie VVN/BdA.«

Zusammengefaßt ist Antifa also keine Verteidigung, sondern eine Ausgangsposition, die zu Praxis führt. Wesentlicher Bestandteil dieser Praxis ist selbstverständlich Anti-Nazi-Kampf.

Begriffsklärung

Anti-Nazi-Kampf erfordert Begriffsklärung. Wie jeder andere Kampfbegriff auch ist »Faschismus« in der geschichtlichen Anwendung bis zur Unkenntlichkeit verwässert worden, von innerlinken Auseinandersetzungen bis zum Kampf gegen jede Form von Schlechtigkeit. Diese Schwammigkeit ist dem ideologischen Gegenstand geschuldet, da »Nationalsozialismus« so wie jede andere Form des Faschismus eine unbestimmte Tendenz ist: ein Stückwerk aus zusammengebastelten unterdrückerischen Thesen.

Gleichzeitig haben sich die historischen Faschismen auch in ihrer konkreten Ausprägung recht deutlich unterschieden. Während etwa Deutschland ein hochindustrialisiertes Land war, fußten die faschistischen Regime in Ostmitteleuropa auf rückständigen sozioökonomischen Strukturen und sind wohl eher als Entwicklungsdiktaturen zur Schaffung kapitalistischer Verhältnisse zu deuten.
Auch die ideologischen Differenzen sind beachtlich:
Der Antisemitismus spielte z.B. in Italien eine vergleichsweise unbedeutende Rolle. Manche ForscherInnen wenden sich sogar wegen der zentralen Stellung des Antisemitismus im Nationalsozialismus und seiner einzigartigen Brutalität gegen die Verwendung eines allgemeinen Faschismusbegriffs.



Mobile RAF-Fahndung Berlin 1978. In ihrer Auflösungserklärung 20 Jahre später betonte die Rote-Armee-Fraktion die Bedeutung des Antifaschismus für ihr Projekt: »Die Grundstimmung gegen Nazis war ein Hintergrund der 68er Unruhen in der BRD.«

In der linken Diskussion hat sich aber ein solcher einheitlicher Begriff durchgesetzt: Faschismus steht für das Sammelsurium aller rassistischen, nationalistischen und autoritären Massenbewegungen mit antikommunistischer und antiliberaler Volksgemeinschaftsideologie.

In der Realität der BRD ist eine solche Massenbewegung nicht organisiert. Jedoch findet sie zunehmend Zuspruch in beachtlichen Teilen der Bevölkerung, wodurch sie sich einerseits als Milieu verbreitert, und teilweise zersplitterte Parteien und Organisationen daraus hervorgehen. Kennzeichen eines »Nazis« bzw. Faschisten ist die innere Identifikation mit diesem Milieu, ob sich dies nun in der Übernahme bestimmter Thesen oder einem allgemeinen Lebensgefühl äußert, in einem hohen oder niedrigen Organisierungsgrad. Dabei richtet sich Antifa-Recherche und damit der Anti-Nazi-Kampf bevorzugt darauf, wo die organisierten, also gefestigten Nazikader auftreten und in welchen gesellschaftlichen Strukturen faschistische Tendenzen, also die Grundstimmungen des Milieus, aufgegriffen werden.

Entwicklung der Nazi- Szene

Entsprechend der Zerstrittenheit ihrer historischen Vorbilder ist die Nazi-Szene momentan zersplittert. Oft handelt es sich um lokale Gruppierungen, deren jeweiligen Anführer untereinander persönliche Streitigkeiten austragen. Das bunte Misch-Masch der Szenen sei hier im Groben skizziert: Vor der Verbotswelle in den Neunzigern stellte die »Freiheitliche Arbeiterpartei« (FAP) die Schläger-Nazis auf der Straße, die »Nationalistische Front« (NF) schulte ideologische Kader, als seriöse Wahlparteien hatten Republikaner und Deutsche Volksunion (DVU) beachtliche regionale Erfolge. Die »Neue Rechte« mit ihrer Vorzeigezeitung »Junge Freiheit« übte sich in der Herausarbeitung sammelnder Punkte für die vereinte Rechte und betrieb Bündnisarbeit bis ins konservative Spektrum.

Nach der Verbotswelle gegen Nazi-Gruppen blieb nur die »Neue Rechte« unverändert. Die Wahlparteien verloren mit der Übernahme ihrer Thesen bis weit ins etablierte Parteienspektrum hinein an Gewicht, die verbotenen Strukturen gingen wieder im Milieu auf. Zum einen machten sie aus ihrer Not eine Tugend und proklamierten autonome Zellen und Kameradschaften, zum anderen sammelten sie sich bei den Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD.

Heute, nach dem neuerlichen Aufschwung der Nazi-Szene, vertritt die JN als eine der übriggebliebenen Organisationen die militante Bewegung auf der Straße und agiert mit Gespür für öffentliche Themen in der Medienlandschaft. Ihre Kader greifen Themen auf wie die Wehrmachtausstellung in München oder den 1.Mai. Es formiert sich die Idee, nach dem Vorbild der »Front National« in Frankreich eine Partei zu etablieren, die nach rechts keine Abgrenzungen kennt, was ein Bruch wäre mit dem bisherigen Vorgehen von REPs und DVU.

Gleichzeitig wächst das mobilisierbare Milieu in Form der militanten rechten Skinhead-Szene vor allem in Ostdeutschland. In manchen Gegenden hat der Rechtsradikalismus den Status einer regelrechten Jugendbewegung mit kultureller Dominanz erlangt. In der rechten Subkultur etablieren sich Vertriebe und Schallplattenhändler, die hier ökonomisch überleben können.

Die ersten Generationen der Nazi-Skin-Szene haben bereits Einzug in den bundesrepublikanischen Alltag gefunden, oft da, wo eine Nachfrage nach Recht und Ordnung besteht – bei den privaten Sicherheitsdiensten, der Bundeswehr, als Juristen, als Ladenbesitzer(Militaria, Kleidung, Platten, Tatoos usw).

Die DVU konnte bei ihrem spektakulären Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt die rechte Grundstimmung unter den ostdeutschen Jugendlichen in Stimmen ummünzen. Vor Ort ist die Partei bislang zwar kaum vertreten, trotzdem wählte etwa ein Drittel der

Unter-30jährigen die DVU. Angesichts dieses Aufschwungs wenden sich in jüngster Zeit verstärkt Mitglieder der zuletzt recht erfolglosen Republikaner der DVU zu, allen voran der ehemalige REP-Chef Franz Schönhuber.

Die Beschränktheit des reinen Reagierens

An der Praxis des Anti-Nazi-Kampfs beweist sich die Unmöglichkeit der Beschäftigung mit dem Konkreten ohne gesamtgesellschaftlichen Hintergrund. Wer nur gegen Nazis kämpft, braucht für die eigene Perspektive die Stärke des Gegners; wo sonst soll die Motivation herkommen, jeden Arschtritt zu dokumentieren, der bestenfalls lokal von Bedeutung ist. Doch gerade die Recherche-SpezialistInnen gerieten in den letzten Jahren schnell in Widersprüche: Einerseits wurde die Gefahr durch Nazis als groß genug eingeschätzt, um sich ausschließlich damit zu beschäftigen. Andererseits war das Ergebnis der daraus resultierenden Beobachtungen dürftig: eine Nazi-Szene voller lokaler Streitereien und intellektueller Armseligkeit, was in der Antifa-Agitation auch genüßlich ausgewalzt wurde. Die Auflösung dieses Widerspruchs bestand in der Aufdeckung geheimer Hintergrundnetze und klandestiner Zusammenschlüsse, denen eine zweifelhaft große Bedeutung zugeschrieben wurde. Zum guten Teil wurde daraus auch die eigene Relevanz abgeleitet: aus der Gefährlichkeit der Nazis selber, nicht aus ihrer Anschlußfähigkeit an gesellschaftliche Zustände.

Verschärft wurde das Problem dieses Ansatzes durch den beinahe vollständigen Zusammenbruch der reinen Anti-Nazi-Gruppen. Wer ohne weiterführende Perspektive immer wieder die konkrete Gefahr bannen muß, verschleißt sich durch die ständige Bewegung wie im Hamsterrad. Das Konkrete kann immer nur Ausgangspunkt sein, nie Endpunkt. Als Ausgangslage ist es aber unerläßlich.

Das Ganze liegt im Detail: Anti-Nazi-Kampf

Nur wer im eigenen Bereich Glaubwürdigkeit entwickelt, hat die Chance, Ansprechpartner für ein breites Spektrum zu werden. Aussenwirkung und damit Bündnisfähigkeit ergeben sich da, wo sich die radikale Linke über ihre Kompetenz profilieren kann und deswegen die Zusammenarbeit für allen Beteiligten hilfreich ist.

Im Anti-Nazi-Kampf geht es hier um die Bereiche Recherche und Mobilisierungsfähigkeit. Zum einen ist wichtig, den Überblick über die oft verdeckten Nazi-Strukturen zu bewahren, ihre Kader und Treffpunkte zu kennen. Zum anderen geht es um die Fähigkeit, zu antifaschistischen Aktionen auch tatsächlich ein eigenes Umfeld zu mobilisieren, was für viele Bündnispartner ein zunehmend größeres Problem wird. Damit solche Stärken auch für andere zum Vorteil werden, muß das spezielle Anliegen als gemeinsam begriffen werden.

Die Wahrheit ist konkret

Der Anti-Nazi-Kampf ist nach 89 zeitweise zur Grundvoraussetzung jedes linken Engagements geworden. Wo die Nazis mit keinem Widerstand konfrontiert und damit nicht eingeengt sind, können sie sich in hemmungsloser Brutalität an allem austoben, was nicht in ihr Weltbild paßt. Dies führt in bestimmten Regionen dazu, daß kein fortschrittliches Engagement möglich ist, ohne sich selbst existentieller Bedrohung auszusetzen.

Gleichzeitig trägt ständige rechte Präsenz aber auch dazu bei, daß Faschismus als Alltagsproblem wahrgenommen wird, das in keiner Region mehr zu übersehen ist und damit alle betrifft. Zusätzlich handelt es sich um einen offensichtlich politischen Konflikt, was der gängigen Wahrnehmung von Alltagsproblemen widerspricht. Durch die Möglichkeit zur eindeutigen Frontenbildung statt abstrakter Problemstellung wird konkretes gemeinsames Engagement ermöglicht. Im Konkreten lassen sich Fragen aufzeigen und klären.

Militanzfrage

So dreht sich beinahe unvermeidlich jede Auseinandersetzung um Aktionen schnell um die Frage der Militanz. Dies wird von den betroffenen AktivistInnen, die darauf nicht reduziert werden wollen, oft beiseite geschoben, da es sich um ein Mittel handele und um kein Ziel. Diesen Diskussionsstil halten wir für einen Fehler. Der unangenehmste und umstrittenste Aspekt der Politik ist immer der, der politisch am wirksamsten ist und am stärksten wahrgenommen wird. Darum muß er thematisiert werden, auch auf die Gefahr hin, daß insbesondere die Antifa bei differenzierter Argumentationsführung sofort in die Gewaltecke gedrängt wird. Doch gerade in diesem Punkt lassen sich viele falsche Denkmuster in der gründlichen Auseinandersetzung widerlegen.

So ist oft die Rede von der »Gewaltspirale«. Dies bezeichnet den Glauben, daß Gewalt immer Gegengewalt erzeugt und sich diese Entwicklung hochschaukelt bis zur völligen Eskalation. Dabei läßt sich leicht an Erfahrungen beweisen, daß die Nazi-Strukturen dort besonders stark sind, wo ihnen wenig Widerstand entgegengesetzt wird; umgekehrt ist es in vielen Orten durch entschlossene Gegenwehr gelungen, den Nazis öffentliches Auftreten unmöglich zu machen. Ebenso ist Faschismus als Ideologie und Praxis unterdrückerischer Gewalt nicht durch Militanz fanatisierbar; meist haben Nazis ihre Anziehungskraft nicht über Argumentation,



NPD-Aufmarsch München mit 5000 Teilnehmern: »Die NPD/JN als eine der übriggebliebenen Organisationen erhielt Auftrieb, vertritt heute die militante Bewegung auf der Straße und agiert mit Gespür für öffentliche Themen in der Medienlandschaft. Ihre Kader greifen Themen auf wie die Wehrmachtausstellung in München oder den 1.Mai.«



Polizei greift friedlichen Konvoi auf Weg zur Anti-Nazi-Demo in Saalfeld 1998 an. Zwei Wochen später erstachen Faschisten in Saalfeld eine 14-jährige linke Jugendliche: »Natürlich ergeben sich in der Praxis unzählige andere Diskussionsmöglichkeiten um Vorgehen, Einschätzungen und Abmachungen, die vom Konkreten zwangsläufig zum Allgemeinverbindlichen führen.«

sondern über die Vermittlung von Gemeinschaftsgefühl, Stärke und Macht. In den letzten zehn Jahren hat sich gezeigt, daß diese Anziehungskraft bisher vor allem auf der primitiven Ebene der Auseinandersetzung gebrochen wurde.

Ohnehin ist Gewalt kein Erkennungszeichen radikaler Gruppen, sondern wird von jedem existierenden System angewandt, um das eigene Bestehen zu sichern und bestimmte Dinge durchzusetzen. Jede antagonistische, also unversöhnliche Bewegung ist darauf angewiesen, bei Ernsthaftigkeit ihres Vorgehens diese Form des Eingreifens offenzulassen. Dementsprechend hat sich in der Antifa der Konsens zu bewähren, daß es keine Spaltung geben darf in »gute« friedliche und »böse« gewaltbereite AntifaschistInnen. Es gibt viele Wege im Kampf um ein menschenwürdiges Leben. Sie sollten sich solidarisch ergänzen. Statt sich voneinander abzugrenzen, ist es unsere Aufgabe, die Ursachen militanter Praxis zu thematisieren.

Solche Erkenntnisse gilt es erst in langwierigen Diskussionen zu vermitteln. Natürlich ergeben sich in der Praxis unzählige andere Diskussionsmöglichkeiten um Vorgehen, Einschätzungen und Abmachungen, die vom Konkreten zwangsläufig zum Allgemeinverbindlichen führen.
So funktioniert jede an einzelnen Anliegen orientierten Bewegung, und dies ist für uns das einzig Zeitgemäße.

Blick auf andere Anliegen

Allerdings ist Antifaschismus nur ein möglicher Ansatzpunkt unter vielen anderen. Wahrnehmbarer Widerstand entwickelte sich in den letzten Jahren ebenso zu Themen wie Atomkraft, Sozialabbau und Rassismus, also ebenfalls in zeitgemäßen Bewegungen, die sich um konkrete Anliegen gruppieren. Wir haben uns für Antifaschismus als Ansatzpunkt entschieden, da wir aus oben genannten Gründen in der Antifa die erfolgsversprechendsten Perspektiven für den Aufbau einer gesellschaftlich wirksamen, linken Bewegung vermuten. Diese Hoffnung schließt jedoch die enge Zusammenarbeit mit anderen Strömungen ein. Verschiedene Ansätze können sich ergänzen, schließlich ist die Linke kein »Nullsummenspiel«, in dem eine immer gleich bleibende Anzahl von Leuten sich auf verschiedene Anliegen verteilt und darum jeder Zugewinn bei einer Initiative einen Verlust für eine andere Initiative bedeutet. Im Gegenteil führt der Erfolg in einem Bereich mit der damit verbundenen Medienpräsenz zu Eigendynamik, zu einer allgemeinen Stimmung und damit zum Aufschwung anderer Bereiche und dem Interesse vieler Neuer. Die Hoffnung auf Erfolge aller Bereiche und spätere Sammlung ist die einzig haltbare Perspektive. Dies nehmen wir für den Bereich Antifaschismus in Angriff.

z.B. 15.2.97

JN in Hellersdorf



Auseinandersetzung in der S-Bahn: »In der darauf entstehenden Konfusion wurden die Nazis angegriffen und vertrieben.«

ARD



Situation im Vorfeld

Wenige Wochen vor dem 15. Februar 97 erklärten die Jungen Nationaldemokraten, im Ostberliner Stadtteil Hellersdorf aufmarschieren zu wollen. Unter der Losung »Arbeit zuerst für Deutsche« sollte eine gleichnamige JN-Kampagne eingeläutet werden. Dies war nicht nur die dritte Berliner JN-Kundgebung innerhalb eines Jahres nach dem 1.Mai-Aufmarsch und einer Anti-Antifa Demo in Köpenick. Zugleich fiel die faschistische Provokation mitten in die öffentliche Aufregung um die Ermordung eines Magdeburger Punks durch Neo-Nazis. Trotz der Brisanz der Situation erklärte sich der rechte Innensenator Schönbohm auf Anfrage der Grünen für außerstande, den Aufmarsch zu verbieten, da er keine konkreten Anhaltspunkte für die Gefährdung der inneren Sicherheit sehe. Am 14. Februar verkündete er sogar die Lüge, die JN habe ihre Pläne abgesagt.

Erst verstreut, dann vereint

In Hellersdorf mit seiner PDS-Mehrheit initiierte Bezirksbürgermeister Klett ein All-Parteien-Bündnis gegen die Nazis. Gleichzeitig formierte sich ein Zusammenschluß fast aller Berliner Antifa-Gruppen unter Beteiligung der AAB. Dieses Bündnis rief zur Verhinderung der JN-Veranstaltung auf – mit der gleichen Tendenz äußerte sich auch der Zusammenschluß der Parteien. Als Resultat der verschiedenen Vorbereitungen wurde auf drei verschiedene Sammelpunkte in Hellersdorf mobilisiert, je nach Nähe zum vermuteten rechten Aufmarschort. Am 15.Februar zeichnete sich – aufgrund der Ansagen des »Nationalen Infotelefons« – immer deutlicher ab, daß die Nazis sich am Bahnhof Wuhletal sammeln würden. Daraufhin verständigten sich die GegendemonstrantInnen und zogen gemeinsam zum Bahnhof des Nazitreffs, der eine Station weiter lag als ursprünglich erwartet.

Vom Bahnsteig bitte zurücktreten

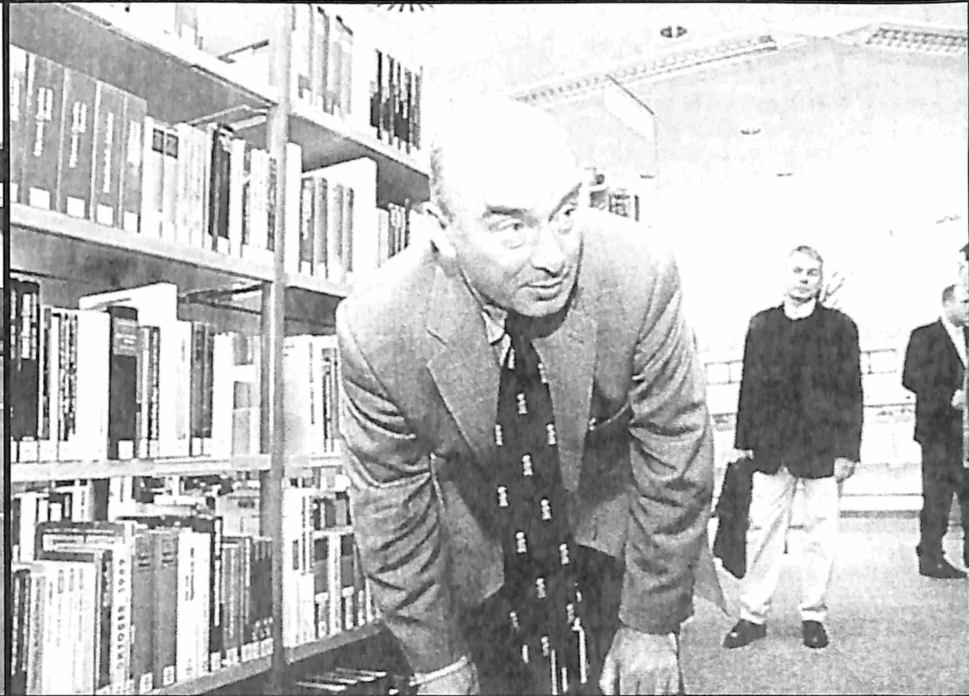
Für alle Beteiligten überraschend, kam es dann am Zielbahnhof in Wuhletal zum direkten Zusammentreffen von autonomen Antifas mit etwa dreißig versammelten »Jungen Nationaldemokraten« unter Führung des Marzahner Nazikaders Andreas Storr. In der darauf entstehenden Konfusion wurden die Nazis angegriffen und vertrieben.

Als der nachfolgende gemeinsame antifaschistische Demonstrationszug Wuhletal erreichte und sich davor sammelte, verlor die Polizei zeitweise den Überblick. In dieser Situation gingen Antifas dazu über, neu eintreffende Neo-Nazis schon bei der Ankunft in die Flucht zu schlagen. In der Folge prügelte die Polizei wahllos auf alle Versammelten ein und nahm willkürlich über 100 Linke fest – darunter vorzugsweise Jugendliche. Der JN-Aufmarsch selbst war durch direkte Gegenwehr von links zerstreut worden.

Wahlkampftermin – Schönbohm: »Dabei war der Hintergrund der Ereignisse gerade der Aufschwung einer Nazi-Szene, die vom Innensenator verhätschelt ein Jahr lang unter massivem Polizeischutz mehrere Demonstrationen hatte durchführen können.«



Nazis vor dem Bahnhof Wuhletal: »Der JN-Aufmarsch selbst war durch direkte Gegenwehr von links zerstreut worden.«



Schönbohm greift zum Mikro, Diesner zur Pump-Gun

Diese Ereignisse lösten in der ohnehin angespannten Situation bundesweite Aufmerksamkeit aus. Im Berliner Abgeordnetenhaus hetzte Schönbohm nun gegen die PDS und entdeckte auf einmal ihre Zusammenarbeit mit der angeblichen »Creme de la Creme der Gewaltbereiten«, die ja im Vorfeld der Demo nirgends zu sehen war. Da PDS-Bezirksbürgermeister Klett in seiner Rede öffentlich zur Verhinderung aller Nazi-Umtriebe aufgerufen hatte, machte Schönbohm nun das mangelnde Demokratieverständnis der PDS zum Wahlkampfthema. Statt seiner eigenen traditionellen Toleranz gegenüber rechts wollte der Innensenator das Schreckgespenst der linken Einheitsfront in der Öffentlichkeit betont sehen. Als Folge davon initiierten PDS und Antifas eine Demo vorm Roten Rathaus mit 800 Teilnehmern, die sich gegen Schönbohm und seine Rolle richtete.

Die Nazi-Szene verschickte wenige Tage nach den Ereignissen an verschiedene Berliner Antifa-Gruppen Drohbriefe mit Patronenhülsen. Am 19.2. betrat der vermummte Neo-Nazi Kai Diesner den Hellersdorfer »Kleinen Buchladen« und eröffnete das Feuer auf den PDSler Klaus Baltruschat – aus »Rache für Hellersdorf«. Baltruschat brach schwerverletzt zusammen. Damit hatte Schönbohms PDS-Hetze ihre blutige Konsequenz gefunden. Diesner konnte entkommen und wurde erst eine Woche später in Schleswig-Holstein festgenommen.

Dem Nazi-Terror entgegentreten

Durch den offenen Terror der Nazis geriet Schönbohms Verniedlichungstaktik gegenüber der rechten Szene unter Druck. Noch bis zum März 98 hielt er seine alte Taktik bei, zu erklären, daß die rechte Szene in Berlin rückläufig und eingeschüchtert sei. Nach Hellersdorf warnte er vor »antifaschistischen Blöcken« in der Bevölkerung und bemühte das Bild der »Gewaltspirale«. Dabei war der Hintergrund der Ereignisse gerade der Aufschwung einer Nazi-Szene , die vom Innensenator verhätschelt unter massivem Polizeischutz ein Jahr lang mehrere Demonstrationen hatte durchführen können.

Hellersdorf dagegen war ein Beweis, daß das gemeinsame Auftreten aller antifaschistischen Kräfte ein wirksames Gegenmittel ist – um Aufmärsche zu verhindern und das Thema politisch wirksam zu machen. Nur durch gemeinsames Auftreten kann die Verharmlosung und Relativierung der Nazi-Gefahr verhindert werden. Wenige Wochen später jedenfalls, am 1.Mai 97, verzichtete die rechte Szene auf die Wiederholung ihres vorjährigen Berliner Aufmarscherfolgs. Auf der Linken hingegen fand sich – trotz oder gerade wegen Hellersdorf – ein breites Bündnis für die Verhinderung eventueller Nazi-Aktivitäten zusammen.

Es gibt kein Ende der Geschichte!

Nur solange sie bei Kräften sind,
kann man sich von Überzeugungen,
Personen, Gruppen trennen.
Sind die Eltern im Altersheim,
ist der Zeitpunkt für die Emanzipation
von ihnen verpaßt.
(Wolfgang Pohrt)

Geschichte dient als roter Faden (der dem König um den Hals gelegt wird)

Um das bestehende Soziale nicht als »natürlich« zu akzeptieren, ist Wissen nötig. Nur was als historisch geschaffen erkannt wird, ist auch historisch veränderbar.

Ohne geschichtliche Bezüge ist keine sinnvolle politische Orientierung möglich. Kennzeichen der jetzigen Situation ist der Versuch aller Seiten und insbesondere der »Neuen Rechten«, einzelne Begriffe aus ihrem Zusammenhang zu reißen und im eigenen Sinn neu zu definieren. UnternehmerInnen richten sich gegen den westlichen »Kulturimperialismus«, wegen dem sie in einigen Ländern mit Menschenrechtsverletzungen nur unter Protest investieren können. Die Neue Rechte fordert »Solidarität« und »Selbstbestimmung« – gemeint ist »Ausländer raus«. Den Überblick behält nur, wer politische Standpunkte aus dem roten Faden der Geschichte historisch ableitet.

What's left?

Um den Kern der Auseinandersetzungen richtig einzuordnen, ist Geschichtsbewußtsein nötig. Wirkliche Kämpfe, egal wie sie sich äußern, sind »alt«, weil alle wesentlichen Fragen schon vor Einführung der »Coca Cola light« existierten. Politische Bewegung stellt sich grundsätzlich in den historischen Prozeß, denn sie braucht nicht nur Gegenwart, sondern auch Punkte der Vergangenheit, um eine Richtung definieren zu können.

Besonders offensichtlich ist dies bei der Selbstdefinition als »links«, die nur geschichtlich möglich ist.

Übliche Erklärungsmuster wie »der Kampf arm gegen reich«, »unten gegen oben« , »fortschrittlich gegen rückständig« oder »idealistisch gegen realistisch« treffen heute offensichtlich nicht mehr den Punkt. Links ist, wer sich an der Geschichte der SozialistInnen orientiert – sich entweder bestimmten Strömungen zuordnet oder eine Weiterentwicklung der ursprünglichen Kämpfe als Ziel formuliert: SozialdemokratInnen, Grüne, AnarchistInnen und KommunistInnen. Sich selbst überhaupt in eine Linie mit anderen zu stellen, bleibt notwendig, denn nur die Verinnerlichung und Verschmelzung von Vorhandenem bedeutet so etwas wie Fortschritt. Wer mit der Vergangenheit radikal bricht, hat keine Chance zu lernen. Er fordert hilflos das »Neue« und beweist damit nur, daß er nichts zu bieten hat.

FDP-Wahlkampf 97: »Um den Kern der Auseinandersetzungen richtig einzuordnen, ist Geschichtsbewußtsein nötig.«



Es gibt kein Ende der Geschichte

Antifaschistischer Geschichtsbezug ist für den aufgeklärten Bürger von heute ein Ärgernis. Denn wo keine fundamentalen Verbesserungen mehr möglich sein sollen, hat das Ende der Geschichte zu stehen. Jeder Bezug auf revolutionäre Traditionslinien wird als Selbstüberhöhung abgelehnt, da Geschichte in der Welt des Selbstverständlichen nichts mehr zu suchen hat. Dieses unhistorische Denken kann sich Nazis nur als das unvorstellbar Böse denken, in der Dimension, die der Vergangenheit würdig ist; das Gleiche gilt für den heroischen Widerstand dagegen.

Geschichte hat seinen Platz in den Museen und Medien, und selbst da in der kapitalistischen Logik der »Neuheit«: Was interessiert, ist das überraschende: Tyrannen mit menschlichen Aspekten, Weltverbesserer mit knallhartem Egoismus usw.,Hauptsache »Aha«-Effekt und Selbstbestätigung.

Die goldene Mitte macht sich zur Lehre aus der Vergangenheit

Nicht nur im Alltagsbewußtsein finden sich ideologische Begründungen. Selbst der Historiker kann an die Vergangenheit nicht herantreten, ohne ihr einen Sinn zu verleihen, ohne Wichtiges und Nebensächliches herauszustellen, ohne die entscheidenden Ereignisse auszuwählen. Bereits diese Herangehensweise verunstaltet eine Wirklichkeit, in der alles mit gleichem Recht wirklich ist. Geschichte läßt sich nicht einfach registrieren und untersuchen, Geschichte wird konstruiert. Darum geht es auch weniger um die Entlarvung erfundener Tatsachen, sondern um die Hinterfragung der Konstruktionen.

Die Moral der heutigen Schulbuchgeschichte läßt sich in einem Satz zusammenfassen: »Der Mensch ist weder Engel noch Tier, und das Unglück will, daß, wer ihn zum Engel machen will, ihn zum Tier macht.«

Spiegel-Titelbild zu Totalitarismus – Shoah und NVA-Drill gleichgesetzt: »Nach politischen und sozialen Inhalten wird nicht gefragt.«



Die Botschaft lautet: Was von den radikalen Forderungen als Kompromiß historisch überlebt hat, ist Bestandteil des bestehenden Systems. Was nicht überlebt hat, würde ohnehin nur zu grenzenlosem Schrecken führen. Darum werden aus den revolutionären Bewegungen die menschlich abstoßenden Tatsachen herausgestellt und zu ihrem Hauptaspekt gemacht.

Wie fadenscheinig dieser Umgang mit der Vergangenheit ist, läßt sich leicht überprüfen am Beispiel der USA, dem Musterland des Neo-Liberalismus. Die »Vereinigten Staaten« begannen mit der millionenfachen Massenausrottung der Ureinwohner durch die Weißen und erlangten ihren Aufschwung auf dem Rücken der versklavten AfrikanerInnen. Wegen der heutigen Erfolge wird diese Vergangenheit mit Schulterzucken als zwar bedauerlich, aber nebensächlich abgehakt. Für die Sowjetunion dagegen ist jede Untat charakteristisch. Bezogen auf Antifa ist hier die »Totalitarismustheorie« zu nennen, die Faschismus und Sozialismus gleichsetzt. Diese werden ungeachtet aller Unterschiede als gleichartige »totalitäre Systeme« gebrandmarkt, denen ein idealisiertes Bild von Pluralismus und bürgerlicher Demokratie gegenübergestellt wird. Nach politischen und sozialen Inhalten, nach den Zielen der handelnden gesellschaftlichen Kräfte wird nicht gefragt.

Vielbeachtetes Kunstwerk Lego-KZ 1997: »Geschichte hat seinen Platz in den Museen und Medien, und selbst da in der kapitalistischen Logik der Neuheit.«

Für alle Bedürfnisse gibt es einen Markt: Der spanische Bürgerkrieg

Für die Linke gilt: Gescheitert sind wir alle – keine einzige Strömung ist für dieses Jahrhundert siegreich geblieben. Darum ist linke Geschichte zwangsläufig die Geschichte einer Niederlage. Diese bedauerliche Tatsache wird nicht nur als Kronzeuge gegen die Linke eingesetzt, sondern im innerlinken Streit reichlich genutzt: Bezeichnend dafür ist der Umgang mit dem Spanischen Bürgerkrieg , in dem alle Strömungen der Linken gemeinsam gegen die Franko-FaschistInnen, aber auch untereinander kämpften.

Hier zeigt sich deutlich, daß nicht nur die historischen Fakten bedeutsam sind, sondern vor allem, welche gesellschaftliche Wirkung heute damit erzielt wird. Faktenmaterial schützt hier nicht vor notwendigen Entscheidungen: Aus dem Spanischer Bürgerkrieg existieren unzähligen Verschwörungstheorien und machen die eigene Parteinahme zur Glaubenssache: Wer heute gegen zentrale Leitungen und geschlossene Konzepte ist, sieht die AnarchistInnen im Recht, deren Volksbewegung durch Autoritäre zerstört wurde. Wer Sozialismus will ohne die Verbrechen der Vergangenheit,sieht die TrotzkistInnen im Recht, die nur durch den Verrat Stalins untergingen. Wer heute den Sieg des Bolschewismus will, sieht die StalinistInnen im Recht, die durch Radikalität und Unberechenbarkeit der Verbündeten in die Niederlage getrieben wurden.

Dieser Streit ist nicht durch Datenmaterial geschichtlich entscheidbar. Er klärt sich in der heutigen Selbstzuordnung. Deshalb können wir unsere Kämpfenicht in einer anderen Epoche oder in einem anderen Land austragen lassen.

Alle Gedanken, die sich negativ an linke Geschichte knüpfen, lassen sich auch völlig ohne Erwähnung der Geschichte diskutieren, da sie längst ins Alltagsbewußtsein gedrungen sind – Fragen nach innerer Demokratie, Erziehungsdiktatur, Wahl der eigenen Mittel usw.

Geschichte ist eine rückwärts gewandte Prophetin

Viele Linke greifen aber lieber auf Geschichte zurück unter dem Gesichtspunkt, daß die eigene Strömung korrekt war, orientieren sich an einzelnen Persönlichkeiten wie Bakunin, Lenin, Stalin, Trotzki usw. Tatsächlich haben sich viele Strömungen gegeneinander gewandt oder sind auseinander hervorgegangen – vorläufig gescheitert sind aber alle. Heute zu vertreten, daß eine offensichtlich nicht siegreiche Strömung die Richtige war, legt als Erklärung für den MißerfolgVerrat und Abweichung nahe. Dementsprechend dreht sich Politik dieser Gruppen regelmäßig um Verrat und Abweichung in den eigenen Reihen. Dieser falsche Bezug auf Geschichte – »Heute muß man es genauso wiedermachen« – führt in die Sackgasse. Linke Geschichte läßt sich nur in ihrer Gesamtheit verteidigen, mit all ihren Exzessen und Selbstzerfleischungen. Der Ablauf der Ereignisse ist kein Schuldiktat, in dem man nur die Fehler ankreuzt.

Nur was niemals nie sich zugetragen, das allein veraltet nie

Unsere eigentliche Aufgabe ist die grundsätzliche Bejahung, nämlich erst mal zu sagen, natürlich waren das unsere Kämpfe, und viele Fehler sind passiert. Aber diese Fehler zu kritisieren, was natürlich auch passieren muß, um aus den Fehlern zu lernen, darf erst der zweite Schritt sein. Doch um aus der Geschichte lernen zu können, brauchen wir überhaupt erst mal eine eigene Geschichte.

Die Linken in der Vergangenheit haben unter ihren Bedingungen zu ihrer Zeit gehandelt, darum kann man ihnen heute auch so schön einfach die Bedingungen ihrer Zeit vorwerfen, daß z.B. viele AnarchistInnen rassistisch waren, daß KommunistInnen nationalistisch argumentiert haben usw.

Entgültig offene Türen eingerannt werden aber mit der üblichen Kritik



Sowjetische Soldaten am Ehrenmal Berlin-Treptow 1997: »Dabei ist Verherrlichung als wirksamstes Propagandamittel längst abgelöst worden von der angeblichen Ausgewogenheit.«

Che Guevara als Revolutionär auf Cuba: »In diesem Sinn müssen wir natürlich unbedingt selbstkritische Fragen zur Geschichte stellen, aber wirkliche Selbstkritik und nicht nur Kritik an historischen Linken, die sowieso keiner mehr so richtig toll findet: Wieso ist unsere Sichtweise oft so unhistorisch? Wieso wird alles aus der Vergangenheit in der Luft zerrissen? Wieso wollen alle irgendwelche Mythen aufklären, die in ihrer Anwendung sowieso schon längst aufgeklärt sind?«



an der Vergangenheit aufgrund ihrer Verkehrsformen: da wird die Plattheit der Propaganda kritisiert, die Einseitigkeit der Parteinahme, der Heldenkult. Dabei ist Verherrlichung als wirksamstes Propagandamittel längst abgelöst worden von der angeblichen Ausgewogenheit.

Hauptsache kritisch

Aus diesem Zeitgeist ergibt sich, den »kritischen Bezug« auf Geschichte zu propagieren. Doch wer denkt, ist immer kritisch. Denken ist prinzipiell antiautoritär und sperrt sich gegen vorgefaßte Denkmuster. Das Denken duldet kein unmittelbares Fürwahrhalten. »Kritisch sein« als Haltung und Selbstbezeichnung zu verwenden, deutet bereits auf eingeschränkte Denkanstrengungen hin.

Der umgekehrte Weg ist eine taktische Möglichkeit. Genauso wie eine richtig schöne Anti-Haltung die heftigsten Reaktionen erzeugt, kann auch die eindeutige geschichtliche Positionsnahme Diskussionen auslösen, die im vorherrschenden Toleranz-und-Differenzierungs-Stuß untergehen würden. In unserer politischen Arbeit suchen wir uns bewußt Bezugspunkte.

Wer wirkliche Kritik will, wendet seine Ablehnung in erster Linie gegen den bestehenden Zustand.

Entscheidend ist, welche Botschaft heute hängen bleibt. In diesem Sinn müssen wir natürlich unbedingt selbstkritische Fragen zur Geschichte stellen, aber wirkliche Selbstkritik und nicht nur Kritik an historischen Linken, die sowieso keiner mehr so richtig toll findet: Wieso ist unsere Sichtweise oft so unhistorisch? Wieso wird alles aus der Vergangenheit in der Luft zerrissen? Wieso wollen alle irgendwelche Mythen aufklären, die in ihrer Anwendung sowieso schon längst aufgeklärt sind? Wieso kann man in der Linken nur so schwer alt werden? In 50 Jahren werden schließlich auch Punkte in unserer Politik in Frage gestellt werden, an die wir heute überhaupt noch nicht denken.

Für die Zukunft, also auch für die Zukunft in der Vergangenheit

Alle bisherige menschliche Geschichte ist eine Geschichte der sozialen Kämpfe, in der sich aus Widerstand Fortschritt entwickelte. Geschichte heißt, es gab immer Widerstand, und es gab immer wieder nicht für möglich gehaltene Erfolge.

Selbstbestimmung, die grundsätzliche Gleichheit der Menschen, die Unzulässigkeit jeder Form von Ausbeutung – offensichtlich haben diese Ziele noch immer Gültigkeit und Orientierungswert. Es war richtig, daß die historische Linke für diese Ziele gekämpft hat, auch wenn viele Fehler gemacht wurden, so wie es richtig ist, daß wir die heutigen Verhältnisse verändern wollen – mindestens diese Botschaft muß als geschichtlicher Anknüpfungspunkt erhalten bleiben und im Vordergrund stehen.

z.B. Gedenken (11.1.98)

Luxemburg/Liebknecht



Demo-Spitze 98: »Die Bandbreite reicht heute von marxistischen Organisationen über autonome Antifas bis hin zu Teilen der PDS.«

Zur Geschichte der Gedenkveranstaltung

Die Gedenkveranstaltung an die am 15. Januar 1919 ermordeten Gründungsmitglieder der Kommunistischen Partei, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, ist heute die größte regelmäßige Kundgebung der bundesdeutschen Linken. Bis zu 100 000 Leute gehen jedes Jahr zur Gedenkstätte, etwa 10 000 beteiligen sich an der traditionellen Demonstration.

Seit der Beisetzung von Karl und Rosa im Jahr 1919 fanden alljährlich von der KPD organisierte Veranstaltungen statt. Sie wurden als politische Kundgebungen genutzt. Seit der Errichtung der Gedenkstätte der Sozialisten 1926 war diese Ziel der Demonstrationen. Mit Erstarken der NSDAP bekam die Gedenkveranstaltung zunehmend einen antifaschistischen Charakter. 1933 wurde das Gedenken verboten, 1935 das Denkmal durch die Nationalsozialisten zerstört.

Im Januar 1946 fand die erste Demonstration seit der Nazi-Herrschaft statt. Während dem Bestehen der DDR gedachten alljährlich über Hunderttausend der Ermordung von Rosa und Karl. Die Gedenkveranstaltungen standen meist unter antiimperialistischem Motto.

Auch nach dem Zusammenbruch der DDR ist diese Veranstaltung Anziehungspunkt geblieben; ganz zur anfänglichen Überraschung von Medien und Parteien, die mit Abwicklung der DDR auch die kultivierten Gedenktage abgewickelt glaubten. Seit 1991 wurde von der Leninplatz-Initiative in Verbindung mit der Umbenennung des Leninplatzes und der Entfernung des Denkmals eine Demonstration zu der Gedenkstätte ins Leben gerufen. Die Bündnisdemonstration stellt einen Sammelpunkt für das gesamte Spektrum der Linken dar. Die Bandbreite reicht heute von marxistischen Organisationen über autonome Antifas bis hin zu Teilen der PDS.

Wem gehören Karl und Rosa

Eng verbunden mit dem Gedenken ist die Streitfrage um die Einordnung der beiden kommunistischen Persönlichkeiten. So sind jedes Jahr Abordnungen der SPD-Jugend beim Gedenken vertreten, teilweise sogar der Ost-CDU. Als in den Neunzigern die Rosa-Luxemburg-Schule in Berlin eröffnet wurde, war Hauptrichtung der Reden, daß die außerordentliche Persönlichkeit Rosa Luxemburg heute selbstverständlich keine Kommunistin, sondern Sozialdemokratin wäre. Damit wird Bezug genommen auf ihre Kritik an Lenins Parteikonzept. Dazu gehört, Rosa Luxemburg auf den Satz »Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden« zu reduzieren. Damit soll sie nachträglich als Vorkämpferin der parlamentarischen Demokratie vereinnahmt werden.

Viele linker Gruppen berufen sich stattdessen auf die Gründerin der Kommunistischen Partei, die die Idee des Klassenkampfs und der Revolution verteidigte und immer

solidarisch mit der russischen Revolution verbunden war. Die meisten Gruppierungen stilisieren sich zu den einzig wahren Nachfolgern Karl und Rosas und bemühen sich, allen anderen Gruppen Verrat an deren Ideen nachzuweisen.

Dagegen setzt die Antifa an den gemeinsamen, für alle Linken relevanten Punkten an. Rosa bietet hierfür viele Anhaltspunkte: als Revolutionärin, als Frau, die sich innerhalb der Linken durchsetzen mußte, als Internationalistin, als Vorkämpferin gegen den Militarismus. Unser politisches Anliegen ist es, die Gedenkveranstaltung als wahrnehmbare Äußerung der gesamten Linken zu verteidigen. Unser Ziel ist es, die Demonstration und die Gedenkveranstaltung mit aktuellen Inhalten zu füllen.

Aufregung im Vorfeld

Im Januar 96 kam es zum Überfall der Polizei auf den erstmals organisierten revolutionären Antifa-Block. Die Reaktionen des Blocks auf Provokationen der Polizei – Anlaß: das Zeigen von Fähnchen der kurdischen ERNK – waren offensiv und geschlossen. Nach der Ankunft der Demo bei der Gedenkstätte kam es im Zusammenhang mit einer Agit-Prop-Aktion der Autonomen Antifa (M) zu einem Großeinsatz der Polizei. Anfangs von allen Anwesenden offensiv zurückgedrängt, endete er mit vielen Verletzten, der Räumung des Platzes und der Beendigung der Veranstaltung. Ziel war es, über die in den Medien aufgebauschte Auseinandersetzung zwischen »linken Gewalttätern« und der Polizei, politische Radikalität von der breiten Masse der Unzufriedenen zu isolieren. Doch der Plan ging nicht auf: Unerwartet breite Kreise der Besucher solidarisierten sich mit den angegriffenen Antifas und befürworteten die Abwehr des Polizeiangriffs. Die PDS distanzierte sich jedoch in ihren Presseerklärungen.

1997 bemühte sich die AAB deshalb, die aufgebaute Spaltung zwischen Gedenkveranstaltung und Demonstration nicht zu wiederholen. Wo in der Vorbereitungviele linke Gruppen gegen die PDS agitieren wollten, um diese als Konterrevolutionäre zu »entlarven«, setzte die AAB darauf, die PDS mit ihren eigenen Ansprüchen in die Pflicht zu nehmen. So kam es zur Ausrufung eines revolutionären Antifa-Blocks, gleichzeitig zu Angeboten der Zusammenarbeit aus dem Vorbereitungsbündnis der Demonstration an die PDS. Der PDS-Landesvorstand Berlin distanzierte sich im Vorfeld jedoch deutlich von der Demonstration mit Formulierungen wie »stalinistisch, gewaltbereit« etc. Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und den dadurch aufgebauten Druck gelang es jedoch, einen Beschluß über die Zusammenarbeit zwischen Gedenkveranstaltung und Demonstration herbeizuführen Dieses Vorgehen erwies sich als erfolgreich. Der Antifa-Block stellte etwa ein Drittel der 10 000 Teilnehmer der Demonstration. Viele Anwohner reagierten positiv, nicht zuletzt wegen der Teilnahme so vieler junger Genossen.

Die Luxemburg-Liebknecht-Demonstration 98

Als Ausweitung der bisherigen Erfolge wurde das Aufgreifen aktueller Themen stärker forciert, um perspektivisch das Gewicht vom Gedenken hin zu zukünftigen Kämpfen zu verschieben. Erneut sammelten sich über 3000 Genossen im revolutionären Antifa-Block. Der eigenständige politische Beitrag war deutlich wahrnehmbar, wurde aber solidarisch aufgenommen. Auch dieses Jahr wurde der Block wegen einiger ERNK-Fahnen angegriffen. Doch diesmal kam es von der PDS zu keiner Distanzierung, sondern vielmehr zur öffentlichen Unterstützung.

Die Luxemburg-Liebknecht-Demo bedeutet, daß sich an diesem Tag eine alle linken Strömungen sammelnde Großveranstaltung mit breiter Beteiligung der Bevölkerung etabliert hat, zunehmend mehr junge GenossInnen die Demo besuchen und sich das Gedenken mit aktuellen politischen Forderungen verbindet. Dies ist für uns der richtige Weg.



Die nicht beschlagnahmte ERNK-Fahne vor dem Gedenkstein 98: »Auch dieses Jahr wurde der Block wegen einiger ERNK-Fahnen angegriffen.«

Der Traum von einer Sache

Der Beruf des Theoretikers ist der Kampf, zu dem sein Denken gehört, nicht das Denken als etwas Selbständiges, davon zu Trennendes.
Die undifferenzierte Feindschaft gegen das Theoretische ist nichts anderes, als die Feindschaft gegen die verändernde Praxis.
(Max Horkheimer)

Theorie und Praxis

Wer unzufrieden ist mit dem, was passiert, braucht Wissen. Denn wer nicht nur im täglichen Stumpfsinn vor sich hinleben will, sondern Veränderung anstrebt, muß überzeugen können, braucht also Argumente und einen Plan, zumindest eine Richtung. Noch wichtiger für konsequentes Vorgehen ist das Unterscheiden-Können von Ursachen und Auswirkungen, von Wesentlichem und Unwesentlichem.

Die Aufgabe von Kritik und Theorie besteht in der Analyse gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten, im Aufweis kapitalistischer Bestimmung scheinbar beliebiger Verhältnisse. Ihre Relevanz liegt im Benennen von Machtverhältnissen und möglicher Eingriffspunkte für die Linke. Dabei kann die theoretische Auseinandersetzung politische Praxis nicht ersetzen, wohl aber geleiten, revidieren, reflektieren. Es geht um die Klugheit im politischen Kampf.

Wissen ist eine Waffe

Wissen ist in der kapitalistischen Weltgesellschaft eine immer stärker beachtete Quelle von Macht.
Die Mainstream-Ökonomen gehen zunehmend dazu über, als entscheidende Reichtumsquelle von Volkswirtschaften das »Humankapital« zu modellieren, also das individuell angesammelte Wissen. Als wesentliche Struktur gesellschaftlicher Ungleichheit lassen sich die verschieden verteilten (Aus)Bildungschancen errechnen. Wer die Macht in Frage stellen will, muß auch ihr Herrschaftswissen überwinden können. Gerade die Linke ist auf die Verbindlichkeit von Ideen und damit auf grundsätzliche Orientierungen angewiesen, auf einen sozialen Sinn, da sie reale Macht nicht besitzt. Es sei daran erinnert, daß in der bisherigen linken Geschichte die größte politische Wirkung eines Einzelnen nicht von einem Armeeführer ausging, sondern von einem ökonomischen Theoretiker.

Das ist soziale Marktwirtschaft (langweilig wird sie nie)

Inhaltliche Diskussion muß aber von der heutigen gesellschaftlichen Realität ausgehen, und die ist in erster Linie die vollständige Entwertung der Kritik. Inzwischen kann jeder Oberschüler Siemens-Prospekte, CDU-Programme oder Waschmittel-Reklame an der Realität blamieren – sie funktionieren trotzdem. Jeder soziale Sachverhalt, jede emotionale Beteiligung und jede Form von Moral kann schließlich lächerlich gemacht werden, außer Reichtum. Denn wo die Kapitallogik sich durchsetzt, ist selbstverständlich, daß Gedanken nicht verbindlich sind, sondern höchstens interessant. Wo es nichts Grundsätzliches mehr zu klären gibt, bleibt die Lust am Detail, und gesiegt hat schon, was aus der Informationsüberflutung im Gedächtnis bleibt.

Ein Großteil dieser inhaltlichen Information ist Werbung mit ihren aufgeklärt falschen Maximalversprechen und individualistischer Freiheits-Ästhetik. Verbreitet ist heute die ironische Distanz zu allem – zur Werbung, zu sich, zu seinen eigenen Verhaltensmustern und Rollen. Diese Distanz ist allerdings durch nichts gerechtfertigt, da letztendlich doch Entscheidungen fallen müssen und diese einen Maßstab brauchen. Hinter der Maske lauert die Maske.

Dennoch werden die grundlegenden Orientierungsmaßstäbe des eigenen Handelns als bloße Stilfragen ausgegeben. Und so weiß jeder, der sich mit Eindrücken, Lebensstilen und Gedanken bombardieren läßt, daß seine eigenen Gedanken »kontingent« sind, also auch jederzeit nach anderen Kriterien auswählbar. In solcher Lockerheit ist es auch möglich, die eigenen Gedanken leidenschaftlich zu verteidigen, was dann ihre besondere Ausstrahlung ausmacht.

Wettstreit der Ideen 98: »Wo es nichts Grundsätzliches mehr zu klären gibt, bleibt die Lust am Detail, und gesiegt hat schon, was aus der Informationsüberflutung im Gedächtnis bleibt.«





Pop-Poster Kommunismus macht klug und schön:
»Die Linke ist auf die Verbindlichkeit von Ideen und damit auf grundsätzliche Orientierungen angewiesen; auf einen sozialen Sinn, da sie reale Macht nicht besitzt.«

Meinung und Orientierung

Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund ist es wichtig, zwischen Meinungen und Orientierungen unterscheiden zu können. Meinungen sind Standpunkte zu speziellen Themen, Orientierung ist die dahinterstehende Logik, die die selbstgewählten Meinungen in einen logischen Zusammenhang stellt. Diese Logik ist das Wesentliche. So ist ja gerade die unübersichtliche gesellschaftliche Vielfalt der publizierten Meinungen in einer grundlegenden Orientierung eingebettet: Meinungen haben interessant zu sein, um dann auf die eine oder andere Art vermarktet zu werden.

Als Orientierung der Einzelnen bedeutet dies: »Die Welt ist durchschaut, aber im Detail unübersichtlich, alles ist irgendwie berechtigt. Ideen werden danach beurteilt, welchen Grad an Lust oder Unlust sie in mir erzeugen. In meiner Welt, nämlich an meinem Arbeitsplatz spielen sie ohnehin keine Rolle«. Erst vor dieser Vereinfachung bewegen sich dann die vielfältigen Lebensstile nebeneinander her.

Reduzierung von Komplexität

Was sich im Alltag so undogmatisch und zukunftsoffen präsentiert, ist selbstverständlich ein Modell inhaltlicher Schwerpunktsetzung, das neben sich kein anderes zuläßt. Ohne ein solchen grundsätzlichen Orientierungsmaßstab könnte sich niemand auch nur einen Tag in der Realität behaupten. Daß wirklich alle solche Weltmodelle benötigen, liegt an der Notwendigkeit, die Komplexität der Erfahrungsumwelt zu reduzieren. Vereinfachungen sind nötig und Ziel solcher Auswahlfilter.

In gleicher Weise reduziert Politik die gesellschaftliche Komplexität durch die Entscheidung, selber einzugreifen und auf diese Weise den Alltag auf sich zu beziehen. Dies führt zur Erfahrung, wie wunderbar sich die Welt vereinfacht, wenn sie auf ihre Zerstörungswürdigkeit geprüft wird bzw. auf ihre Zuordnung zu den eigenen Kämpfe.

Wenn einer gerne schreibt, ist er froh, wenn er ein Thema hat

Doch gerade diese Grundausrichtungen stoßen in der Linken auf Ablehnung. Verbreitet ist die Kritik an »Phrasen« – also an längst bekannten, formelhaft heruntergeleierten Standardsätzen. Doch verfehlt diese Kritik oft den Kern des Problems, nämlich das nicht in seinen Konsequenzen reflektierte Herunterleiern. Vielmehr wird dann der andere Aspekt, nämlich die Bekanntheit der Aussagen als Schwäche ausgemacht, so daß die Suche nach dem »Neuen« zum Ziel wird. Dahinter steht ein fehlendes Verständnis der Situation der Wissenschaft und der linken Theorie. Es geht nicht um das Neue, sondern um die Gewichtung des Bekannten und die Bewährung in der Praxis. Es ist völlig perspektivlos, zu verneinen – es geht darum, die richtigen Ergänzungen hinzuzufügen.

Eine radikale linke Kritik muß auch sich selbst zum Thema haben. Unsere Konsequenz daraus läßt sich an drei Schlagworten festmachen: Orientierung, Kontinuität und Umsetzung.

Orientierung:
Ohne Marx keine Zukunft

Wer keinen grundsätzlichen Orientierungsmaßstab anstrebt, sondern sich lieber von Fall zu Fall entscheidet, hat sich bereits für die Verwertungslogik entschieden. Viele, die lesen, wollen etwas über die Welt lernen. Dabei hoffen sie auf neue Gedanken, die ihre ganze bisherige Erfahrungswelt in neues Licht tauchen. Die klassische Vorlage dafür liefert Marx, mit den Konzepten von Klassenkampf, historischem Materialismus und Dialektik. Vieles davon ist allerdings unter anderen Vorzeichen längst ins Allgemeinwissen eingegangen – ebenso wie die Reaktionen auf Marx und die gescheiterte Praxis in seinem Namen: als »Laß die doch reden«.

Wer sich inhaltlich anstrengt, weiß, daß man die Tatsachen nicht von ihrer Bedeutung trennen kann; daß Ideen auf den eigenen Alltag, also die ökonomische Lage zurückzuführen sind; daß nicht Worte entscheidend sind, sondern das Verhältnis von Worten und denen, die sie aussprechen; daß man keine Idee verstehen kann, ohne ihre gesellschaftliche Wirksamkeit zu berücksichtigen; daß Klassen existieren und diese den Lauf der Weltgeschichte geprägt haben, daß Fortschritt sich durch Widersprüche und nicht durch Harmonie entwickelt usw.

Im Detail läßt sich allerdings mit Marx (und erst recht mit seinen NachfolgerInnen) nur schwierig arbeiten. Zum einen kann man mit einzelnen Zitaten so ziemlich jeden politischen Standpunkt rechtfertigen, zum anderen sind die Details oft sehr deutlich der historischen Situation geschuldet. Darum muß man das unüberschaubare und hoch abstrakte Gesamtwerk genauso nutzen, wie es die MarxistInnen aller Zeiten getan haben. Sofern sie nicht einfach die intellektuelle Kraft seiner Polemiken für die eigene überhebliche Position übernehmen wollten, orientierten sie sich an bruchstückhaftem Wissen um die richtigen Prinzipien. Dies muß aber kombiniert werden: Keine Theoriearbeit ohne Einbeziehung von aktueller Ökonomie, Sozialpsychologie, Politologie usw.

Vom Marxismus bleibt vor allem das wirksam, was von seinen Kritikern noch heute als Vorwurf formuliert wird: Nämlich die Umdeutung aller Probleme in soziale und seine Eignung, nahezu alle sozialen Konflikte zu verschärfen, in denen sich ein Empfinden des Benachteiligtseins durchgesetzt hat.

Orientierung: Gegen die Säuberung der eigenen Reihen

Allerdings tragen genau diese Aspekte durch ihre geschichtslose Anwendung zur Selbstzerfleischung der Linken bei. Mit Vorliebe wird zurückgegriffen auf die Appelle zur Unversöhnlichkeit und zum bedingungslosem Linienkampf der historischen Vorbilder. Geschichtlich ging es aber um die Frage, ob sich mit der Arbeiterklasse potentielle Bevölkerungsmehrheiten Revolution oder Reformismus zuwenden.

In der Politszene werden mit dieser unnachgiebigen Haltung immer wieder Modethemen durchgesetzt, die man aufgreifen muß, wenn man nicht gleich zur anderen Seite gehören will – z.B. in den Siebziger Jahren der Bezug auf die Chinesische Kulturrevolution.

Orientierung: Gegen Distinktionsgewinn durch Kritik der Kritik

Dieses Vorgehen des linken Milieus paßt hervorragend zur allgemeinen gesellschaftlichen Tendenz:der Suche nach Distinktionsgewinnen, also Vorteilen aus dem eigenen Anderssein. Distinktion ist das Unterschiede setzende Verhalten und fördert Profilierung: Sozialgewinne als kompetentester Gesprächsführer, proletarischster Arbeiterführer, frechster Journalist oder selbstbewußtester Beziehungspartner.

Wem es im Politischen um die Distinktion geht, der kritisiert schon lang nicht mehr die Welt, sondern ihre Kritiker: Einerseits läßt sich so die Radikalität und Wortgewalt der Kritisierten als Haltung kopieren und sogarnoch steigern. Andererseits ist das Ganze billig zu haben, da es keine praktische Verbindlichkeit erfordert. Nun sind Grundorientierungen tatsächlich in der Regel intellektuell trübe. Durch die Wiederholung des Selbstverständlichen und Gemeinsamen entsteht eher Langeweile als Fortschritt. Der Radikalisierung in Spezialgebieten läßt sich hingegen beträchtlicher Unterhaltungswert nicht absprechen. Darum muß politische Arbeit beides aufgreifen. Entscheidend ist, unterscheiden zu können: das eine mündet in Strukturen. das andere in der Bereicherung der Persönlichkeit sowie Erkenntnis- und Luststeigerung.

Kontinuität:
Wer hat dich bloß so ruiniert

Vor diesem Hintergrund kann es nicht die Lösung des momentanen Zustands sein, jetzt erst recht um die reine Linie zu kämpfen. Nicht am Eingeständnis falsch beantworteter Fragen ist die Linke zusammengebrochen, sondern am nagenden Bewußtsein völliger Wirkungslosigkeit, in dem das Fragenstellen als solches irgendwann bedeutungslos



Plakat Sowjet-Union 1920 – Bildet Euch, dann werdet Ihr die Ketten der Sklaverei brechen: »Vom Marxismus bleibt vor allem das wirksam, was von seinen Kritikern noch heute als Vorwurf formuliert wird: Nämlich die Umdeutung aller Probleme in soziale und die Eignung, nahezu alle sozialen Konflikte zu verschärfen, in denen sich ein Empfinden des Benachteiligtseins durchgesetzt hat.«

Theoretische Schulung



Holzschnitt Marx vs. Bakunin: »Nicht am Eingeständnis falsch beantworteter Fragen ist die Linke zusammengebrochen, sondern am nagenden Bewußtsein völliger Wirkungslosigkeit, in dem das Fragenstellen als solches irgendwann bedeutungslos wird.«

wird. Die einen werden eingebunden in ihren Beruf, bis wegen fehlender Zeit Politik als Luxus geopfert werden muß. Die anderen investieren mehr in Politik und sind dann leichter zu treffen durch Rückschläge, die sich vor allem als persönliche Enttäuschungen bemerkbar machen. Im ständig zunehmenden gesellschaftlichen Bewußtsein um Kontingenz lassen sich Ansprüche aneinander nur im Ausnahmefall durchsetzen. Es gibt kein Wahres im Falschen. Und was im sympathischen eigenen Umfeld nicht funktioniert, läßt sich nur schwer als Vorwurf an die Allgemeinheit richten.

Kontinuität: Die schärfste Kritik hat sich selbst nicht als Ausnahme

Für uns bedeutet Pragmatismus, also die Orientierung an den unmittelbaren Konsequenzen, die Praxis als Maßstab zu nehmen sowie die Möglichkeit des Scheiterns miteinzubeziehen. In diesem Sinn muß jedes Engagement unmittelbare Vorteile beinhalten, wie Selbstschulung, Horizonterweiterung oder den Aufbau sozialer Netze. Ökonomisch besteht die Aufgabe darin, entweder die eigenen Anliegen in den Beruf zu integrieren oder Arbeit und Politik unter einen Hut zu bringen. Nur so lassen sich die Lebens- und Sinnkrisen überstehen, die zwar im Kapitalismus ausnahmslos alle irgendwann befallen, sich aber nicht in jeder Situation gleich gut bewältigen lassen.

Umsetzung: Pragmatismus mit Maximalforderungen

Wenn Welterklärungsmodelle immer ideologisch sind, also Gründe für das eigene Verhalten liefern, bedeutet dies aber auch, daß die inhaltliche Auseinandersetzung sich nur lohnt, wenn in Folge irgendein erfolgsversprechendes Verhalten zu erwarten ist. Erste Aufgabe der revolutionären Linken ist es darum, organisiert zu existieren. Radikale Opposition braucht eine Bewegung, die sie trägt und selber eine tragende Perspektive darstellt. Denn wer den Kapitalismus überwinden will, darf nicht im Kapitalismus zwangsläufig aufgerieben werden. Es muß möglich sein, Politik unter einen Hut zu bringen mit Beruf, Kindern und zeitweiligen Rückzugsbedürfnissen. Politik ist zwar angewiesen auf die Verbindlichkeit von Ideen, doch die Einzelnen sind angewiesen auf die Verbindlichkeit von Strukturen. Aufklärungsarbeit, die nicht eingebettet ist in eine politische Bewegung, hat immunisierende Wirkung.

Genauso, wie wir einen Humanismus brauchen, der nicht verzichtet auf die Waffe in der Hand, brauchen wir auch einen Pragmatismus, der nicht verzichtet auf Maximalforderungen. Wo Kritik ohne Kompromiß möglich sein soll, müssen Kompromisse eingegangen werden, um die Kontinuität der Kritik zu gewährleisten. Denn es geht uns nicht darum, an irgendwelchen Fragen auf Biegen und Brechen Entscheidungen zu erzwingen. Wichtig ist, eine kontinuierliche Praxis zu entwickeln, aus der heraus immer wieder Angriffe möglich sind. Die Wirksamkeit solcher Angriffe hängt dann weniger von uns ab als von der gesellschaftlichen Lage.

Umsetzung: Die Theorie der Organisierten ist organisierte Theorie

Die schärfste Kritik besteht darin, die eigenen Kriterien in der Praxis zu beweisen. Das ist die seit langem bekannte Aufgabe. Ausgangspunkt zeitgemäßer theoretischer Schulung ist nicht der Linienkampf einer aufstrebenden sozialistischen Bewegung, sondern der Neo-Liberalismus mit seinen Heerscharen der Unzufriedenen, der fehlenden historischen Notwendigkeit und der Möglichkeit jedes Einzelnen, sich im persönlichen Gespräch umzudrehen und einfach zu gehen.

Die Linke ist kein Nullsummenspiel: Wer auf alles einhackt, damit nur das Richtige übrigbleibt, bleibt zum Schluß allein übrig. Organisationen sind träge, formulieren das Gemeinsame und setzen auf Allgemeinverständlichkeit. Im Theoretischen findet dies seine Entsprechung im gründlichen und einordnenden Umgang mit Theorien. Man muß die Gedankengebäude kennen und die Grundbegriffe klären, da es um die Basis gemeinsamen Handelns geht.

Sorge dich nicht – denke!

Im Fall der Antifa ist dies verbunden mit dem solidarischen Umgang mit allen noch existierenden linken Ansätzen sowie mit historischer Theorie. Es geht darum, das Verteidigungswürdige aufzugreifen und in einen neuen Zusammenhang zu setzen, der sich allein schon aus der neuen Situation ergibt. Es lohnt sich nicht, auf das völlig Neue zu warten. Aber es lohnt sich, das Augenmerk auf die Struktur, also die Gewichtung der eigenen Argumente zu legen und diese in der Praxis zu erproben. In diesem Sinn verrät die vorliegende Broschüre nichts Neues, sondern betont nur, was einige nicht mehr wissen wollen und andere noch nie gehört haben – gekoppelt an den Aspekt einer organisierten Linken.

Faschismus und Kapital

Interessenslage

Zur Podiumsdiskussion an der Freien Universität Berlin hatte die Hochschulgruppe der AAB eingeladen, um ein Streitgespräch über Einordnung und Bewertung des Nationalsozialismus zu initiieren. Die jüngsten öffentlichen Kontroversen über den deutschen Faschismus – anläßlich von Daniel Goldhagens Buch »Hitlers willige Vollstrecker« und der Wanderausstellung über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht – hatten die zentrale Rolle des Antisemitismus für die nationalsozialistische Vernichtungspolitik sowie deren massenhafte Unterstützung durch die deutsche Bevölkerung in den Vordergrund gerückt. Im Zentrum der Podiumsdiskussion stand die Frage, wie diese Aspekte mit einer klassischen marxistischen Analyse vermittelt werden können, die von einem ursächlichen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus ausgeht.

Die Veranstaltung war sowohl zur gruppeninternen Schulung gedacht als auch zur Anregung für Interessierte, sich mit den Fragen auseinanderzusetzen, die nicht unwesentlich mit zielgerichteter Antifa-Politik verknüpft sind: War das Dritte Reich die terroristische Herrschaftsform eines entfesselten Kapitalismus und somit ein Klassenstaat? Oder gab es ein Primat der rassenideologisch geprägten Politik, also einen Rassenstaat? Sperrt sich die Vernichtung der europäischen Juden nicht gegen jede materialistische Deutung oder existierte tatsächlich eine »Ökonomie der Endlösung«? War die »Volksgemeinschaft« nur ideologische Fassade einer Klassengesellschaft oder kennzeichnet den NS ein rassistisches Bündnis von Mob und Elite?

Die Referenten

Zur Diskussion der Fragen eingeladen waren:

• Reinhard Kühnl, Professor für Politikwissenschaft an der Uni Marburg; er ist neben Wippermann der profilierteste Faschismusforscher in der westdeutschen Linken. Ausgehend von einem marxistischen Ansatz hat er zahlreiche Bücher zum Thema publiziert.

• Wolfgang Wippermann, Professor für Neuere Geschichte an der FU Berlin.

• Karl-Heinz Roth, Arzt und Historiker der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Er gehört politisch zur radikalen Linken und ist Experte auf dem Gebiet der faschistischen Arbeiter- und Sozialpolitik.

Zusammenfassung der Positionen

• Kühnl: Der faschistische Staat ist Klassenstaat und Rassenstaat gleichzeitig. Die beiden Aspekte müssen zusammengefaßt werden, um sie als Einheit von Widersprüchen zu begreifen. Die NDSAP kam an die Macht, weil sie den Interessen des Kapitals entsprach. Die Masse der arbeitenden Klasse sollte mundtot gemacht und die Bevölkerung auf die neuen Ziele fixiert werden. Nach der Errichtung von Konzentrationslagern wurden als erstes die aktiven Vertreter der Arbeiterbewegung inhaftiert. Gleichzeitig wurden neue Betriebsordnungen errichtet, nach denen der Unternehmer zum »Führer« des Unternehmens wurde.
Im Dritten Reich kamen Führungsgruppen des Kapitals an die Macht. Dem Mundtot-Machen der arbeitenden Klasse entsprach die Konzentration auf den Krieg. Ziele, für die in den Krieg gezogen wurde, waren formuliert von Schwerindustrie und chemischer Industrie. Kapitalistische Interessen waren dabei die Gewinnung von Land, billigen Arbeitskräften und die Sicherung der Rohstoffzufuhr.

Die Hierarchisierung der Rassen war eine wichtige Komponente im NS-Faschismus. Ideologische Basis war der Kampf gegen die Vorstellung allgemeiner Menschenrechte, die Vorstellung von Universalität und Gleichheit. Die Behauptung von der Ungleichwertigkeit der Völker, Klassen und Geschlechter sollte Unterdrückung legitimieren.

Doch der Massenmord an Juden kann nicht aus kapitalistischen Vorstellungen abgeleitet werden. Antisemitismus ist dabei ein eigener Komplex.Ideologisch konnte der NS auf die tausendjährige Tradition der Judenfeindschaft im christlichen Europa zurückgreifemn, in der Juden als »Gottesmörder« denunziert wurden. Daraus entstand Ende des 19. Jahrhunderts der »Antijudaismus« in Deutschland, der von reaktionären Kreisen getragen wurde und sich gegen den Aufstieg des Bürgertums richtete. Die gesellschaftlich ausgegrenzten Juden konnten in dieser Zeit wirtschaftlich und sozial aufsteigen. Der neue Aspekt des NS ist der »Rassenantisemitismus«, der das Judentum als unabänderliche biologische Tatsache definiert. Damit ließen sich Juden als Weltfeind identifizieren und als Gegenbild zum »Arier« verwenden.

• Wippermann: Im Faschismus hat es eine kapitalistische Klassengesellschaft gegeben, aber der faschistische Staat war kein Klassenstaat mehr.

Der Staat war kein Instrument irgendeiner Kapitalfraktion.
Es gab ein Bündnis und eine Verselbstständigung der faschistischen Exekutive. Den Staat so instrumentalistisch zu definieren wie früher die DDR, geht nicht mehr.

Die verschiedenen Kapitalfraktionen haben ihren Profit nicht über den Markt gemacht, über den Verkauf der Produkte, sondern durch den Kampf um die Zuteilungvon Rohstoffen und Arbeitskräften. Das ist eine andere Gesetzmäßigkeit.

Es war kein Klassenstaat mehr, weil es immer weniger freie Lohnarbeiter gab, die ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen mußten, sondern dienstverpflichtete Volksgenossen, Zwangsarbeiter und immer mehr Arbeitssklaven. Dieses Prinzip der Sklavenarbeit war nicht primär ökonomisch motiviert, etwa wie im Gulag-System der Sowjetunion, sondern stand bereits unter dem



Primat der Ideologie des Rassismus. Das Programm des Rassenstaats ging von einer »Reinigung des Volkskörpers von allen rassefremden Elementen« aus, neben den Juden die Sinti und Roma, die slawischen Minderheiten, die Sorben und auch die ganz kleine Gruppe der Afrodeutschen. Weiterhin die »Reinigung von Asozialen«, worunter, neben den »geborenen Asozialen« , den Sinti und Roma,auch die Homosexuellen zu subsummieren sind, und von sogenannten erbkranken Elementen.

Zur Errichtung eines Rasseimperiums wurden Rassenkriege geführt, das gilt insbesondere für den Krieg gegen die Sowjetunion, der nicht nur gegen den »jüdischen Bolschewismus« geführt wurde, sondern um »Lebensraum«, zur Ausrottung und zur Ansiedlung. Und hier gibt es eine Übereinstimmung nicht nur der Staatsführung und der Eliten, insbesondere der Wehrmacht und ihrer Offiziere, sondern auch großer Teile des Volkes. Der Rassismus ist nicht nur die Ideologie der Herrschenden, sondern wird auch geteilt von den Beherrschten, und insofern gab es nicht nur, wie Goldhagen sagt, willige Vollstrecker des Antisemitismus, sondern viele willige Vollstrecker des Rassismus.

• Roth: Hinter dem deutschen Faschismus stand das Kapital, aber anders, als Dimitroff sich das vorgestellt hatte, anders in einem paradoxen Sinn. Nach neuesten Forschungen muß davon ausgegangen werden, daß zwischen 1931 und 1933 in allen führenden Unternehmensverbänden, wichtigen Unternehmungen und Wirtschaftsgruppen Positionsverschiebungen stattgefunden haben, die auf ein strategisches Bündnis mit dem deutschen Faschismus hinausgelaufen sind. Also nicht nur Finanzkapital im traditionellen Sinn, sondern alle Kapitalgruppen, beispielsweise auch die Technologiekonzerne und der Groß- und Außenhandel. Nicht eine Minorität des deutschen Kapitals hat auf den Machtfaktor und das politische Diktaturbündnis mit den Nazis gesetzt, sondern in dieser Zeit alle wesentlichen Gruppierungen.

Die Völkermordpolitik, die der deutsche Faschismus entwickelt und durchgesetzt hat, kann aus drei zentralen Komponenten erklärt werden:

• das bestialische Syndrom. Es hat Vernichtungsdenken gegeben, das auf die Möglichkeit des Zuschlagens, der Rache, der Ausmerzung, der Austilgung im Krieg gewartet hat.
• Die politische Diktatur, der politische Terrorismus selbst, als konstitutiv für den Prozeß des Übergangs zur Massenvernichtung
• Wirtschaftspolitische Strategien haben eine entscheidende Rolle gespielt. Beispiel Generalgouvernment des besetzten Restpolens: Dort wurde eine wirtschaftspolitische Konzeption entwickelt, die darauf hinaus lief, dieses Generalgouvernment aus eigener Kraft wirtschaftlich zu entwickeln, und dazu wollte man eine deutsche Führungsschicht etablieren, man wollte gleichzeitig ein Kollaborationsbündnis mit der polnischen Bevölkerung, insbesondere mit den polnischen Bauern und Handwerkern eingehen, indem man den sogenannten jüdischen Sektor im Gouvernment, wie es in den Planungspapieren heißt, zusammenpreßt. Es war eine Strategie der Kapitalakkumulation auf der Basis einer Massenvernichtung. Es gab also drei Komponenten, und diese sind untrennbar miteinander verbunden.

Resümee

Die Veranstaltung erfüllte ihren Sinn, die eigene Kompetenz zu den Streitfragen zu erweitern. Zu eindeutigen Ergebnissen kam sie – wie zu erwarten – nicht. Allein schon auf dem Podium deuteten sich kaum vereinbare inhaltliche Schwerpunktsetzungen an. Es ist nicht möglich, einen Schlußstrich zu ziehen unter eine aus guten Gründen seit Jahrzehnten andauernde Diskussion um Ursache und Bedeutung des Faschismus. Einig waren sich alle Referenten in der Ablehnung der »Modernisierungstheorie«, die besagt, daß der Nationalsozialismus eine soziale Revolution vollbracht und dem rückständigen Deutschland einen Stoß in die Modernität versetzt habe. Ebenso gemeinsam war die Ablehnung der Totalitarismustheorie, die Faschismus und Sozialismus gleichsetzt, sowie die Befürwortung eines allgemeinen Faschismusbegriff, der das 3.Reich in die faschistischen Systeme einordnet und keinen Einzelfall konstruiert. Die darüber hinausgehenden Unterschiede der Analyse zeigten den 400 Interessierten deutlich die Kernfragen auf, an denen sich eine zeitgemäße linke Faschismusanalyse orientieren muß.

Die aller ist die
Höchste Künste Veränderung

Es gibt kein richtiges Leben im Falschen. (Theodor W. Adorno)

Wichtigkeit von Kulturkampf

Dem Kulturkampf kommt in der Linken eine besondere Bedeutung zu. Unter »Kultur« versteht man die Vorstellungs- und Orientierungsmuster, die eine Gemeinschaft nachhaltig prägen. Diese Muster werden von den Beteiligten verwendet, um Situationen zu erklären und zu gestalten. Sie entstehen nicht rational, sondern werden in einem Sozialisationsprozeß vermittelt und prägen ganzheitlich, also auch emotional.

Doch zu Kultur gehören nicht nur diese Basisannahmen, sondern auch ein Symbolsystem, das die Annahmen vermittelt. (z.B. Sprache, Kleidung, Umgangsformen). Für die Linke ist Kultur genauso Teil der Lösung wie Teil des Problems. Problematisch ist, daß die gemeinsame Orientierung verkettet ist mit dem Bestehenden, da sie in der Sozialisation, also aus den Erfahrungen des Alten heraus vermittelt wird und da sie nicht auf rationalen Entscheidungen beruht, also für Suggestionen und Ausgrenzungen besonders empfänglich ist: Wer erst mal im Kapitalismus (bzw. Feudalismus) geprägt ist, verliert diese Orientierung nicht so schnell – eine Orientierung, die in der Regel den Bezug zur »guten alten Zeit« herstellt und insofern konservativ ausgerichtet ist. Besonders negativ wirkt sich das im Nationalismus aus. Die deutsche Nation etwa bildete sich mit dem Konstrukt einer »Nationalkultur«, die sich historisch insbesondere durch Abgrenzung gegenüber dem Judentum definierte.

Linke Hoffnungen: »Kulturrevolution« und »Philosophische Front«

Eine mögliche Lösung ist das Kulturkonzept für die Linke, da es in seiner Ganzheitlichkeit auch Ansatzpunkt für eine gründliche Änderung des Sozialen ist. Diese Bedeutung sah Mao in der Kultur: zur Vollendung einer bereits siegreichen Revolution. Im revolutionären China propagierte er die »Große proletarische Kulturrevolution«. Die chinesischen Kommunisten forderten die »Revolution nach der Revolution«, die nach der Machtergreifung fortgesetzt wird und zur völligen Umgestaltung aller Lebensverhältnisse führt. Ihr Kommunismus hatte stark experimentellen Charakter und betonte Bewußtseinsbildung und Umerziehung. Dies führte im Westen zur Horrorvision der »Chinesischen Gehirnwäsche«, aber auch zu Bewunderung unter der rebellierenden Jugend.

Mit dem Konzept der »kulturellen Hegemonie« formulierte der italienische Kommunist Gramsci in der ersten Hälfte des Jahrhunderts das Ziel im Kampf um die Herbeiführung grundlegender Veränderung in Westeuropa. Gramsci teilte den Überbau der Ökonomie in zwei große Ebenen ein : Die »politische Gesellschaft« verkörpert für ihn die direkte Machtausübung des Staates als Unterdrückungsapparat, seine juristischen und militärischen Funktionen. Die »bürgerliche Gesellschaft« erzeugt den freiwilligen Konsens und wird nur indirekt von der herrschenden Klasse gesteuert. Dazu gehören die Schulen, Universitäten, Kirchen, Gewerkschaften. Dies Modell eröffnet theoretisch die Möglichkeit, daß die Sozialisten schon vor ihrer Machtübernahme auf einigen Gebieten des Überbaus die Hegemonie, also die Vorherrschaft erringen. Dies hielt er als Vorbereitung grundlegender Veränderung für unverzichtbar. Auf diesen Vorstellungen basiert der Kulturkampf im engeren Sinn, auf den sich im folgenden bezogen werden soll: der Versuch, von links Auseinandersetzungen zu führen im Bereich von Bildung, Wissenschaft, Kunst und Massenmedien.

Agitationsplakat China – Die sozialistische Revolution der Überbausphären gut gestalten: »Eine mögliche Lösung ist das Kulturkonzept für die Linke, da es in seiner Ganzheitlichkeit auch Ansatzpunkt für eine gründliche Änderung des Sozialen ist.«



Moderne: Das Richtige geht dem Falschen voraus

Daß Hoffnung in die Veränderung durch Kultur gesetzt wird, begründet sich aus ihrer Vorgeschichte. So wurde die Schaffung von »Kunst« als höchster Ausdruck von Kultur historisch eingesetzt als Orientierungsmaßstab für das gesellschaftliche Leben.

Noch im 18. Jahrhundert gelang es dem Adel, einer »wahren Kunst« Dominanz zu verschaffen, die dem »Guten, Wahren, Schönen« verpflichtet sein sollte. Damit wurde gesellschaftlich der Anspruch durchgesetzt, daß der Adel eben diese Prinzipien verkörpere bzw. nur er sie würdigen könne.

Fotoreihe: 30er Jahre: ERNST BUSCH (rechts: J.Heartfield) interpretiert Kultlieder der Arbeiterbewegung; 70er Jahre: TON-STEINE-SCHERBEN als Soundtrack für 1968; 80er Jahre: SLIME mit militantem Anarchopunk : »Die besondere Attraktivität macht aus, daß die symbolische Ebene verbunden ist mit Gemeinschaftlichkeit und Kreativität in bezug auf Sprache, Lieder, Kunstwerke, Kleidung usw.«







Mit der »Moderne« änderten sich die Vorzeichen. Nach Aufklärung und französischer Revolution hieß »modern« sein, seine Normen aus sich selbst heraus zu entwickeln. Es ging darum, vorbildlose Originalität als Avantgarde zu schaffen. Kunst sollte das Wahre auszudrücken, zu dem hin sich die Gesellschaft erst noch entwickeln muß.

Das typischste politische Projekt der Moderne war der Sozialismus. Mit dem Sozialismus war die Hoffnung verbunden, in ihm ließe sich das Werk der Literaten und Künstler endlich verwirklichen und vollenden. Die überwältigende Mehrheit der Intellektuellen waren Sozialisten bzw. später Antifaschisten.

Kultur heißt, daß alles am richtigen Platz ist

Nach dem weltweiten Siegeszug des Kapitalismus hat linke Kultur ihre soziale Sprengkraft verloren. Politik dreht sich um die Frage der Macht, aber Kultur dreht sich um die Frage des Interessanten. Dies läßt sich in der Kapitallogik mühelos vereinnahmen.

Als gesellschaftliche Formen haben sich »Lebensstile« herausgebildet, also selbst ausgewählte Kulturen, die unverbindlich in ihren Nischen nebeneinander her bestehen. Zwar gehen Lebensstile oft Hand in Hand mit bestimmten Gesellschaftsklassen, aber dieser Zusammenhang löst sich zunehmend auf. Mobilisierend für das Handeln über die reine Notwendigkeit heraus ist die selbst ausgewählte Kultur, die mehrmals im Leben wechseln kann. Die westlichen Industriegesellschaften bestehen aus

Subkulturen, die den Miteinbezogenen intensive Orientierung und Sinn vermitteln. Zusammengehalten wird die kulturelle Mischung durch ökonomische Notwendigkeiten und staatliche Normen, die aber nur im Ausnahmefall selbst sinnstiftend sind.

Postmoderne: Ein Lachen wird es sein, das euch beerdigt

Dem trägt die Postmoderne als heute dominante Kunsttheorie Rechnung. Für die Postmoderne ist alles Kultur und darum alles konsumierbar: Was früher Auseinandersetzung oder Ablehnung hervorrief, ist folgenlos amüsant. Ursprünglich nur ein Stil in der Architektur, ist die Postmoderne wie jede andere Hochkultur vor ihr auch als allgemeine Lebenshaltung in Mode gekommen. Wo sich eh nichts verändern läßt, weil die Kapitallogik regiert, wird der Spieß einfach umgedreht und die eigene Folgenlosigkeit als frischer kultureller Einfall verkauft. Unter der Parole »Anything goes« soll die Postmoderne demonstrative Heiterkeit verbreiten, die Erreichbarkeit für die Masse und die Gleichwertigkeit aller Stile einleiten. Gerade was als alt, öde und geschmacklos erkannt ist, läßt sich mittels Ironie wiedereinführen. Positive Deutung erlangen menschliche Schlüsselerfahrungen wie Unbestimmtheit, Verspieltheit oder Trivialität. Der Gefallen am Ritual wird entdeckt, die Hinwendung zu jeder Form von Mythos. Und darum sagen alle die, die Vorteile haben, wenn sie daran glauben: Wenn wir eh nichts verändern können, sollten wir wenigstens konsequent sein – konsequent ironisch, selbstbezogen, genießerisch, verspielt, oder mit anderen Worten: konsequent machtlos. Das ist tabulos, köstlich amoralisch und ermöglicht persönliche Überlegenheitsgefühle. Natürlich darf Kultur auch weiterhin gerne utopisch sein, solange sie nicht penetrant wird. Alles, was der Fall ist, läßt sich in Genuß umwandeln.

Kulturkampf von rechts

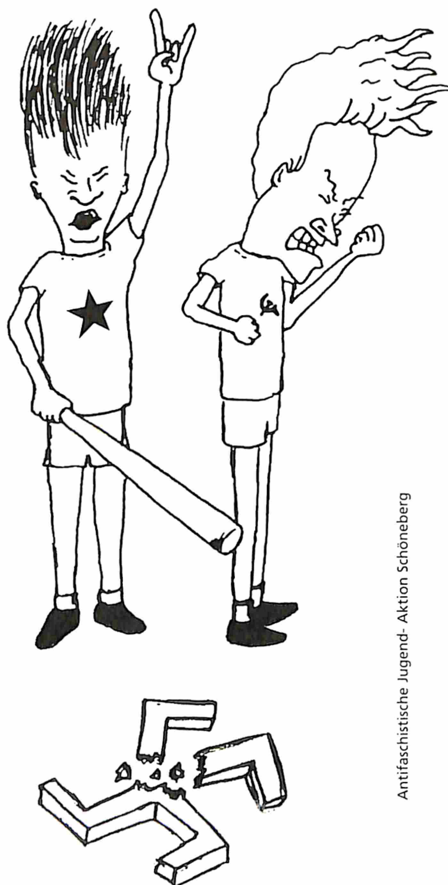
Wichtig ist, den Kulturbereich zu nutzen, aber nicht in »kulturelles Denken« zu verfallen. Das Verständnis dieser Denkweise ergibt sich aus dem begrifflichen Entstehungshintergrund von »Kultur« im 18. Jahrhundert. Man kann unmittelbares Verhalten beobachten, und gleichzeitig läßt sich all das ein zweites mal beobachten und beschreiben, wenn man es als kulturelles Phänomen auffaßt, z.B. als »Nationalkultur«. Dann läßt sich dies Handeln Vergleichen aussetzen, relativieren, am Vorbild einer »Hochkultur« messen usw.

Der politische Anwendungsbereich ist dann für alle Seiten unbegrenzt. So kann der gesellschaftliche Mainstream Konflikte entpolitisieren, indem er sie als Auseinandersetzungen verschiedener Kulturen (Jugend-/Sub-) verharmlost. Von rechts lassen sich Eliten begründen, der veraltete »Rassen«-begriff modernisieren usw. Der Bestsellerautor Huntington definiert gleich den weltgeschichtlichen Konflikt des 21. Jahrhunderts als »Krieg der Kulturen«, also z.B. westliche Demokratie gegen Islam, die den alten Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus ablöst usw. Grundsätzlich gilt hier für eine linke Position, daß sie die politische Denkweise auf den Kulturbereich überträgt statt umgekehrt. Statt die Existenz »natürlicher«, unveränderlicher Grundorientierungen hinzunehmen, muß sie auf die Veränderbarkeit der Verhältnisse bestehen. Statt auf den Klebstoff der nationalen Kultur, hat sie auf die innergesellschaftlichen Widersprüche hinzuweisen. Und statt alles, was der Fall ist, in Genuß umzuwandeln, muß sie dafür sorgen, daß sich mit Genuß Politik machen läßt.

Gib mir einen Satz mit Sinn

So stellt sich die Frage, wie Kulturkampf in der Postmoderne möglich sein soll. Erfolgreich ist offensichtlich vor allem Identitätspolitik. »Identität« bedeutet, daß der Einzelne aus der Vielzahl der möglichen Meinungen und Verhaltensweisen eine Auswahl trifft, die über einen längeren Zeitraum gleich bleibt und eine innere Logik besitzt. In der Regel ist eine Identität verbunden mit der zugehörigen (Sub)Kultur, also einer Gemeinschaft erhoffter oder tatsächlicher Gleichgesinnter, die sich auch in Symbolen ausdrückt. Die besondere Attraktivität macht aus, daß die symbolische Ebene verbunden ist mit Gemeinschaftlichkeit und Kreativität in Bezug auf Sprache, Lieder, Kunstwerke, Kleidung usw. Linke, radikaloppositionelle Identitäten sind in jeder Hinsicht unterstützenswert. Entscheidend ist nur, nicht dabei stehen zu bleiben.

Wenn es beispielsweise gelungen wäre, die Zehntausenden politisch einzubinden, die allein in den 80er Jahren in Berlin die Polit-»Szene« durchlaufen haben, wäre längst eine neue Massenbewegung entstanden. Daß viele Linke nicht souverän mit den notwendigerweise inhaltlich schwammigen Szenen umgehen können, liegt daran, daß Subkultur für sie ihre eigene, inzwischen peinlich gewordene Substanz ist statt nur ein Anknüpfungspunkt.



Antifaschistische Jugend- Aktion Schöneberg

MTV-Kultstars Beavis and Butthead revisited: »Ein erfolgreiches Konzept von Kulturkampf muß die Aufgabe lösen, die postmoderne Logik im Fortschritt und nicht als Rückgriff zu überwinden: durch das Aufgreifen ihrer Unbeschwertheit, ihrer Eingängigkeit, ihrer Kampfmittel wie Ironie und stilistischer Vielfalt.«



Soli-Konzert der Hip-Hop-band »Fettes Brot« für die Antifa Berlin 1996: »Wichtig ist, Staub aufzuwirbeln, symbolische Kämpfe zu führen, Meinungsführer und Symbolfiguren mit einzubeziehen und die Faszination aufzugreifen, die verbunden ist mit kulturellen Anliegen.«

Originell: Verteidigung der »Szene«

Also was tun in Zeiten wie diesen: Zum einen ist offensichtlich, daß da, wo alles möglich ist, sich auch Szenen etablieren können, in denen eben nicht alles möglich ist. »Szenen« sind Subkulturen in der Gesellschaft, die nur noch aus Subkulturen besteht, zusammengehalten durch Kapitallogik und staatliche Normen. Speziell die Polit-Szene geißelt ihren kulturellen Zusammenhang und damit sich selbst traditionell als »Ghetto«. Ein Mitglied der Polit-Szene erkennt man in der Regel daran, daß er sich von der »Szene« distanziert – allen anderen ist das Thema schließlich völlig egal.

Aus biographischer Enttäuschung heraus wird davon ausgegangen, daß »Szene« gleichzusetzen ist mit der Punk-, Hardcore-, Independence- oder Hip-Hop-Kultur. Als Beweis der Beschränktheit gilt das Vorhandensein von eigenen Verhaltensweisen, Sprache und Weltwahrnehmung. Dabei sind dies nur Zeichen eines erfolgreichen Lebensstils. Es geht um genauso eine Mini-Lebenswelt wie die der Computer-Cracks, der Religiösen, Fußballfans, StarTrek-Anhänger oder Yuppies auch.

So verstanden ist eine Szene das Ergebnis erfolgreicher Kulturarbeit und kein Zeichen von Beschränktheit. Vermutlich haben in der BRD der letzten 30 Jahren bedeutend mehr Leute durch Brecht, Ton-Steine-Scherben oder Slime ihr Interesse an Politik entdeckt als durch alle kommunistischen Parteien zusammen.

Schönheit gibt es nur im Kampf

Ein erfolgreiches Konzept von Kulturkampf muß die Aufgabe lösen, die postmoderne Logik im Fortschritt und nicht als Rückgriff zu überwinden: durch das Aufgreifen ihrer Unbeschwertheit, ihrer Eingängigkeit, ihrer Kampfmittel wie Ironie und stilistischer Vielfalt. Zusätzlich durch das Einlassen auf die»große Erzählung«, die in dieser Logik Feindbild Nummer eins ist: die verbindliche übergeordnete Leitidee, die Orientierungsfunktion hat. Das wenige, was dieser Leitidee nicht zugeordnet werden kann, wird mit einem Zusatzkommentar versehen: entweder ausführlich abgelehnt oder bekämpft. Die eigene Stärke erweist sich aber in der Souveränität. Auf dem unverbindlichen Gebiet der Lebensstile ist JEDER Kampf symbolisch.

Gleichzeitig ist aber Kulturkampf nur eine Möglichkeit innerhalb der Politik. Neben der Schaffung eines eigenen Umfeldes geht es darum, politische Bewegung zu entwickeln, also verbindliche Punkte zu erarbeiten und zu verbreiten, auf die sich möglichst viele Milieus einigen können; in unserem Konzept eine antifaschistische Grundorientierung.

Unter heutigen Bedingungen kann das Ziel von Kulturkampf nur sein, präsent zu sein in Bereichen wie Bildung, Wissenschaft und vor allem in den Massenmedien; wichtig ist, Staub aufzuwirbeln, symbolische Kämpfe zu führen, Meinungsführer und Symbolfiguren mit einzubeziehen und die Faszination aufzugreifen, die verbunden ist mit kulturellen Anliegen.

z.B. Ausstellung Kunst und Kampf (23.6.-7.7.95)

Konzept

Im Juni 1995 organisierte eine Ausstellungsgruppe unter Beteiligung der AAB die Ausstellung »Kunst als Widerstand/Verbotene Kunst« in Berlin. Die Ausstellung zeigt kriminalisierte Plakate aus den 80er und 90er Jahren und Kunst im Klassenkampf der 20er Jahre. Sie ist angelehnt an die Wanderausstellung »Kunst als Widerstand«, die mit großem Erfolg 1986 durch verschiedene Städte der BRD zog. Ein Teil der Ausstellung ist der Debatte um revolutionäre Kunst in den 20er Jahren gewidmet. Auf 20 Tafeln werden Künstler/-gruppen der Weimarer Republik und ihre Standpunkte dargestellt. Der Schwerpunkt liegt bei der DADA-Bewegung. Dabei geht es hauptsächlich um die Begriffe »Tendenzkunst« und »Soziale Brauchbarkeit«.

Kunst und Kampf

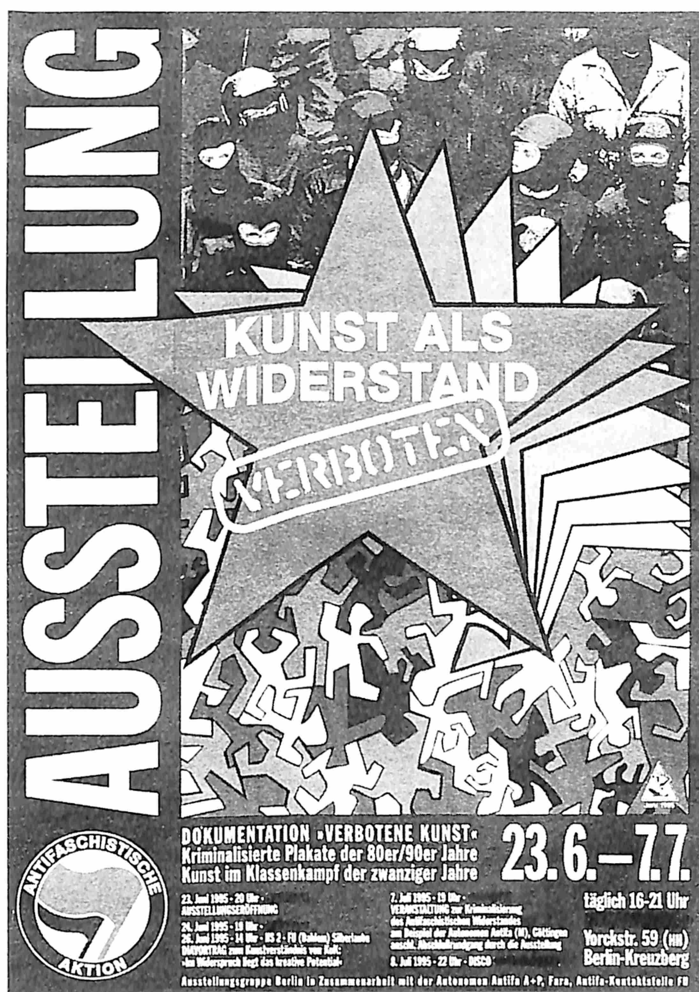
Der Hauptteil der Ausstellung zeigt Plakate von Kunst und Kampf (KuK) und dokumentiert kriminalisierte Agitprop-Aktionen aus Göttingen. KuK entstand in den 80er Jahren im Zusammenhang mit der autonomen/antiimperialistischen Bewegung in der BRD. Ein wesentliches Prinzip ihrer Arbeit ist die Entstehung im Zusammenhang mit der politischen Bewegung, Initiative und Aktion. KuK propagiert den Begriff der antagonistischen Kultur, die im unversöhnlichen Widerspruch mit dem herrschenden System steht. Dies zielt auf eine Veränderung reaktionärer gesellschaftlicher Orientierung. Daraus resultiert ein Kunstbegriff, der die Allgemeinheit zu erreichen sucht, agitative Züge trägt und eine allgemeinverständliche Formsprache für eine möglichst klare, unmittelbare Wirkung nutzt.

Staatliche Reaktionen

Die Geschichte der Kriminalisierung von KuK ist so lang wie die Geschichte von KuK selbst. Im Rahmen der Hausdurchsuchungen gegen die Autonome Antifa (M) wegen »Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung« im Juli 1994 wurden Hunderte von KuK-Plakaten und Kistenweise Material beschlagnahmt. Die Ermittler verbanden die Verfahren gegen KuK mit den Verfahren gegen die Antifa, indem KuK als »Propagandaabteilung« der Autonomen Antifa (M) eingestuft und eine eigene Ermittlungsakte angelegt wurde. Über zwei Jahre nach den Hausdurchsuchungen wurde die Anklage eingestellt. Als Reaktion auf die Übergriffe des Staatsapparates wurde die Ausstellung mit den kriminalisierten Werken erstellt und dazu eine Broschüre »Verbotene



Dorn im Auge des Staatsschutzes: KuK Plakat »Zusammen gehört uns die Zukunft.«



Ausstellungsplakat: »Die Durchführung der Ausstellung war von Seiten der AAB einerseits ein Akt der Solidarität mit den kriminalisierten GenossInnen. Andererseits sahen wir den Reiz darin, daß das Kunstkonzept von KuK ein Schlag ins Gesicht jedes liberalen Kulturverständnisses darstellt.«

Kunst« veröffentlicht. Kurze Zeit später war die Broschüre verboten – ebenso ein Flugblatt, das über das Verbot berichtete.

Resümee

Die Durchführung der Ausstellung war von Seiten der AAB einerseits ein Akt der Solidarität mit den kriminalisierten Genossen. Andererseits sahen wir den Reiz darin, daß das Kunstkonzept von KuK ein Schlag ins Gesicht jedes liberalen Kulturverständnisses darstellt: gegen die Ansicht, daß Kunst durch Parteilichkeit ihre Originalität und damit ihren Wert einbüßt; gegen die Ansicht, daß Ernsthaftigkeit, also das Fehlen von Ironie und Subtilität, eine heutzutage unverzeihliche Plattheit ist.

Die Reaktionen auf die Ausstellung waren heftig. Die Eintragungen im Besucherbuch reichten von wüsten Beschimpfungen bis zu höchstem Lob. In den ehemals besetzten Häusern der Yorkstraße, in denen die Ausstellung stattfand, wurde ein Transparent aufgehängt, das gegen die vermeintliche Militanzverherrlichung der Kunstwerke polemisierte. Von den Besucherzahlen her fand die Ausstellung großen Zuspruch: insgesamt kamen 500 Interessierte, darunter auffallend viele Jugendliche. In mehreren Lokalzeitungen wurde über KuK berichtet. Für uns war diese Präsentation eigenkultureller Impulse ein möglicher Ansatz, genauso eine Möglichkeit von Kulturkampf wie die Reaktion auf Mainstream-Moden oder das Einmischen in Talk-Shows. Als ein Mittel unter vielen betrachten wir die Ausstellung als großen Erfolg.



Logo der Gruppe »Kunst und Kampf« (KuK)

Antifaschismus heißt Kampf dem Patriarchat!

Frauen, die die herrschenden Verhältnisse, die Herrschaft im wahren Sinne des Wortes radikal aufheben wollen, bedürfen nicht so sehr der männlichen Genossen, die sich für ihre Freunde halten, als der männlichen Genossen, die bereit sind, zum Feind des Mannes zu werden.
(Ingrid Strobl)

Feminismus ist Grundlage

Feminismus, also Frauenkampf, zielt auf die Emanzipation der Frauen und damit auf die Überwindung des Patriarchats, der Männerherrschaft. Patriarchat bedeutet, daß es materielle Strukturen und allgemeine Werte und Normen gibt, durch die Frauen als Geschlecht ausgebeutet und unterdrückt werden.
Feminismus thematisiert die Geschlechterverhältnisse und ist damit gleich in dreifacher Weise grundlegend für linke Politik: mit der Rolle der Sexualität wird ein zentrales Thema des gesellschaftlichen Normalzustands aufgegriffen; mit der Kampfstellung gegen »Biologismus« wird ein rechtes Kernkonzept bekämpft; zudem geht es um Frauenorganisierung, die unmittelbar interne Konsequenzen in der gemischten Linken erfordert.

Das letzte Glücksversprechen

Für die meisten das Geschlecht einer Person, mit der sie in Beziehung treten, das als erstes registrierte Merkmal. Das steht im Zusammenhang mit der Bedeutung von Intimbeziehungen als letztem Band im Bereich des Sozialen, wo ansonsten völlige Gleichgültigkeit vorherrscht. Mit der gesellschaftlich geförderten Illusion der Aufhebung individueller Grenzen und Verschmelzung der Einzelnen wird auf Ideale eines utopischen Kollektivismus zurückgegriffen. In diesem Bereich soll der Einzelne entschädigt werden für die Entbehrungen im kapitalistischen Alltag. Sexualität soll Beziehungen zusammenhalten, Selbstverwirklichung ermöglichen und Selbstwert geben, in einer Gesellschaft, die es zunehmend schwerer macht, sich etwas wert zu fühlen. Alle Unzufriedenheit, politisch, gesellschaftlich, persönlich, soll ins Private abgelenkt, auf dem sexuellen Beziehungsgebiet kompensiert werden.

Innerhalb der Machtbeziehungen gehört Sexualität zu den am vielseitigsten einsetzbaren Elementen. Besonders deutlich zeigt sich dies in der Ökonomie: In der Sexualisierung der Werbung, oder in dem boomenden Sextourismus in Billiglohnländer als Fortsetzung der Kolonialisierungsgeschichte. Weder Video-Rekorder noch Pay-TV hätten sich ohne Erotikangebote derart schnell durchgesetzt. Die Schwerpunktsetzung auf das optische Erscheinungsbild fördert



Warten auf den Froschkönig aus dem Sumpf: »Innerhalb der Machtbeziehungen gehört Sexualität zu den am vielseitigsten einsetzbaren Elementen.«



Archiv 8

Fahndungsplakat Ulrike Meinhof (RAF)
Eine der grundlegenden Regeln jeder Anti-Terror-Ausbildung lautet in diesem Zusammenhang – Erschießt zuerst die Frauen: »Diese Erfahrung teilen – auf die eine oder andere Art – alle Frauen, im privaten wie im öffentlichen Leben.«

zudem Moden und Körperkult der Werbeästhetik. So dient Sexualität als motivierendes letztes mögliches Abenteuer, als übriggebliebenes Glücksversprechen.

Marx und Freud

Mit der Verknüpfung von sexueller und politischer Befreiung wurde von der 68er Linken die Rolle von Sexualität zum Thema gemacht. Die Auflehnung gegen die in den 50ern vorgefunde gesellschaftliche Erstarrung beinhaltete die Infragestellung der konservativen Sexualmoral und ihrer gesellschaftlichen Funktion. Für die Konservativen funktioniert der Kapitalismus am besten, wenn der zerstörerische Verwertungsdruck der Kapitlalogik auch ideologisch und erzieherisch begleitet wird durch den Versuch, das Individuum klein zu kriegen – durch Moral, Pflichten, Religion. Dies geht grundsätzlich mit Einschränkungen und Verboten sexueller Aktivitäten einher.

Zentrales Anliegen der tonangebenden Neomarxisten war die Verknüpfung von Marx mit Freud und dessen Psychoanalyse. Aus heutiger Sicht ist Freuds Bild von Frauen als Mängelwesen überholt. Entscheidend war aber der neue Aspekt in Freuds Theorie: Die gesellschaftliche Bedeutung von Sexualität. Die Enttabuisierung von Sexualität wurde Teil der Strategie der 68er, den gesellschaftlichen Normalzustand aus den Angeln zu heben. Im Vordergrund stand die Propagierung von »freier Sexualität«, d.h., Sexualität unabhängig von Familienerhaltung und Fortpflanzung als eine Art der sozialen Kommunikation zu definieren. Orientierung am Lustgewinn stand im Vordergrund, also an Entspannung und Zufriedenheit, der Schaffung von Nähe und der Aufgabe von trennenden Hemmungen. Damit einher ging die Propagierung von Formen des Zusammenlebens unabhängig von Kleinfamilie und Überbetonung von Intimbeziehungen als einzig verbindliche Bindungsform.

Als linke Ansätze ergaben sich desweiteren: Das Eintreten für die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Beziehungen und die freie Wahl des Sexualpartners.

Eingeleitet durch die Bestrebungen der 68er setzten sich in allen westlichen Industriestaaten liberale Strömungen durch. Für die Liberalen funktioniert der Kapitalismus am besten, wenn den Leuten ihre kleinen Freiheiten und Eitelkeiten gelassen werden, in Bezug auf äußeres Erscheinungsbild, Lebensstil und sexuelle Orientierung. Sexualität ist in dieser Logik durch ihre Allgegenwart als Warenform für eine subversive Strategie untauglich geworden.

Patriarchat ist der tägliche Krieg gegen Frauen

Sinnvoller ist unter diesen Bedingungen die Agitation gegen gesellschaftliche Verhältnisse, in denen Frauen auf ihre Sexualität reduziert, dadurch auf eine bestimmte Rolle festgelegt und als minderwertig behandelt werden. Diese Erfahrung teilen – auf die eine oder andere Art – alle Frauen, im privaten wie im öffentlichen Leben.
Frauen müssen sich überlegen, wo und wie sie rumlaufen, welche Verkehrsmittel und Wege sie benutzen, um die Gefahr der Vergewaltigung, sexueller Belästigung und Erniedrigung einzugrenzen – das ist ihr Alltag ebenso wie die Realität von Eßstörungen und Selbsthaß, die aus der Reduzierung auf Körperlichkeit folgen. Deutlichster Ausdruck dieser Verhältnisse ist die Gewalt, die immer noch zum Alltag vieler Frauen gehört. In der BRD wird alle drei Minuten eine Frau vergewaltigt, sexueller Mißbrauch ist die Realität jedes dritten Mädchens.
Ökonomisch dienen Frauen, ausgeschlossen aus dem öffentlichen Leben und festgelegt auf ihren privaten Zuständigkeitsbereich, der Wiederherstellung männlicher Arbeitskraft durch unbezahlte Hausarbeit, die Zuständigkeit für das seelische Wohlergehen der Familien und der sexuellen Befriedigung des Mannes.
In Notsituationen bilden sie im Kapitalismus eine industrielle Reservearmee, auf die je nach Bedarf nach billigen Arbeitskräften zurückgegriffen wird. Immer noch bekommen Frauen für dieselbe Arbeit weniger Geld als Männer und betrachten sich oft als »Dazuverdienerinnen«. In Krisenzeiten sind sie als erste von Entlassungen und Kürzungen im Sozialbereich betroffen.

Biologisierung als rechtes Programm

Die Rolle der Frau wird als naturgegebenes Schicksal dargestellt. Dabei beweist schon ein historischer Vergleich die Hinfälligkeit vieler Wesenszuschreibungen. So ist die angeblich angeborene Mutterliebe eine bürgerliche Erfindung. Bis ins achtzehnte Jahrhundert wurden ungewünschte Neugeborene einfach getötet. Frauen, die es sich finanziell leisten konnten, übergaben das Kind einer Amme, bis es alt genug war, um nicht mehr störend zu wirken.

Auch die Erziehung der Kinder ergibt sich nicht aus der Biologie. Selbstverständlich unterscheiden sich die Körper der Geschlechter in ihren Funktionen zur Produktion der Gattung. Aber in einer nach den simpelsten Gerechtigkeitskriterien organisierten Gesellschaft müßte es selbstverständlich sein, daß nach der Geburt des Kindes der Vater die Staffette übernimmt, von kollektiven Lösungen ganz zu schweigen.

Es gibt keinen physischen und auch keinen psychischen Grund, der dem angeborenen Kind die leibliche Mutter unentbehrlich machte.

Der Rückgriff auf die angebliche »Natur« als Erklärung für gesellschaftliche Zustände ist ein Kernkonzept der Rechten unter dem Namen »Biologismus«. Natur wird dabei als eine Metapher für Unveränderbarkeit eingesetzt; Menschen werden auf ihre Körper reduziert. Das dahinterstehende Menschenbild ist das eines Wesen, das sich über alle Zeiten und Orte hinweg nur im Rahmen seiner zugeschriebenen biologischen Grundausstattung entfalten kann. Biologismus funktioniert stark suggestiv und arbeitet häufig mit Gleichsetzungen, insbesondere zwischen menschlichem und tierischen Verhalten oder zwischen gesellschaftlichen und organischen Strukturen. So wird Verhalten als statisch-naturgegeben interpretiert, meist zur Entschuldigung der eigenen Praxis, z.B. von Brutalität und Egoismus als »Kampf ums Überleben«. Ihre Extremform findet dies Konzept im Faschismus mit dem Rassenwahn, dem »soldatischen Mann« und der Verherrlichung des Krieges als »Gesetz der Natur«. Doch der Mensch ist nicht das Vollzugsorgan seiner Biologie. Er ist Verwandlung, Veränderung, Entwicklung. Der menschliche Körper ist ein Schlachtfeld sozialer Bestimmungen und eben keine überzeitliche Triebressource. Alle Verhaltensweisen sind biologisch interpretierbar und trotzdem in freiwilligen Entschlüssen verwurzelt.

Die Gene sind es nicht

Darum setzt die Linke auf Lernfähigkeit und Weiterentwicklung, also vor allem auf die Veränderung der äußeren Einflüsse, der gesellschaftlichen Strukturen. Welcher Bestandteil menschlichen Verhaltens biologisch begründet ist, läßt sich beim momentanen Stand der Wissenschaft nicht beantworten, denn weder Gene noch Hormone noch die Beschaffenheit des Gehirns entfalten ihre Wirkung unabhängig von Umwelteinflüssen. Der trotzdem ständig stattfindende Versuch, gesellschaftliche Realitäten wie Rassismus oder Sexismus mit »Natur« zu begründen, ist ein Hauptangriffsfeld der Feministinnen.

Das Private ist politisch

Innerhalb der Linken ergibt sich die Bedeutung des Feminismus vor allem durch die Thematisierung der eigenen sozialen Rollen im Alltag. Dies ist ein guter Gradmesser für die Bereitschaft, sich selbst zu verändern. Von feministischer Theorie herausgearbeitet wurde vor allem Kommunikation als Machtfaktor. Dies reicht vonder dominanten männlichen Körpersprache über die gesprochene Sprache, in der die Frauen oft zum Verschwinden gebracht werden durch männlich definierte Begriffe (»der Mensch«) bis hin zum Diskussionsverhalten. Frauen kann es aufgrund ihrer Formung zu Gefühlsbetontheit und Harmoniestreben schwerer fallen, sachlich-konfrontativ zu argumentieren, während Männer sich oft sinnlos gegenseitige Redeschlachten über

»Frauen müssen sich überlegen, wo und wie sie rumlaufen, welche Verkehrsmittel und Wege sie benutzen, um die Gefahr der Vergewaltigung, sexueller Belästigung und Erniedrigung einzugrenzen – das ist ihr Alltag ebenso wie die Realität von Eßstörungen und Selbsthaß, die aus der Reduzierung auf Korperlichkeit folgen.«





Der als Männerkult kritisierte symbolische Schwarze Block in Adelebsen 1993 – die vorderen Reihen waren prinzipiell quotiert: »Emanzipation ist, Verhalten zu üben, das sich alle Möglichkeiten bewahrt – dominantes Auftreten genauso wie Einfühlung, offen gezeigte Schwäche genauso wie Militanz.«

Nebensächlichkeiten liefern, um sich zu profilieren. Weiterhin werden Frauen öfter unterbrochen als Männer, reden seltener und kürzer. Frauen werden allgemein weniger ernst genommen und ihnen wird weniger zugehört.

Frausein allein ist kein Programm

Viele autonome Frauen organisierten sich in den achtziger Jahren in Frauengruppen. Ziel war die eigene Emanzipation, um politisch wirksam werden zu können, d.h. die Passivität und andere Rollenzuschreibungen abzulegen. Doch in beinahe allen Gruppen entstanden bald Fraktionen: Die einen wollten revolutionäre Politik im Frauenzusammenhang, die anderen arbeiteten Weiblichkeit als positiven Wert heraus. Durch zweiteres wurde die Reduzierung der Lebensmöglichkeiten auf die Geschlechterrollen nicht aufgehoben, sondern in den Bedeutungen umgekehrt – im Mittelpunkt stand jetzt geduldiges Zuhören als Selbstwert, Emotionalität usw. Emanzipation ist, Verhalten zu üben, das sich alle Möglichkeiten bewahrt – dominantes Auftreten genauso wie Einfühlung, offen gezeigte Schwäche genauso wie Militanz.

Es geht nicht um Haltungen, die man sich ja auch zulegen kann. Entscheidend ist der Wille zur Selbstrevolutionierung und der zeigt sich in der politischen und sozialen Praxis.

Konsequenzen für die Antifa

Eine gemischte Gruppe wie die Antifa hat aus feministischen Ansätzen ihre Konsequenzen zu ziehen. Da es um keine gönnerhaften Zugeständnisse gehen kann, müssen strukturelle Sicherheiten gegeben sein. Dazu gehört eine Redeleitung mit quotierter Redeliste genau so wie die Möglichkeit für Frauen, in Streitfragen mit der Mehrheit der Frauen die Stimmenmehrheit der Gesamtgruppe zu blockieren. In Entscheidungsfunktionen und dem Auftreten in Vorzeigerollen (Öffentliche Diskussionen, Anleiter in Jugendgruppen) dürfen Frauen nicht fehlen. Dies ist ebenso wie die Beschäftigung mit feministischer Theorie ein notwendiger, wenn auch nicht genügender Ausgangspunkt. Doch statt endloser Problematisierungen setzen wir auf das möglichst weitgehende Aufgreifen feministischer Politik im Rahmen einer gemischten Gruppe.

z. B. (8.3.95)

Agitprop-Theater

Der 8. März

Der 8. März ist, ähnlich dem 1. Mai, ein traditionell revolutionäres Datum und als internationaler Frauenkampftag Teil unserer linken Geschichte. Am 8. März 1908 wurden in New York streikende Arbeiterinnen in einer Fabrik eingeschlossen. Bei einem »plötzlich ausgebrochenen« Großfeuer verbrannten über 100 Streikende. Ein Jahr später beschlossen Frauen in den USA, einen gemeinsamen Tag »mit großer Propaganda für das Frauenwahlrecht und die Idee des Sozialismus« zu veranstalten. 1911 wurde der internationale Frauenkampftag erstmals und mit großem Erfolg begangen. 1921 wurde auf einer internationalen Konferenz der Kommunistinnen in Moskau beschlossen, den 8. März zum internationalen Kampftag zu machen. Dies geschah in Erinnerung an den 8. März 1917, an dem Petrograder Textilarbeiterinnen mit ihrem Streik die Februarrevolution eingeleitet hatten, durch die der Zar zum Abdanken gezwungen wurde. 1932 fand in Deutschland der letzte Frauenkampftag statt. Danach gab es nur noch Muttertage. Nach 1945 wurde der 8. März in der DDR wiederbelebt – in der BRD griff die SPD das Datum als Frauenfriedenstag auf.

Die Agitpropaktion

Seit Anfang der achtziger Jahre begannen autonome und antiimperialistische Frauenzusammenhänge, den 8. März wieder als Kampftag zu beleben. In den Neunzigern verlor der 8.März aber an Bedeutung, genauso wie die feministische Bewegung selbst (8.März-Demos 90-94 in Berlin: Abnahme der Teilnehmerinnenzahlen von 8000 auf 150). In dieser Situation beschloß 1995 ein linkes Frauen-Bündnis unter Beteiligung der AAB-Frauen, den 8.März als internationalen Frauenkampftag zu begehen. Eingebettet war dies in eine bundesweite Kampagne der Antifaschistischen Aktion.
Das Bündnis bereitete mehrere Aktionen vor: Von einer Informationsveranstaltung im Vorfeld zum Frauenkampf in Kurdistan über mehrere Aktionen vor Büros im Rahmen von »Stadtspielen« bis hin zu einer Agit-Prop-Aktion am



Agitprop-Aktion am Alexanderplatz: »In unmittelbarer Nähe zu Aktivitäten von reformistischen Frauen sollten diese durch die Art der Aktion angesprochen werden.«

Feminismus



Symbolische Darstellung ökonomischer Abhängigkeit: »Straßentheater ist kein philosophischer Diskurs, dafür aber aufsehenerregend und eingängig.«

Alexanderplatz. Dies Straßentheater wurde von der AAB getragen. In unmittelbarer Nähe zu Aktivitäten von reformistischen Frauen sollten diese durch die Art der Aktion angesprochen werden.
Theatralisch vorgeführt und durch einen Lautsprecherwagen begleitet wurden verschiedene Realitäten im Patriarchat: Sexistische Anmache, das Machtverhältnis Ehe, die Rolle von Justiz und Kirche bei Abtreibungen, die ökonomische Abhängigkeit und das Frauenbild der Faschisten. Nach dem ersten Durchgang wurden die Möglichkeiten von Widerstand vorgeführt. Verbunden wurde dies mit einem Flugblatt, das zur Frauenorganisierung aufrief.

Resumee

Aufgrund der kurzfristigen Planung demonstrierten die etwa 500 DGB-Frauen anders als geplant nicht zeitgleich am Alexanderplatz. Trotzdem waren während der Agit-Prop-Aktion etwa 200 Frauen anwesend. Den Großteil stellte die Szene, aber auch interessierte Bürgerinnen schauten zu. Die Resonanz war positiv. Zwar gab es in der Nachbereitung auch Kritik an der Klischeehaftigkeit der vorgeführten Rollen, doch ist dies der Aktionsform geschuldet: Straßentheater ist kein philosophischer Diskurs, dafür aber aufsehenerregend und eingängig.
Für die geringe Mobilisierungskraft des 8.März war die Aktion ein Erfolg. Das 95er Motto des DGB »Teilen Jungs« verdeutlicht den Charakter, der dem 8.März inzwischen zukommt. Durch das Aufgreifen der DDR-Tradition von Blümchen-Schenken und Gratulieren (zumindest in Berlin) vor allem in linken Kreisen wurde er 95 noch weiter entpolitisiert. Die Bedeutung und der Umgang mit diesem Datum ist Spiegel des Zustands sowohl der autonomen als auch der bürgerlichen Frauenbewegung. Wie weit die wahrnehmbare Anknüpfung an einen Frauenkampftag möglich ist, bleibt dem Test in der Praxis vorbehalten. Jedenfalls gab es die folgenden Jahre bis 98 keine aktive Beteiligung der autonomen Antifa an der Vorbereitung entsprechender Aktivitäten.

Bühne vor dem Bahnhof: »Theatralisch vorgeführt und durch einen Lautsprecherwagen begleitet wurden verschiedene Realitäten im Patriarchat.«



gehört uns die Zusammen Zukunft!



Und was ist das denn für eine »Bewegung bei uns«? Etwa die Verbreitung von Proklamationen? Aber wer verbreitet sie denn? Tobsüchtige Unterleutnants und zwei bis drei Studenten! Sie sind doch ein kluger Mensch, da stelle ich Ihnen nun eine Frage: Warum schließen sich nicht etwas bedeutendere Menschen der Sache an, warum immer nur Studenten und Jünglinge von zweiundzwanzig Jahren? Und wie viele gibt es denn selbst von solchen? (Dostojewski, »Die Dämonen«, über die russische Linke im 19. Jahrhundert)

Ich möchte Teil einer Jugendbewegung sein

Die Jugend ist eine der wenigen Chancen, die jeder hat, um sein Leben zu verändern. Jugendliche Rebellion ist eine historische Konstante. Politisch entscheidend ist, ob sie den Rahmen der Privatheit, der individuellen Kleinkriminalität verläßt. Der zugrundeliegende Konflikt jedenfalls hat sich historisch aus gutem Grund gehalten: Nämlich daß die zwangsweise Anpassung der Einzelnen an ökonomische Realitäten begleitet wird von ideologischen Rechtfertigungen der eigenen verpassten Chancen. Jugendliche, Leute also mit einer frischen Erinnerung an komplette Rechtlosigkeit und ohne das Eingebundensein in die Logik der Notwendigkeit, spucken auf die Ideologien, ob diese nun als Recht, Moral oder Vernunft auftreten und suchen Alternativen zu der offensichtlich erbärmlichen Existenz der Altgewordenen.

Wo dies zur gemeinsamen Erfahrung wird, entsteht gesellschaftliche Wirksamkeit. Jugendbewegung lebt von der Gemeinsamkeit und der Abgrenzung gegen den ekelhaften Normalzustand. Da auf diesen Gebieten keine Eindeutigkeit mehr besteht, ist die Jugendszene inzwischen notwendigerweise zersplittert und die eigene Position zufällig. Darum kann heute in einer atomisierten gesellschaftlichen Realität der sammelnde, kollektivierende Charakter einer linken Strömung einen ganz anderen Stellenwert haben als in den frühen 70ern, als die Gemeinschaftlichkeit in der Jugendbewegung als eine Grundstimmung bereits vorhanden war. Die radikale Linke muß ihre Jugendarbeit erheblich ausweiten, statt über ihre eigene vermeintliche Beschränktheit als »Jugendkultur« zu jammern.

»Jugendliche Rebellion ist eine historische Konstante. Politisch entscheidend ist, ob sie den Rahmen der Privatheit, der individuellen Kleinkriminalität verläßt.«

Ich glaub, es ist nur eine Phase

Der übliche bequeme Umgang mit Jugendprotest ist dessen Entschärfung durch die Reduzierung auf biologische und psychologische Aspekte. Wo die Gründe als nachrangig erklärt werden gegenüber dem bloßen Willen zum Widerspruch, können Inhalte vernachlässigt werden. Wo die Konflikte biologisch entstehen, werden sie sich auch wieder biologisch erledigen – »ist nur eine Phase«. Dabei wird auf Pseudoerklärungen wie den »Generationenkonflikt« zurückgegriffen, obwohl sich längst dessen Abhängigkeit von gesellschaftlichen Bedingungen gezeigt hat. So fehlt dieser angeblich biologische Konflikt oft in Gemeinschaften, die im Kampf gegen politische Feinde zusammenstehen wie z.B. in Nordirland.

Selbst als der Gründer der kommunistischen Partei Karl Liebknecht gegen die Kriegsbefürwortung der SPD agitierte, wurden die späteren Kommunisten gönnerhaft als »die Jungen« bevormundet – und nutzten diese Zuschreibung auch selber.

Bis heute wird oft aus einer Position der Überheblichkeit die Überlegenheit der eigenen Standpunkte suggeriert durch Sätze wie »Früher war ich genauso«. Als ob die spätere Einsicht die bessere wäre, nur weil sie auf alle früheren zurückschauen kann, obwohl sie meistens nur Resultat erzwungener Anpassungen und fortschreitender Denkfaulheit ist. Viele Ältere neigen zu Zynismus und Überheblichkeit, um offensiv zu begründen, warum sie angepaßte alte Langeweiler geworden sind.

Wer mit 20 kein Anarchist gewesen ist, aus dem wird nie ein guter Demokrat

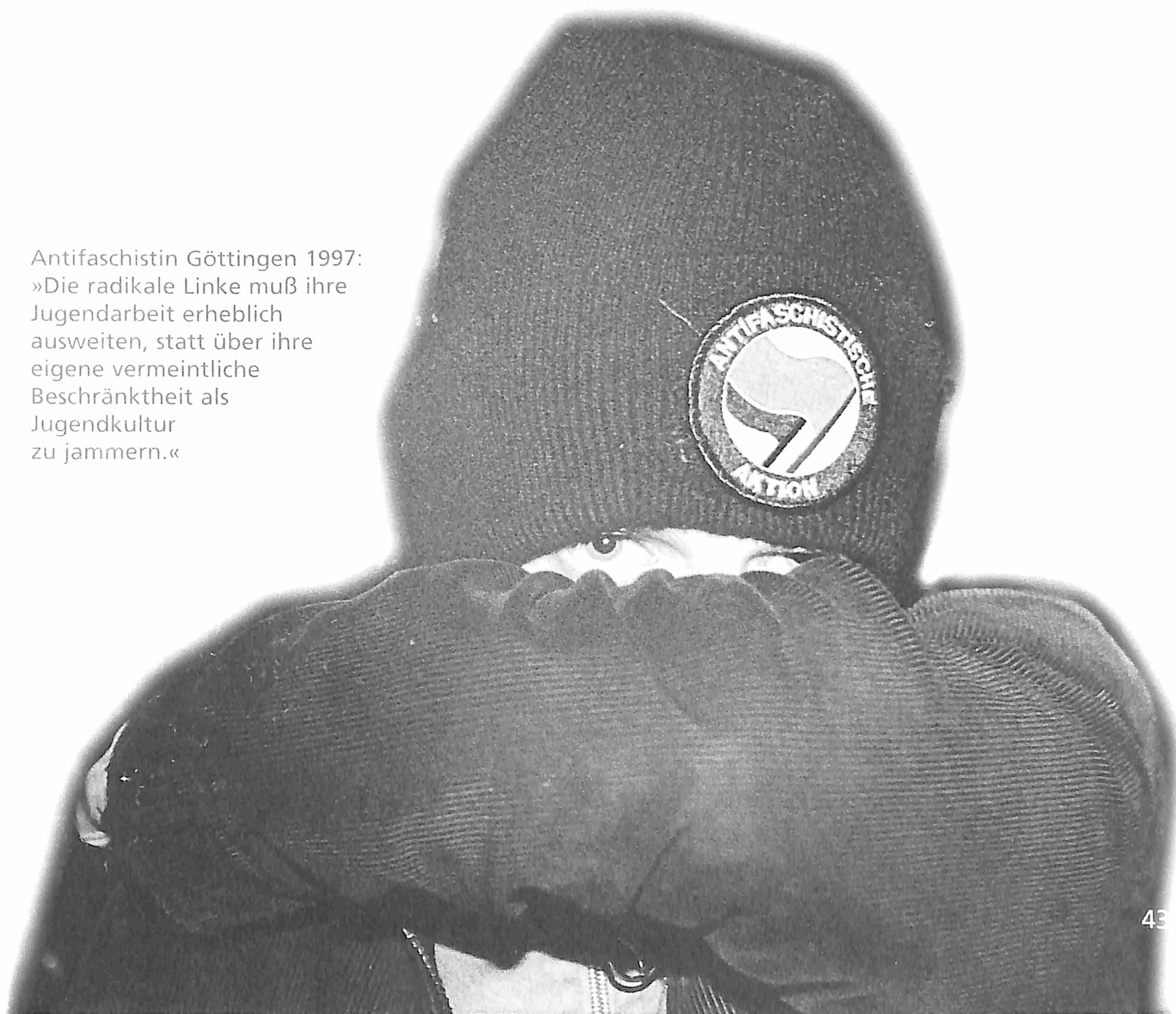
So wendet sich der französische Soziologe Pierre Bourdieu gegen die These, die den Zusammenhang von zunehmendem Alter und wachsendem Konservativismus für ein Menschheitsgesetz hält. Dieser Glaube, der in besagtem Zusammenhang die besten Gründe für eine pessimistische und angewiderte Einstellung gegenüber revolutionären Ideologien findet, hat den Augenschein für sich. Tatsächlich lassen sich zahllose Formen sozialen Alterns, also verpaßter Lebenschancen, die bürgerlichen Jugendlichen bevorstehen, in vereinfachender Weise in zwei große Klassen einteilen. Diese Gruppen entsprechen im Großen und Ganzen den Lebenswegen »Sozialer Erfolg« bzw. »Scheitern«. Beide führen auf unterschiedlichen Wegen zu konservativen Einstellungen: Die einen werden integriert, die anderen zermürbt.

Allerdings weist Bourdieu für das Frankreich der siebziger Jahre darauf hin, daß sich mit steigendem Alter die Angehörigen der privilegierten Klassen politisch nach rechts entwickeln, die Arbeiter dagegen nach links. Offensichtlich bestehen also Abhängigkeiten von der gesellschaftlichen Situation.

Jungsein allein ist kein Programm (außer im Neo-Liberalismus)

Im momentan vorherrschenden Neo-Liberalismus hingegen wird Jugend zum Kult gemacht. Alle Eigenschaften erfolgreicher Führungskräfte sind mit Haltung der Jugendlichkeit verknüpft, so wie Flexibilität und Innovationsfreudigkeit. Zur Durchsetzung der Kapitallogik und in der Werbeästhetik wird an den selben Punkten angesetzt, die jede Jugendszene ausmachen: Spontanität, Attraktivität und Unverbrauchtheit der Teilnehmer, Sorglosigkeit im Umgang miteinander, konsumierende Unverbindlichkeit, Beziehungskult, Freizeitorientierung usw.

Allerdings ist Jugendlichkeit allein noch nie ein Garant für die richtige Bewegung gewesen, da alle radikalen Gruppierungen Jugendliche ansprechen. So waren selbst in der NSDAP, die teilweise aus der bündischen Jugend hervorgegangen war,



Antifaschistin Göttingen 1997: »Die radikale Linke muß ihre Jugendarbeit erheblich ausweiten, statt über ihre eigene vermeintliche Beschränktheit als Jugendkultur zu jammern.«



1923 über 50% ihrer Mitglieder jünger als 23 Jahre alt. Darum ist gerade in der Jugendbewegung wichtig, eigene Möglichkeiten zu bieten und die Rebellion nicht rechten oder unpolitischen Subkulturen zu überlassen.

Aufbau von Jugendgruppen

Mit dem Konzept der »Antifa Jugendfront« hat sich in den Achtziger Jahren in der Autonomen Szene die Erkenntnis durchgesetzt, daß auf Jugendliche aktiv zugegangen werden muß, um allen Interessierten die Möglichkeit zur Beteiligung zu bieten. Vorher war üblich gewesen, daß Neue sich über soziale Kontakte in den Eingeweihtenkreisen zu »bewähren« hatten.

Das AJF-Konzept ist von vielen Antifas aufgegriffen worden. In der AAB gibt es eine eigene Jugend-AG. Deren Mitglieder bauen in möglichst vielen Stadtteilen Jugendantifagruppen auf. Sie initiieren die ersten Treffen, verteilen dafür Flugblätter vor Schulen, fühlen sich danach zuständig für die Stabilisierung der Gruppen und die Vermittlung von Erfahrungen. Wenn die Gruppen auf eigenen Beinen stehen, ziehen sich die Älteren heraus. Im Idealfall wird dann der Aufbau weiterer Jugendantifas von Neuen übernommen. Dies Konzept erwies sich als enorm erfolgreich. Abhängig von der zwangsläufig hohen Fluktuation, sind bis zu 100 Interessierte in Jugend-Antifa-Gruppen organisiert.

Probleme der Jugendarbeit

Dennoch treten in jeder Gruppe aufs Neue Probleme auf, mit denen ein Umgang gefunden werden muß.

Ein Dauerthema sind zum Beispiel die Hierarchien zwischen Älteren und den Neuinteressierten. Dies ist ein Grund, warum manche Linksradikale Jugendarbeit grundsätzlich in Frage stellen. Wir halten dies für eine Unterschätzung und Bevormundung – als ob Jugendliche willenlose Blätter im Wind wären. Erfahrungs- und Altersunterschiede gibt es schließlich in jeder politischen Gruppe. Wichtig ist, diese Stellungen zum Thema zu machen und sie schrittweise abzubauen: durch die Vermittlung von Erfahrungen und die Kollektivierung des gemeinsamen Wissens. Schließlich wird in einer ernstzunehmenden Auseinandersetzung immer auch die Meinung der Anleiter in Frage gestellt. Bedingung einer gleichberechtigten Diskussion ist der Verzicht auf arrogantes und einschüchterndes Auftreten.

Historische kommunistische Kindergruppe: »Wer bis ins Detail auf die eigene Linie einschwören will, wird später um so größere Enttäuschungen erleben, wenn sich die Linie in der Auseinandersetzung mit neuen Ideen nicht behaupten kann.«

Völlig lassen sich Unterschiede aber im Rahmen einer Jugendgruppe nicht abbauen. Darum gilt für die inhaltliche Vermittlung, daß hierbei ein möglichst umfassendes Problembewußtsein vermittelt werden muß. Wer bis ins Detail auf die eigene Linie einschwören will, wird später um so größere Enttäuschungen erleben, wenn sich die Linie in der Auseinandersetzung mit neuen Ideen nicht behaupten kann. Verbindliche Grundlage sind nur die allernotwendigsten Punkte. Wichtiger als die detaillierten Meinungen ist die Vermittlung der Grundhaltung, daß Engagement in der radikalen Linken sich lohnt und fortgeführt werden muß.

An diese Fortführung knüpft sich die Frage, mit welchem Ziel Jugendantifas gegründet werde. Eine Jugendgruppe ist notwendigerweise zeitlich begrenzt. Hier herrschen oft Vereinnahmungsängste und die Befürchtung, Anhängsel oder reine Mobilisierungsmasse von »irgendjemandem« zu sein. Dagegen treten die Mitglieder der AAB sofort als solche auf, machen ihre Rolle transparent, ohne dies Thema im weiteren in den Vordergrund zu drängen. Zeitweise war das Ziel der AAB der Aufbau eigenständiger Stadtteilgruppen zur Schwächung der Nazi-Szene. Dabei wurde davon ausgegangen, daß die Interessiertesten irgendwann schon von alleine auch Interesse an der Gesamt-Antifa zeigen. Eine direkte Einbindung Jugendlicher in die AAB war nicht zweckmäßig, da deren oft mühseligen Detaildebatten für Einsteiger als viel zu langweilig angesehen wurden. Inzwischen besteht die AAB-Struktur allerdings in einer Vernetzung relativ selbstständiger Arbeitsgruppen. Darum wird interessierten Jugendlichen jederzeit das Angebot gemacht, Teil dieser Struktur zu werden. Falls daran kein Interesse besteht, wird das Hauptaugenmerk auf eigenständige Stadtteilarbeit gelegt. Entgegen den Befürchtungen der alten autonomen Szene hat sich dieses Konzept als relativ unproblematisch erwiesen.

Titelblatt Schülerzeitung 1995: »Eine direkte Einbindung Jugendlicher in die AAB war nicht zweckmäßig, da deren oft mühseligen Detaildebatten für Einsteiger als viel zu langweilig angesehen wurden.«

Spieglein, Spieglein an der Wand

Dennoch lehnen viele Ältere jede Beteiligung an Jugendarbeit ab. Offensichtlich verwechseln sie ihre eigenen biographische Bedürfnisse mit den politische Notwendigkeiten, wollen lieber relevante und inhaltsschwere Inhalte diskutieren als ihre eigene Politisierung nochmals an anderen Personen mitzuerleben.

Schließlich ist der Einstieg in die radikale Linke motiviert durch ein Gemisch verschiedenster Motivationen: Der Wunsch nach Lernprozessen genauso wie nach sozialen Netzen und Intimbeziehungen, nach erfolgreichem Eingreifen genauso wie nach Abenteuer und Genußversprechen über Drogen und Musik. Wichtig dabei ist nur, nicht aus den Augen zu verlieren, daß die Leute zwar aus verschiedensten Motivationen in die Linke kommen, aber nur durch die inhaltliche Weiterentwicklung auch bleiben.

Was für ältere Linke in ihren Anfängen elementar war, spiegelt sich in den Jugendlichen wieder. Durch den Erfahrungsvorsprung werden Diskussionen aus der Sicht der Älteren immer wieder aufs Neue begonnen und Erfahrungen aus der Distanz wiederholt. Dies schreckt viele ebenso ab wie das Wissen um mögliche persönliche Enttäuschungen, die mit Politisierungsprozessen oft Hand in Hand gehen. Dennoch kann es hilfreich sein, nie aus den Augen zu verlieren, welche Aspekte besonders deutlich in Jugendgruppen, versteckter aber auch in allen politischen Gruppen eine Rolle spielen – Freundschaft, Zusammenhalt und gemeinsame Erlebnisse. Und es hat auch noch niemandem geschadet, mit dem eigenen »Fachchinesisch« und Herunterbeten von Schlagworten als Laberkopf belächelt zu werden.

Zusammen gehört uns die Zukunft

Jugendarbeit bedeutet, neuen Interessierten konkrete Angebote zu machen. Für viele Jugendliche steht am Anfang eine Mischung aus »angeborenem Linkssein«, also bürgerlich-humanistisch-antifaschistisch mit einem romantischen Touch, sowie andererseits dem Sozial-Sozialismus, der in der Musikszene oft propagiert wird (»Rock gegen Rassismus«) . Diese Ideale müssen in eine politische Bewegung und damit in komplettere und komplexere politische Analysen eingebettet werde. Sonst entwickeln die Ideale Wirkungen, die sich gegen die Ideale wenden. (»Ihr seid ja selber so«, »die Welt ist zu schlecht, um sie zu ändern«). Dafür brauchen wir den gemeinsamen Kampf.



Gedenken Silvio Meier

Der Mord an Silvio

Am 21. November 1992 wurde der Antifaschist und Hausbesetzer Silvio Meier von Neo-Nazis erstochen. Silvio starb, als er mit seinen Begleitern am Friedrichshainer U-Bahnhof »Samariterstraße« auf eine Gruppe rechtsradikaler Jugendlicher traf, von denen einer einen »Ich bin stolz ein Deutscher zu sein«-Aufnäher trug. Silvio und seine Freunde forderten den stolzen Deutschen auf, den Aufnäher abzunehmen. Nach einem kurzen Handgemenge zogen die Nazis Messer und stachen auf die Antifas ein. Silvio starb noch am U-Bahnhof, zwei weitere Personen wurden schwer verletzt.

Staat und Nazis Hand in Hand

In den Medien wurde in den nächsten Tagen versucht, den politischen Hintergrund des Mordes zu leugnen, und statt dessen von »Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendlichen« berichtet. Mit der Lüge, Silvio wäre mit seinem eigenen Messer erstochen worden, sollten sogar die Antifas als die wahren Schuldigen präsentiert werden.

Die Justiz stand nicht nach und ermittelte gegen Silvios Begleiter wegen gefährlicher Körperverletzung, obwohl keiner der Nazis auch nur eine Schramme hatte. Währenddessen übte die Polizei massiven Druck auf die verletzten Opfer aus; diese sollten ihre Aussagen ändern und zugeben, daß sie die eigentlichen Schuldigen seien. Schließlich kam es dann doch zu einem Prozeß gegen die Faschisten – mit vorhersehbarem Ergebnis: Zwei von sieben beteiligten Nazis wurden zu geringen Haftstrafen verurteilt, einer nur auf Bewährung. Die restlichen Mittäter waren erst gar nicht angeklagt worden.

Die Silvio-Meier-Demo

Gleich nach dem Mord an Silvio kam es zu Protestdemonstrationen mit hoher Beteiligung, die seitdem jedes Jahr wieder aufgegriffen werden – ebenso wie eine Mahnwache am U-Bahnhof. Doch während anfänglich hauptsächlich die autonome Szene demonstrierte, entwickelte sich das Gedenken im November mehr und mehr zu einer Angelegenheit der Jugend- und Schülergruppen. Als 1994 die Szene keine eigene Gedenkdemo mehr anmeldete, formierte sich spontan ein Zug von 100 Jugendlichen, der in Friedrichshain Straßen blockierte und sich mit der Polizei Auseinandersetzungen lieferte.Diese illegale Protestform sowie die Bedeutung des Gedenkens als einzige regelmäßige Aktion im Hausbesetzerstadtteil Friedrichshain entwickelte eine hohe Anziehungskraft auf Jugendliche, die sich seitdem jährlich in vergleichsweise hohen Teilnehmerzahlen ausdrückt. Inhaltlich entwirft ein Bündnis aus Jugend-Antifas aus verschiedenen Gruppen seit mehreren Jahren leicht verständliche Flugblätter, mit denen vor allem in Schulen im Stadtteil mobilisiert wird.

Inhaltlich wird nicht nur auf Silvio eingegangen, sondern auch auf die gesellschaftlichen Hintergründe des



Silvio-Meier-Demo 97: »Inhaltlich wird nicht nur auf Silvio eingegangen, sondern auch auf die gesellschaftlichen Hintergründe des Mordes. Jedesmal werden die aktuellen Nazi-Strukturen im Stadtteil mit einbezogen. 1997 führte dies zu 1000 Teilnehmern mit auffallend hoher Schülerbeteiligung.«

Mordes. Jedesmal werden die aktuellen Nazi-Strukturen im Stadtteil mit einbezogen. 1997 führte dies zu 1000 Teilnehmern mit auffallend hoher Schülerbeteiligung.

Die Anti-Antifa

Erstmals reagierte 1996 auch die Nazi-Szene mit einer Gegendemo. Als diese in Friedrichshain nicht genehmigt wurde, sammelten sich etwa 50 Rechte aus dem Umfeld der Jungen Nationaldemokraten in Köpenick unter dem Motto »Gegen Rotfrontterror«. Obwohl auch in Friedrichshain dagegen mobilisiert wurde, zogen nur etwa 100 Antifas nach Köpenick. Diese konnten den von Polizei geschützten Nazi-Aufmarsch nicht verhindern, jedoch massiv stören. 1997 kam es zu keinen Anti-Antifa-Aktivitäten. Zwar hatte Storr im Vorfeld entsprechende Aktionen angekündigt. Doch einige Wochen vor dem Demo-Termin wurde er in Hellersdorf inmitten einer Gruppe
von Nazis von etwa 50 Autonomen angegriffen und verprügelt. Storr verbrachte den November im Krankenhaus. Damit fiel der Nazi-Aufmarsch aus.

Für eigenständige Antifa-Demos

Die hohe Resonanz auf die Silvio-Meier-Demo beweist die Notwendigkeit von Schüler-Mobilisierungen. Es muß für Neue möglich sein, Erfahrungen mit der Stärke als Linke zu sammeln, indem auf Demos eigene Akzente gesetzt werden. Gleichzeitig ist es ein falsches Zeichen, irgendwo Nazis unbehindert auftreten zu lassen. Neue und insbesondere Jugendliche müssen aber die Wahl haben zwischen verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten. 1996 schlossen sich die meisten Jugendlichen nicht den Verhinderungsaktionen an, sondern der Silvio-Meier-Demo in Friedrichshain, was auch verständlich ist. Ohne die entsprechenden Erfahrungen und Vorbereitungen, ohne die notwendige organisierte Bezugsgruppe bricht niemand so schnell zu einem Nazitreffen auf. Damit diese Erfahrungen aber immer wieder weitergegeben werden können, ist die Beteiligung am Aufbau und der Erhaltung einer Jugendszene Voraussetzung.



Gedenktafel U-Bahnhof Samariterstraße: »Nach einem kurzen Handgemenge zogen die Nazis Messer und stachen auf die Antifas ein. Silvio starb noch am U-Bahnhof, zwei weitere Personen wurden schwer verletzt.«

Überall, immer, mit allen Mitteln!

Denn wer unruhig war,
den hielt es nicht am entlegenen Ort,
fern dem »eigentlichen« Geschehen.(...)
Am Orte aber blieb wenig, und
es blieb – weitgehend – ruhig im Land.
Ewiges Schicksal offenbar der Provinz,
Garant ihrer Dauer:
verlassen zu werden.
(Michael Sonntag)

Im Umland wird's finster

In aller Regel ist im Bereich Antifaschismus die Situation in den großen Städten günstig. In der Provinz dagegen existiert kaum linksliberale Öffentlichkeit, keine offensive ImmigrantInnenszene und wenige links codierte Subkulturen. Oft weichen Nazi-Kader aus den Städten ins Umland aus und bauen dort Strukturen auf, die für ihre Gegner zur existentiellen Bedrohung werden. Sie setzen auf rechte Hegemonie in der provinziellen Enge, in der ihre nationalistische Volksgemeinschafts – Rhetorik gut ankommt. Wo die Nazis mit keinem Widerstand konfrontiert und damit nicht eingeschränkt sind, können sie sich in hemmungsloser Brutalität an allem austoben, was nicht in ihr Weltbild paßt.

Die Linke auf dem Land plagt sich dagegen oft mit den banalsten Problemen: Es fehlen Autos für die notwendige Mobilität, Hintergrundinformationen für die sehr speziellen linken Diskussionen oder Rückhalt durch Gleichgesinnte.

Linke Politik kann aber im gesellschaftlichen Maßstab nur dann glaubhaft sein, wenn sie für Menschen dort, wo sie leben, konkret erfahrbar und machbar ist. Schließlich geht es darum, dort Perspektiven aufzuzeigen, wo es notwendig ist, nicht da, wo es am bequemsten ist.

First we take Manhattan, und dann ab nach Berlin, da wo die Leute aus Heimweh hinziehn

Das Hauptproblem jeder regionalen Szene ist ihre nicht vorhandene Größe. Dies führt zur leichten Überschaubarkeit der Strukturen. Nicht nur politische GegnerInnen und Polizei können so leicht Druck aufbauen. Jedes Engagement bedeutet die Auslieferung der Engagierten an die ohnehin schon starke soziale Kontrolle in Form von Dorfklatsch und möglicher Diskriminierung.

Gleichzeitig erhöht die Winzigkeit der Szene die Bedeutungder Einzelnen und führt zu einer immer wieder unterbrochenen Kontinuität, wenn gerade die Älteren oder die Aktivsten irgendwann wegziehen. Dies ist zum einem dem klassischen Aspekt der Berufstätigkeit geschuldet, weil gerade die zukunftsträchtigen und die kreativen Ausbildungs- und Arbeitsplätze in den großen Städten zu finden sind. Dazu kommt im immer größeren Maßstab die gesellschaftliche Orientierung an Lebensstilen, die in den Metropolen als eigene Szenen etabliert sind.

Großstadtlinke bewegen sich in Anonymität, sind Teil einer großen Szene mit entsprechender Infrastruktur, Treffpunkten und alternativen Kulturangeboten. Viele kultivieren das Nischendasein und/oder widmen sich Perspektivdiskussionen. Sie haben die Auswahl zwischen verschiedenen Politikansätzen, viele Finanzierungsmöglichkeiten und den Luxus, sich untereinander gnadenlos zerstreiten zu können.

Voller Spannungen, aber keinesfalls spannend: Der Widerspruch Metropole/Provinz

Die Situation in den Dörfern und Kleinstädten ist also mit der in den Metropolen nicht zu vergleichen. Daraus resultieren die immer wieder gleichen Fragen und Schwierigkeiten, die in der Zusammenarbeit auftreten:

Hierarchisches Verhalten: Die Gruppen in der Stadt arbeiten meist kontinuierlich, führen Grundsatzdiskussionen, haben die Möglichkeit personeller und finanzieller Unterstützung. Die Gruppen in der Region sind oft lose Cliquen, die über jahrelange Bekanntschaften in der Subkultur bestehen. Inhaltliche Diskussionen sind wegen der zwangsweisen Notwendigkeit der Praxis auf der Straße nachrangig. Zusätzlich wird oft versucht, inhaltliche Differenzen aus der Arbeit rauszuhalten, um den Zusammenhalt der Gruppe nicht zu gefährden, da die Leute mehr als anderswo aufeinander angewiesen sind. Daraus ergeben sich vielfach Spannungen wegen arrogantem oder gönnerhaften Verhalten der »Checker« aus der Stadt.

Export der eigenen Schwäche: Oft sind regionale Zusammenhänge stark interessiert am gemeinsamen Vorgehen. In den großen Städten schwelen dagegen jahrelange, gar



Bei uns auf dem Lande: »Im Umland wird's finster«



Antifa-Demo durch blühende Landschaften in Rathenow 9.12.95: »Schließlich geht gerade darum, dort Perspektiven aufzuzeigen, wo es notwendig ist, nicht da, wo es am bequemsten ist.«

nicht mehr nachvollziehbare Konflikte, die oft nur politisch übermäntelt sind und auf Eifersüchteleien und Rivalität basieren. Dann wird versucht, bei neuen Leuten Bekenntnis zum eigenen Lager zu erreichen und so die lästigen Konflikte noch auf die Region ausgedehnt, in der sie keinerlei Grundlage haben.

Wer bleibt und wer fährt wieder: Die Vorschläge der Großstädter werden bei Widersprüchen oft nicht ausdiskutiert, da sich die lokalen Antifas für alleinzuständig halten. Es bestehen Vereinnahmungsängste. Dies macht sich vor allem bei gemeinsamen Bündnissen und spontan zu treffenden Entscheidungen im Vorfeld von Aktionen bemerkbar.

Der Aufbau eigener Strukturen

Die beste Lösung solcher Probleme besteht darin, gemeinsame Strukturen aufzubauen. Regionalplena in Form von regelmäßig stattfindenden Delegiertentreffen dienen vor allem dazu, den Widerspruch zwischen Provinz und Stadt praktisch anzugehen. Eine solche Struktur kann das Gefälle zwischen Metropole und Provinz in einigen Fällen ausgleichen. Die Isolation der ländlichen Gruppen kann durch gemeinsame Diskussion und Entscheidungsfindung aufgeknackt werden. Alle Gruppen können in verschiedenen Punkten voneinander lernen. Wesentlich ist dabei die Gleichberechtigung und das längerfristige Kennenlernen anhand gemeinsamer Praxis. So können durch ein Regionalplenum Veranstaltungen, Demonstrationen und andere Aktionen zusammen geplant, vorbereitet und durchgeführt werden.

Voraussetzung ist allerdings, daß überhaupt kontinuierlich arbeitende Antifazusammenhänge in der Region existieren, die Interesse an einer engeren Zusammenarbeit haben. Wenn das nicht der Fall ist, bietet sich ein kontinuierlicher Austausch mit einzelnen Gruppen oder projektbezogene Zusammenarbeit bei bestimmten Aktionen an.

Regionalarbeit bedeutet für Antifagruppen aus der Großstadt selbstverständlich auch materielle, technische und personelle Unterstützung zu stellen: beispielsweise durch Informations- und Schulungsmaterial, Hilfe bei Layout und Druck von Veröffentlichungen, Organisieren von finanziellen Mitteln und Schutz auf Veranstaltungen.

Möglichkeiten in der Provinz

Wo nichts ist, fällt es bedeutend leichter, etwas aufzubauen. Schon das Engagement einiger Weniger, die Mitarbeit im örtlichen Jugendzentrum oder die Durchführung von Konzerten kann eine enorme Ausstrahlungskraft entwickeln und zu einer eigenen Szene führen. Mit relativ kleinem Einsatz läßt sich auf lokaler Ebene kulturelle Hegemonie und damit politische Relevanz erreichen.

Aus der Notlage ergeben sich auch Einsichten in Notwendigkeiten, die von Antifas ohnehin meist propagiert werden:

Die Überschaubarkeit führt zur Offenheit gegenüber Neuen, die leicht einzuschätzen sind. Die Gemeinsamkeit anhand sammelnder Punkte wird ohnehin angestrebt. Persönliche Pressekontakte sind leicht zu haben, die Dankbarkeit für jedes berichtenswerte Happening ist groß. Durch die eigene Situation besteht der Sachzwang, über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken und Bündnisse mit anderen Spektren zu suchen.

Allerdings sind solche Vorteile auch von der Nazi-Szene nutzbar, der Erfolg ist nicht garantiert. Schließlich besteht neben dem eigenen Beschluß noch die objektive Gesellschaftslage, so daß erfolgreiche Antifaarbeit in der Region oft nur in Kleinstädten mit alternativer Kulturzene oder Hochschulumfeld möglich ist.

Situation im Land Brandenburg

Für Brandenburg treffen alle bisher erwähnten Punkte im zugespitzten Maße zu. Die militante Nazi-Szene ist derart dominant, daß viele Berliner Schulklassen mit ausländischen Mitschülern keine Ausflüge mehr in die Region unternehmen. 1997 beschloss die Berliner Arbeiterwohlfahrt, keine Ferien mit Behinderten

ins Umland durchzuführen, da es hier zu ständigen Übergriffen kommt. Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten stieg 1997 auf einen neuen Rekordstand: Im Land Brandenburg verzeichnete man bei Vorfällen, bei denen es zur Anzeige kam, eine Zunahme von 20 Prozent; das bedeutet 570 Übergriffe, Körperverletzungen und sog. Propagandadelikte wie Hakenkreuzschmierereien.

Speziell bei Jugendlichen hat die Akzeptanz faschistischer Orientierungen weiter zugenommen, rechte Denkmuster sind weit verbreitet. Ohne daß Nazikader ihr Konzept der »national befreiten Zonen« aktiv umgesetzt haben ist inzwischen vielerorts ein vergleichbarer Zustand erreicht. Im Bereich der Jugendkultur hat sich der rechte Mainstream durchgesetzt.

Gleichzeitig ist Berlins Innenstadt eine traditionelle Hochburg der radikalen Linken. Der ohnehin immer schwelende Konflikt zwischen Metropole und Umland wird dadurch verschärft, daß Ostberlin als DDR-Hauptstadt demonstrativ privilegiert wurde. Zusätzlich hat West-Berlin eine BRD- Vergangenheit, die sich in Erfahrungen ausdrückt, die vom Ost-Umland stark abweichen.

Die Regionalplena im Land Brandenburg

Den nationalen Rausch und die rassistische Hetze nach der Wiedervereinigung nutzend, gelang es der Nazi-Szene Anfang der 90er Jahre, in ganz Brandenburg starke Strukturen aufzubauen. Als Reaktion gründeten sich in vielen Kleinstädten Anti-Nazi-Gruppen aus der linken Subkultur; zusätzlich entwickelte sich in Berlins autonomer Szene aufgrund der hohen Betroffenheit die Bereitschaft, im Umland einzugreifen. Es kam zu verschiedenen Aktionen in Brandenburg, angefangen von militanten Angriffen auf Nazis, über eine Konzertreihe in verschiedenen Städten (»Am Rande des Wahnsinns«) bis zur engeren Zusammenarbeit mit Antifas vor Ort. Vor diesem Hintergrund entstanden auch die Regionalplena, die sich als einzige städteübergreifende Struktur mit schwankender Intensität bis heute gehalten haben und an denen sich auch die AAB beteiligt.

Die Fascho-Strukturen wurden geschwächt und aus der Öffentlichkeit verdrängt, zuerst durch aktive Antifa-



Auf den Acker gedrängte Demonstration gegen das komplette Dorf Dolgenbrodt 16.3.97. Die Bewohner ließen im breiten Einvernehmen ein Flüchtlingsheim anzünden. »Sie setzen auf rechte Hegemonie in der provinziellen Enge, in der ihre nationalistische Volksgemeinschafts – Rhetorik gut ankommt.«



Logo der antifaschistischen Gruppen Brandenburg

Politik vor Ort, später durch verstärkte staatliche Repression und das Verbot der meisten Nazi-Organisationen 1992. Nach dem Wegfall der konkreten Bedrohung zerfiel ein Großteil der Antifa-Zusammenhänge wieder in der Subkultur, andere stellten den Antifa-Schwerpunkt in Frage; viele ältere Aktivisten haben sich mittlerweile ins Privatleben zurückgezogen. Das führt dazu, daß mittlerweile hauptsächlich jüngere Antifas aktiv sind.

In den Städten, wo sich Nazis über Sozialarbeiter und öffentlich finanzierte Jugendclubs fest verankern konnten, gelang es ihnen – unbeschadet der Verbote – ihre Basis zu erweitern. Dies war vor allem dort der Fall, wo es keinen linken Widerstand mehr gab; Schwedt und Wittstock sind Beispiele dafür. Dort haben es die Faschos geschafft, alle Antifas durch brutalen Terror und alltägliche Bedrohung zu vertreiben. Seit 1996 ist im Land Brandenburg eine erneute Zunahme von Übergriffen und Anschlägen zu verzeichnen.

Wie die Realität unsere Ansprüche korrigiert

Die Regional-AG ist eine der ältesten und zugleich eine der umstrittensten Arbeitsgruppen innerhalb der AAB. Von Anfang an war klar, daß Regionalarbeit kein Feld darstellt, auf dem man sich als Gruppe besonders gut politisch profilieren kann. Welch immenser Aufwand (an Zeit und Geld) auf uns zukommt und wieviele Rückschläge wir einstecken müssen, hat sich erst später herausgestellt.

Als kontinuierlich arbeitende Großstadt-Antifagruppe ist es für uns selbstverständlich, Antifazusammenhänge in der Region mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Darüberhinaus war es uns aber auch immer ein Anliegen, durch die Zusammenarbeit unsere Erfahrungen und unseren politischen Ansatz weiterzuvermitteln.

Deshalb konzentrierte sich unsere Arbeit anfangs auf die Teilnahme an den damals noch gut funktionierenden Regionalplena, wo wir diverse Vorschläge für gemeinsame Aktionen einbrachten. Diese wurden zum Teil auch erfolgreich umgesetzt, der erhoffte Motivationsschub blieb leider oft aus.

Als dann viele regionale Antifazusammenhänge – wie oben beschrieben – zusammenbrachen und sich das auch auf die Beteiligung an den Regionalplena auswirkte, mußten wir feststellen, daß wir unsere Einflußmöglichkeiten auf derartige Entwicklungen lange Zeit überschätzt hatten. Als Konsequenz intensivierten wir die Zusammenarbeit mit einzelnen Gruppen, die genauso wie wir ein verstärktes Interesse an einem Austausch hatten und haben. Letzteres hat sich auf jeden Fall für beide Seiten bewährt, so daß wir auch heute einen Großteil unserer Energie darauf verwenden.

Durch unseren Verteiler (und perspektivisch einen Antifaversand) wollen wir auch Menschen, die vereinzelt auf dem Land leben und in keine Zusammenhänge eingebunden sind, die Möglichkeit geben, sich mit Infos und Materialien zu versorgen.

Inzwischen haben wir zudem mit dem Aufbau einzelner Jugendantifagruppen in der Region begonnen; die Möglichkeiten sind hier angesichts des großen Arbeits- und Zeitaufwandes und den notwendigen Grundvoraussetzungen (z. B. Städte, in denen noch eine Alternativszene existiert) allerdings eingeschränkt.

Nach wie vor beteiligen wir uns an der Organisation größerer Aktionen im Land Brandenburg (z.B. antifaschistische Demos) oder versuchen diese zu initiieren. Dabei ist uns besonders daran gelegen, daß sich möglichst alle noch aktiven Antifagruppen einbringen und gleichzeitig durch ausstrahlungskräftige Aktionen gerade jüngere Leute zu eigenem Engagement ermutigt werden.



Nazi-Kameradschaft Kremmen im Gespräch mit dem Bürgermeister 1992: »Mit relativ kleinem Einsatz läßt sich auf lokaler Ebene kulturelle Hegemonie und damit politische Relevanz erreichen. (...)Allerdings sind solche Vorteile auch von der Nazi-Szene nutzbar, der Erfolg der eigenen Bemühungen ist nicht garantiert.«

z. B. Demo (2.3.96) gegen Nazi-Zentrum Frankfurt/Oder

Das Nationale Pressearchiv

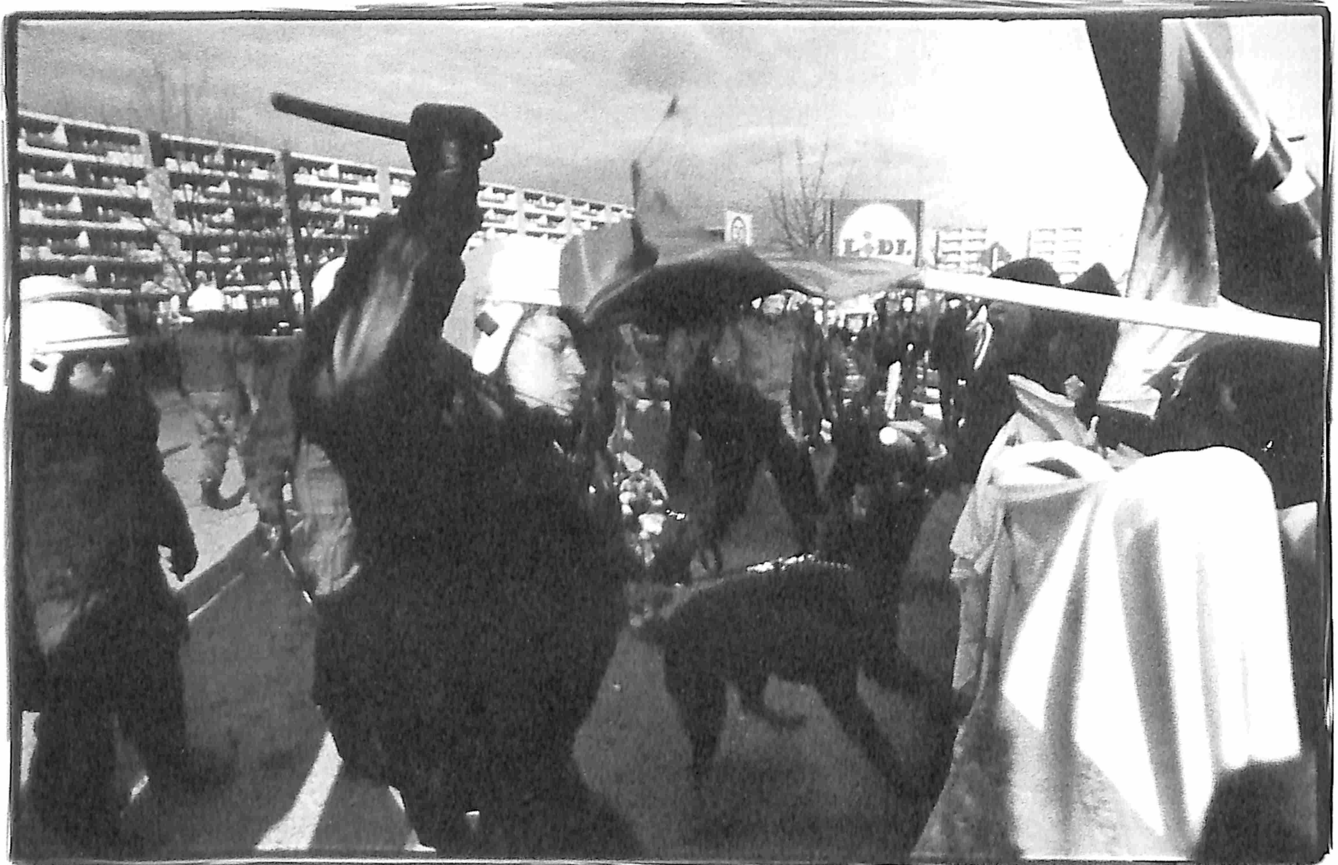
Seit 1993 betrieben Neonazis in Frankfurt/Oder das Nationale Pressearchiv (NPA). Zum Zeitpunkt der Demonstration war das NPA eine der letzten noch nicht verbotenen und öffentlich wahrnehmbaren Nazi-Organisationen im Land Brandenburg. Dahinter verbarg sich ein Stützpunkt der seit 1992 verbotenen Nationalistischen Front (NF).

Das Pressearchiv diente der NF zur Sammlung von Informationen über vermeintliche Gegner. Es war ein bundesweit und international wichtiger Knotenpunkt in der sogenannten Anti-Antifa-Kampagne. Beispielsweise wurden Leute aus Frankfurt in der Nazi-Hetzschrift »Der Angriff«, mit der linke und bürgerliche Antifaschisten denunziert und bedroht wurden, veröffentlicht. Die Betroffenen wurden daraufhin psychisch terrorisiert, bedroht, materiell geschädigt oder zusammengeschlagen.

Betreiber des NPA war der einschlägig bekannte Danny Sowade. Dieser war Herausgeber des NPA- Rundbriefes »Nationaler Beobachter«. Mit dem kopierten Blättchen sollte zur Vernetzung der faschistischen und rechten Skinhead-Szene beigetragen werden.

Die Situation in Frankfurt/Oder

Gerade an der Grenze zu Polen ermöglicht ein rassistisches und aggressives Klima den Nazis, in die Offensive zu kommen. Direkt vor Ort konnte das NPA nahezu unbehelligt von Behörden und Polizei Einfluß gewinnen. 1995 erschienen im Anzeigenblatt »Oder-Anzeiger« mehrere unkommentiert abgedruckte



Demo-Spitze mit Fahne vor Amokpolizisten : »Die Demonstration war mit 400 Leuten gut besucht. Dabei wurde versucht, von der genehmigten Route abzuweichen.«



Demo auf dem Weg zu Danny Sowade: »Die Nazis gerieten stark unter Druck; Das Nationale Pressearchiv sah sich zu einer Selbstauflösungserklärung verpflichtet.«

Hetz-Anzeigen des NPA, unter anderem gegen ein von Linken besetztes Haus.

Darüberhinaus wurde eine Bäckerin denunziert, die in Frankfurt preisgünstiges Brot aus Polen verkauft hatte. Das NPA nutzte dabei geschickt die rassistische Stimmung und antipolnische Ressentiments in der deutschen Bevölkerung aus. Auch deutsche Bäcker hatten eine Kampagne gegen die unliebsame Konkurrentin gestartet. Die Folge: Die Bäckerin wurde persönlich bedroht, die Scheiben ihres Ladens wurden eingeschlagen, schließlich mußte sie ihr Geschäft aufgeben

Wirbel in der Lokalpresse

In dieser Situation wurde von Linken aus Frankfurt eine Kampagne gegen das NPA gestartet, die möglichst bürgernah sein sollte. Dabei wurde Aufklärungsarbeit geleistet und öffentlicher Druck aufgebaut. In der Nähe des NPA kam es zur Verteilung von über tausend Flugblättern in die Briefkästen der Anwohner.

Ein Teil der Kampagne war auch eine Demonstration, um radikale Protestformen miteinzubeziehen. Dafür wurde in der gesamten Region mobilisiert. Durch die Aktion sollte auch das Regionalplenum bekannter gemacht und gestärkt werden.
Am Bündnis nahmen Flüchtlingsinitiativen ebenso teil wie die lokale PDS.

Die Frankfurter Antifa übernahm die hervorragende Pressearbeit, während die AAB in Berlin mobilisierte.

Die Demonstration war mit 400 Leuten gut besucht. Dabei wurde versucht, von der genehmigten Route abzuweichen, um zu dem Archiv zu gelangen, das in der Wohnung der Eltern von Danny Sowade vermutet wurde. Dabei kam es zu Rangeleien mit einer Polizeikette, aus der heraus ein Beamter die Nerven verlor und wild auf die Demonstration einschlug. In der Gegenwehr wurde er aber selbst verletzt. Dies sorgte für erheblichen Pressewirbel, ebenso wie die Tatsache, daß Danny Sowade wenige Tage vor der Demo von unbekannten Antifas angegriffen und verprügelt wurde.

Na bitte, es geht doch

Die Demonstration wurde von allen Beteiligten als Erfolg eingeschätzt, vor allem wegen der Kombination von Pressearbeit und offensiver Demonstration. Die Pressearbeit fand große Beachtung in den regionalen Medien und der dementsprechenden Öffentlichkeit; aus der Pressemappe wurde immer wieder zitiert.

Die Nazis gerieten stark unter Druck: Das NPA sah sich zur (leider nur vorübergehenden) Selbstauflösungserklärung gezwungen.

Nie wieder Deutschland!

Der Internationalismus würde zum Merkmal meiner Zugehörigkeit werden. Denn daß wir nirgendwo sonst zuhause waren als in unserer Parteilichkeit, das war mir, obgleich ich erst am Anfang meiner Reise stand, deutlich geworden. (Peter Weiß)

Hoch die internationale Solidarität

Die Linke positioniert sich gegen Unterdrückung in jeder Form. Darum kann sie im Kampf um grundlegende Veränderung nicht an nationalen Grenzen haltmachen. Gleichheit vertreten heißt, die gleichen Rechte für alle anzustreben, und dies Vorgehen duldet keine Ausnahmen. Denn wenn es uns trotz all der Niederlagen noch immer um einen weltweiten emanzipatorischen Prozeß geht, dann ist gemeinsamer Kampf und internationale Solidarität eine Bedingung.

So banal die weltweite Orientierung unter den Bedingungen von Satellitenfernsehen und Globalisierung auch sein mag: Geschichtlich war die Perspektive der weltweiten, grenzsprengenden Zusammenarbeit statt Eroberung eher ein Thema der Sozialisten als des Kapitals.

Die Internationale erkämpft das Menschenrecht

Seit 1864 organisierte sich die Linke in den verschiedenen Formen der »Internationalen«, weltweiten Zusammenschlüssen, um die Grenzen zwischen oben und unten zum Thema zu machen, statt der Grenzen zwischen Völkern. Dahinter stand die Überzeugung, daß die sozialistische Revolution auf nationalem Boden beginnt, sich international entwickelt und vollendet wird in der Weltarena.

Denn während sich die Rechte am »Besonderen« der Völker orientiert, aus dem sie die eigene Vorherrschaft, Rassismus und Kolonialismus ableitet, betont die Linke die Gemeinsamkeiten in der Situation der Unterdrückten.

Internationalismus und Solidarität

Spätestens seit den 70er Jahren fand die weltweite Orientierung der westdeutschen Linken ihren Ausdruck in Kampagnen gegen Militärdiktaturen und Folterregimes in Afrika, Asien oder Lateinamerika; organisiert wurde Unterstützung für Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf gegen alte und neue Kolonialherren und Diktatoren.

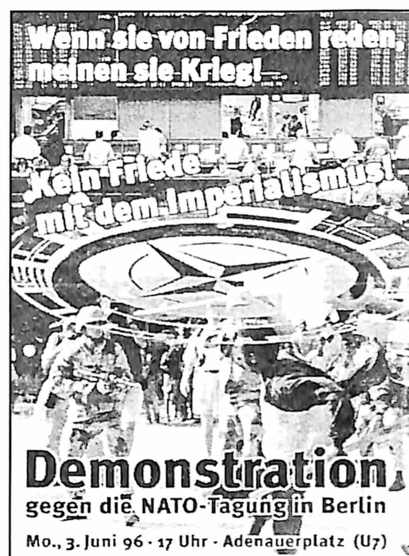
LA MUERTE SUBITA ES UNA ESPECIALIDAD ALEMANA

Baygon

EL más EFECTIVO

Bayer-Werbung für Insektenvertilgungsmittel (»Der plötzliche Tod ist eine deutsche Spezialität«) in Guatemala 97: »Nie wieder Deutschland!«

Plakat Anti-NATO-Demo Berlin 1996 unter Beteiligung der AAB: »Die einzig mögliche Auflösung dieser Widersprüche besteht darin, den eigenen Kampf in den Metropolen zum Ausgangspunkt und Maßstab internationalistischer Politik zu machen.«



Diese Solidaritätsarbeit als konkrete Unterstützung ist aber nur ein Ausdruck internationalistischer Orientierung, nicht ihre Substanz. Aus der Gleichsetzung von Internationalismus und Solidaritätsarbeit ergaben sich viele Probleme.

Internationalismus bedeutet, im eigenen Kampf um Veränderung die weltweite Perspektive mit einzubeziehen, eine Grundhaltung der revolutionären Linken, die unbedingt verteidigt werden muß. Solidaritätsarbeit bedeutet, für bestimmte Projekte materielle und politische Unterstützung zu organisieren.

Solidarität ist Ergänzung, nicht Ersatz

Solidaritätsarbeit hat zwangsläufig mehrere Komponenten: zum einen die moralische Empörung über »Hunger, Elend und Ausbeutung«, der Wunsch nach zwischenmenschlicher Solidarität. Zum anderen der Wunsch, revolutionäre Veränderung im Weltmaßstab und darum woanders in der Welt zu fördern. Beides bedeutet eine Flucht vor der politischen Realität im eigenen Land. Aus den Erfahrungen zeigt sich, daß Solidaritätsarbeit nur möglich ist als Ergänzung, nicht als Ersatz eigenständiger Politik in der BRD. Wir können unsere Kämpfe nicht in anderen Ländern austragen lassen. Dementsprechend ernüchternd ist das Resumee der Solidaritätsbewegung.

Hilfe im Konkreten

Die einen kamen als individuelle Helfer und transportierten damit in erster Linie die Botschaft der BRD, daß man sich dort leisten kann, zwischendurch als Hobby ein paar Monate die Lebensrealität der Armen zu teilen. Der Wunsch, konkrete Unterstützung liefern zu wollen, führte oft zur Abwendung von revolutionärer Programmatik. Dies geschah spätestens dann, wenn sich zeigte, daß »Sozialismus« in den armen Ländern in der Peripherie nie mehr bedeuten konnte als »nachholende Entwicklung« und die Befriedigung der Grundbedürfnisse für alle. Dann wurde »konkrete Unterstützung« als Hauptparole propagiert, die eigene Rolle dabei aber tunlichst ausgeklammert: Schließlich ist die internationale Hilfe verbunden mit Kontakten zu fremden Ländern mit exotischen Landschaften und Lebensformen, mit dem Erlernen fremder Sprachen, einschneidenden Erfahrungen mit dem »Ernst des Lebens«, eigener Horizonterweiterung usw.

Diese Aufzählung ist nicht als »Entlarvung« zu verstehen, da wir auch in diesem Fall jeden Aspekt verteidigen, der linksradikales Engagement lohnend macht. Wer es jedoch ernst meint mit dem Vorrang der konkreten Hilfe, sollte sich überlegen, sein Geld für den Flug direkt zu spenden – konkretere Hilfe gibt es nicht.

Hilfe imTotalen

Der zweite Bestandteil der Unterstützungsarbeit war der politische. Die revolutionäre Linke sah und sieht sichals Teil einer weltweiten Front gegen den Imperialismus. Diese Herangehensweise scheitert notwendig dann, wenn andere als Stellvertreter der eigenen Kämpfe, als Projektionsbühne ihren Platz finden. Die »Reinheit der Lehre« läßt sich eben eher in der Ferne erhalten als im eigenen Land. Da die radikalste Lösung der Imperialismusfrage dort erwartet wurde, wo geschossen wird, kam es zur Überbetonung militärischer Auseinandersetzungen. Teilweise kam es zum Denken in militärischen statt gesellschaftlichen Zusammenhängen. Gleichzeitig wurden auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, unter ungleich schwierigeren Bedingungen, Dinge erwartet, die die deutsche Linke selbst nicht umsetzen konnte: kollektives Handeln, den »neuen Menschen« mit sozialistischem Wertesystem usw. Statt dessen setzte sich in den kämpfenden Organisationen selbstverständlich meist die militärische Logik durch, die bis zur Liquidierung abweichender Fraktionen führte.

Antiimperialismus heißt, der Hauptfeind steht im eigenen Land

Die einzig mögliche Auflösung dieser Widersprüche besteht darin, den eigenen Kampf in den Metropolen zum Ausgangspunkt und Maßstab internationalistischer Politik zu machen. Jedenfalls besteht in der antiimperialistischen Szene weitgehendeEinigkeit über die schon in den Sechziger Jahren vorgeschlagene Strategie, die den wirksamsten Beitrag der internationalen Solidarität in der »Schwächung der Zentren des Imperialismus« sah und eine »Anti-Nato-Kampagne« gefordert hatte.

Zentraler Wesenszug des Internationalismus ist der Antiimperialismus. Der Imperialismus hat durch seinen weltweiten Siegeszug den weltweiten Kampf gegen das imperialistische System mit sich gebracht. Daran muß sich unsere Solidarität messen – im eigenen Land und in der Verteidigung des Internationalismus. Was weit weg ist, ist zwar schön unverbindlich und läßt sich als Ideal gegen die deutschen Verhältnisse wenden, gerade auch gegen die Verhältnisse in der Linken. Eine Perspektive ist es nicht.

Politische Solidarität ist nicht gönnerhaft

Politische Solidarität basiert darauf, daß alle Beteiligten davon profitieren. Doch die BRD-Linke profitiert vom internationalen Widerstand als Linke, weil der eigene Kampf nur eine Perspektive hat, wenn er eine weltweite Entsprechung findet. Antiimperialistische Befreiungsbewegungen profitieren dahingegen vom Kampf der deutschen Linken wegen deren Position als BRD-Bewohner. Denn für die politische Linie hat die deutsche Linke nichts, aber auch gar nichts anzubieten, was sich anderen zur Nachahmung empfehlen ließe. Ihre Aufgabe ist vielmehr, materielle Solidarität in einem Wohlstandsland zu organisieren und hier politischen Druck aufzubauen, durch Demos vor Botschaften usw. Doch auch hier liegt die Bedeutung in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung in einem Wohlstandsland.

Nirgendwo zuhause als in unserer Parteilichkeit

Daran hat sich auch die oft diskutierte linke Lieblingsfrage zu orientieren, wie weit die eigene Solidarität »kritisch« sein muß. Dies ist selbstverständlich eine Frage des Maßstabs. Wer glaubt, er könnte in einer anderen, exotischen Linken eine Ersatzheimat finden, hat für interne Diskussionen viel Stoff. Wer sich aber keine Vorgaben und Ziele aus fremden Ländern erhofft, sondern aus der Linie des eigenen Politik heraus Bündnispartner sucht, hat den Hauptaugenmerk auf die Verteidigung der Kämpfe in seinem Aufgabenbereich zu legen. Selbstverständlich verfolgen andere Organisationen ihre eigenen Interessen und haben zur BRD-Linken ein ausgesprochen taktisches Verhältnis. Solidarität ist Unterstützung im Wissen um die Unterschiede.

Der Kampf im Herzen der Bestie ist kein Spiel mit der Hauskatze

Wir reden über uns, nicht über die Welt. Internationalismus als politische Grundhaltung führt zur Radikalisierung der eigenen Kämpfe, sobald diese im Weltmaßstab eingeordnet werden.

Beispielsweise importierte die »Rote Armee Fraktion" das Konzept der Stadtguerilla aus Lateinamerika. Der Import revolutionärer Hoffnungen aus der Dritten Welt in der Solidaritätsbewegung war auch ansonsten weit verbreitet, wenn er auch nicht so spektakuläre und schwerwiegende Auswirkungen hatte. Daraus ergab sich ein nicht unerheblicher Teil der eigenen Motivation. Die heutigen Befreiungsbewegungen erfahren ihre Wirksamkeit auch darin, weltweite Hoffnungsträger zu sein und arbeiten damit durch Orientierung an den internationalen Massenmedien, stilgerechten Presseerklärungen usw. Eine ähnliche Abgeklärtheit täte auch der deutschen Linken gut.

Das Recht auf »Selbstbestimmung«

Da sich weltweit zwar der Imperialismus behauptet hat, die Linke hingegen zusammengebrochen ist, definieren sich inzwischen viele Befreiungsbewegungen über Besonderheit statt über internationalistische Forderungen. Traditionell fand keine Befreiungsbewegung die Unterstützung der Linken, die nicht mindestens marxistische Fraktionen besaß: Von den »Black Panthers« in den USA bis zur ETA im Baskenland, von den Zapatisten in Mexiko bis zur PKK in Kurdistan. Bis in die Achtziger Jahre definierten sich die meisten Befreiungsbewegungen als marxistisch, allein schon, um so die Möglichkeiten im weltweiten Interessensgegensatz USA-UdSSR zu nutzen. In der jetzigen Situation verschwindet diese Bezugnahme zusehends: Afro-Amerikaner propagieren beispielsweise ihren Zusammenhalt ausschließlich durch ihre Hautfarbe, nationale Befreiungsbewegungen definieren sich religiös



Boxtraining der peruanischen Guerilla-Bewegung MRTA: »Die heutigen Befreiungsbewegungen erfahren ihre Wirksamkeit auch darin, weltweite Hoffnungsträger zu sein und arbeiten damit: durch Orientierung an den internationalen Massenmedien, stilgerechten Presseerklärungen usw.«

Internationaler Demoblock gegen die Front National in Straßburg 1997 unter Beteiligung der Antifaschistischen Aktion: »Die konkreten Möglichkeiten der internationalen Solidarität mögen gering sein, ihre Bedeutung für die Einzelnen ist aber nicht zu unterschätzen.«



über den Islam, der Kampf gegen Globalisierung wird antisemitisch begründet usw.

Dementsprechend ist in der Linken »Eurozentrismus« zum Thema geworden. Befreiung wird als das gesehen, was die nationalen Gruppen als ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen und Verständnis für die Besonderheiten eingefordert. Kritik daran wird als »Metropolenchauvinismus« oder »Kulturimperialismus« abgetan und damit an das eigene schlechte Gewissen apelliert.

Internationalismus als politische Haltung kann das »Recht auf Selbstbestimmung« gar nicht ernst nehmen, da die Frage nicht ist, welche Wünsche der Einzelne oder regionale Mehrheiten haben, sondern welche Maßstäbe der eigene Kampf hat. Nur in Verbindung mit dem Kampf um bessere Lebensverhältnisse ist das Recht auf Selbstbestimmung von Bedeutung.

Genau sowenig hat der »objektive Antiimperialismus« islamischer Gruppen Orientierungswert, da dies ja auch die Ablehnung westlicher Werte bedeuten kann, denen wir uns bedingungslos verpflichtet fühlen. Wir sind für allgemeine Bildung, gegen Versklavung der Frauen, für die Überwindung jeder Religion. Verbindliche Werte haben weltweit zu gelten, soweit sie Orientierung unserer Kämpfe sind. Orientierung an sozialistischen Idealen ist für uns Minimalkonsens.



Unsere Wut kennt keine Grenzen

Die eigenen Kämpfe müssen in einen internationalen Zusammenhang eingeordnet werden. Wenn der Kampf um Befreiung ums Ganze geht, hat er auch die ganze Welt mit einzubeziehen. Ziel ist aber nicht, woanders Häuser zu bauen, sondern hier dafür zu sorgen, daß keine Ruhe herrscht im Land.

Die konkreten Möglichkeiten der internationalen Solidarität mögen gering sein, ihre Bedeutung für die Einzelnen ist aber nicht zu unterschätzen. Dies zeigt sich an den Linken, die sich dem Zugriff des deutschen Staats entzogen haben und die in den Lagern der PKK Zuflucht gefunden haben.

Entsprechend geht es in der deutschen Linken um internationale Kontakte zu linken und linksradikalen Gruppen und die praktische Zusammenarbeit und Unterstützung. Wichtig ist, zu erkennen, wie eng der Kampf in anderen Ländern mit unserer politischen Realität verflochten ist und daraus Konsequenzen zu ziehen. Hasta la victoria siempre!

z.B. 18.5.95

Innenminister -Konferenz



Wegen diesen postkartengroßen ERNK-Fähnchen wurden 1995 verschiedene Berliner Demos von der Polizei angegriffen.

Die Innenministerkonferenz

Am 18.Mai 95 fand in Berlin eine Tagung der sogenannten »Ständigen Konferenz der Innenminister und -Senatoren des Bundes und der Länder« statt. Diese Treffen haben den Charakter von internen Arbeitskonferenzen. In ihnen wird koordiniert, was von je her Kernaufgabe der Innenminister ist: jeden möglichen »Feind im Inneren« zu bekämpfen und soziale Unruheherde im eigenen Herrschaftsbereich auszuschalten. Die Aufgaben der Innenminister sind umfangreich, z.B. »Asylangelegenheiten«, »Polizeiangelegenheiten«, »Innere Sicherheit« usw. Was sich wie eine Auflistung verwaltungstechnischer Details liest, ist für viele Menschen konkrete Bedrohung.

Das Treffen in Berlin erhielt seine aktuelle Brisanz durch die Frage der Abschiebung von Kurden, da diesmal das einheitliche Vorgehen der Zuständigen auf der Tagesordnung stehen sollte. Zu diesem Zeitpunkt gab es nach der Verbotswelle gegen kurdische Organisationen eine öffentliche Hetzkampagne gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Die PKK erreicht Massenwirkung durch ihr Engagement im kurdischen Befreiungskampf und verknüpft dies mit dem Kampf um eine grundsätzlich andere Gesellschaftsordnung. Viele Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet in Nordkurdistan halten sich in der BRD auf, so daß hier die PKK-Strukturen den relevantesten Teil der gesamten Linken darstellen. Dementsprechend waren 95 viele Widerstandsaktionen aus diesem Spektrum zu registrieren, verbunden mit der Hetze der deutschen Massenmedien und dem erklärten Willen der Innenminister, diese Bewegung zu zerschlagen.

Zur Demo mobilisierten mehrere kurdische Vereine in einem breiten Bündnis vor allem mit antirassistischen Gruppen unter dem Bündnismotto »Stoppt ihre Abschiebungsmaschinerie«.

Der Antifa-Block

Von einem Antifa-Bündnis unter Beteiligung der AAB wurde innerhalb der Demo auf einen Block mit eigenem Aufruf mobilisiert. Unter der Parole »Ihre Innere Sicherheit erschüttern!« stand im Mittelpunkt der Agitation das Konzept »Innere Sicherheit« und dessen Bedeutung in den imperialistischen Metropolen. Der Kampfbegriff der »Inneren Sicherheit« soll nahelegen, daß es sich hierbei um die neutrale Durchsetzung von Minimalgarantien im Sozialverband handelt. Gemeint ist aber die Aufrechterhaltung eines Systems ,das genau dies für die überwiegende Mehrheit der Menschheit nicht vorsieht. Z.B. indem international viele Opfer dieser Sozialordnung (»Flüchtlinge«) aus der Festung Europa ferngehalten werden. Das Ziel von »Ruhe und Ordnung« wurde



Als Reaktion auf die Übergriffe gegen KurdInnen bei der Demonstration mobilisierte die AAB verstärkt auf eine Wochen später stattfindende europaweite kurdische Demonstration: »Ohnehin ging es uns nicht um die Identifizierung mit der PKK; sondern um die Ablehnung des deutschen rassistischen Abschiebesystems.«

inhaltlich konfrontiert mit den Störenfrieden dieser Ordnung: MigrantInnen, Antifas, antirassistische, sozialistische Gruppen und kurdische GenossInnen.

Die Demonstration

Mit 2000 Teilnehmern war die Demonstration gut besucht. Der Block der Antifaschisten, der gemeinsam mit den Kurden auftrat, stellte die Hälfte der Teilnehmer und war lautstark und kämpferisch. Das Regionalfernsehen berichtete vom »ersten Schwarzen Block in Berlin seit Jahren«. Trotz staatlicher Drohungen und intensiver Vorfeldkontrollen wurden Tausende Papierfähnchen mit dem Symbol der verbotenen kurdischen ERNK unter die Demoteilnehmer geschmuggelt, die auf ein Zeichen hin kurz vor Ende der Demo den Medien und der überraschten Polizei präsentiert wurden.

Es gelang dem Antifa-Block, über die genehmigte Demoroute hinaus bis in die Nähe des Tagungshotels vorzudringen und dort unüberhörbar zu protestieren. Auf dem Rückweg kam es daraufhin zu Polizeiüberfällen mit massiven Verhaftungen vor allem von Fähnchenträgern.

Resümee

Die Demonstration war für uns ein gelungenes Beispiel internationalistischer Politik. Die Zusammenarbeit war gekennzeichnet durch verschiedene Interessen, aber gemeinsames Auftreten. Obwohl die PKK schon zu diesem Zeitpunkt in der Antifa umstritten war, gelang eine gemeinsame Verteidigung gegen die Interessen deutscher Innen- und Außenpolitik.

Als in der Demo-Vorbereitung viele Gruppen die Kurden zum Verzicht auf die Mitnahme ihrer Symbole aufforderte, entschloß sich die Antifa zur aktiven Unterstützung. Auch wenn der Nationalismus in der kurdischen Bewegung zum Teil fragwürdige Formen annimmt, geht es uns nicht um eine Anspruchshaltung an ausländische Linke. Im Gegenteil gehen wir davon aus, daß Bewegungen, denen internationale Unterstützung versagt bleibt, sich um so stärker auf das »Eigene« besinnen und der Nationalismus um so stärker wird. Ohnehin ging es uns nicht um die Identifizierung mit der PKK; sondern um die Ablehnung des deutschen rassistischen Abschiebesystems. Dies wurde unübersehbar dokumentiert.



Titelblatt des Aufrufs zur Innenministerkonferenz: »Das Ziel von >Ruhe und Ordnung< wurde inhaltlich konfrontiert mit den Störenfrieden dieser Ordnung: MigrantInnen, Antifas, antirassistische, sozialistische Gruppen und kurdische GenossInnen.«

Widerstand braucht Kontinuität!

Wenn es im Geahnten ist
Wenn es im Losen ist
Wird es gepriesen.
Wenn es im Großen ist
Wenn es im Geplanten ist
Wird es verwiesen.
(Bertolt Brecht)

Das Einfache, das schwer zu machen ist

Sollte es der Linken wieder gelingen, im größeren Maßstab Einfluß auf die Gesellschaft zu nehmen, so wird sie dafür unter anderem organisiert sein. Das ist alles, was es dazu zu sagen gibt. Diese kleinste Aufgabe, sich zu organisieren, bietet weder Anlaß zu weitergehenden Erwartungen noch kann sie Mittelpunkt der eigenen Politik sein. Es geht um das Notwendige, ohne das alles weitere nur eitles Geschwätz ist. Nur die Bewegung, die sich in Strukturen niederschlägt und damit Kontinuität gewährleistet, kann längerfristig Perspektiven bieten. Organisationen sind träge, also kontinuierlich, sie sind wahrnehmbar, haben Kontaktadressen und klare Grundlagen, so daß nicht jede Zusammenarbeit von persönlichen Sympathien abhängig ist.

Eine Organisation ist die Voraussetzung dafür, daß der Austausch von Erfahrungen und Konzepten fruchtet, denn entscheidend ist nicht die gegenseitige Information. Vielmehr ist es das gemeinsame Beobachten und Analysieren von Entwicklungen, die langfristig angelegte gegenseitige Unterstützung.

Gerade die Erfahrung der Autonomen hat gezeigt, daß sich Austausch nur lohnt, wenn nicht alle Entwicklungen immer von vorne anfangen und Erfahrungen gezielt weitergegeben werden können, wenn sie sich in organisierten Strukturen niederschlagen. In den Worten von Brecht: »Der Denkende benützt kein Licht zuviel, kein Stück Brot zuviel, keinen Gedanken zuviel.«

Gegen Organisation als Selbstzweck

Dennoch gibt es massive Vorbehalte in der radikalen Linken gegenüber Organisationen. Dies ist zum einen der allgemeinen gesellschaftlichen Tendenz geschuldet, für sich selbst eine möglichst weitgehende Autonomie zu beanspruchen; als unfreiwilliges Ideal vor Augen den personen- und ortsunabhängigen Manager oder den Yuppie-Single-Haushalt. Neben dieser allgemeinen Tendenz spielen spezielle linke Erfahrungen eine Rolle.

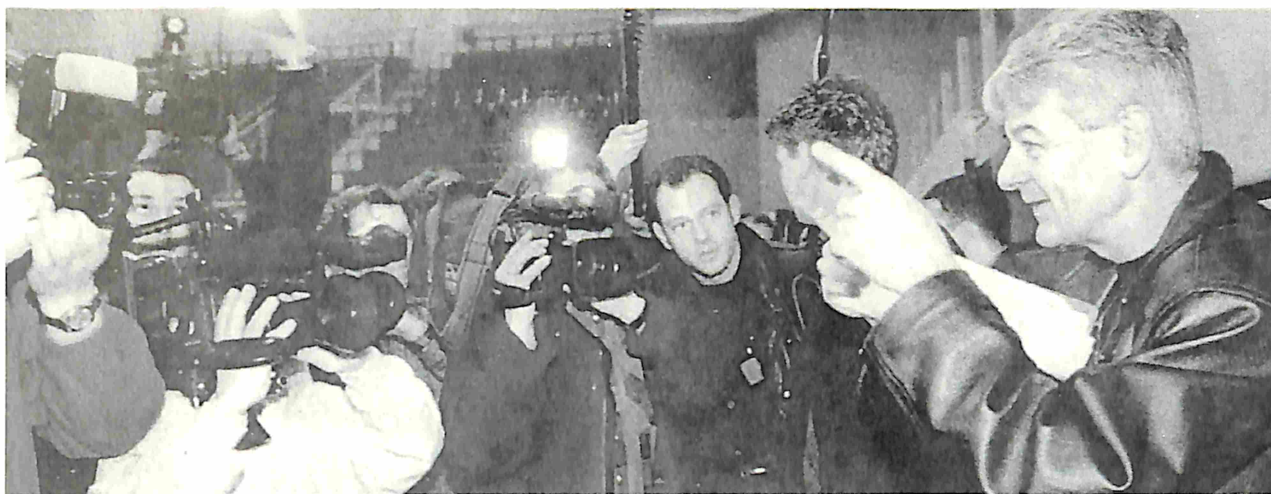
In der DDR zeigte sich an der Staatspartei SED, welche Folgen eine Organisation an der Macht hat, die sich von den gesellschaftlichen Gegebenheiten entfernt und die Selbsterhaltung als oberstes Ziel setzt: Bürokratisierung, Phrasendrescherei und Mitläufertum wurden zu den Kennzeichen einer Gesellschaft, die sich über ihre eigene Erfolglosigkeit jahrzehntelang hinwegtäuschte.

In der BRD kamen dazu Erfahrungen mit kommunistischen Mini-Parteien, die Selbstzerfleischung und interne Machtkämpfe ganz vorne auf die Tagesordnung stellten und in erster Linie durch penetrante Eigenwerbung in Erscheinung traten. In der Linken dominierten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre die kommunistischen Kaderorganisationen. Viele Sympathisanten wurden schnell der aggressiven Agitation müde; Organisiertheit wurde zum Inbegriff des Negativen. Beispielsweise erhielten Organisierte auf den studentischen Vollversammlungen der FU Berlin Redeverbot.

Mit der Erfahrung der Grünen wuchsen die Vorbehalte in den außerparlamentarischen Bewegungen. Ein anfänglich basisdemokratischer »Arm der Bewegung« unter Beteiligung zahlreicher Kommunisten mutierte zur staatstragenden Partei der neuen Mittelschicht unter dem Motto, jetzt die Enttäuschungen des

Cartoon Hier ist links: »Der Denkende benützt kein Licht zuviel, kein Stück Brot zuviel, keinen Gedanken zuviel.«





Joschka Fischer, vom linksradikalen Frankfurter Militanten zur Karriere als Realo-Grüner: «Die Kritik daran vergißt allerdings, daß sich diese Entwicklung in den Organisationen wegen ihrer Kontinuität nur deutlicher zeigt, aber nicht in der Organisierung begründet liegt.«

sozialistischen Menschheitsideals im Zeitraffer hinter sich gelassen zu haben. Dies ging einher mit dem Besetzen der ökonomischen Nischen in Parlamenten und Stiftungen. Die Kritik daran vergißt allerdings, daß sich diese Entwicklung in den Organisationen wegen ihrer Kontinuität nur deutlicher zeigt, aber nicht in der Organisierung begründet liegt. Nur weil die Organisierten weiter in der öffentlichen Diskussion waren, ließ sich hier der Niedergang feststellen, der in schwammigeren Zusammenhängen als biographischer Bruch mit der eigenen Vergangenheit über die Bühne ging – gescheitert sind aber alle, ob organisiert oder nicht.

Könntest du dich endlich verbindlich entscheiden

So steht hinter vielen Ablehnungen von Organisierung die Angst vor Festlegungen, ohne die ernsthafte Politik aber gar nicht möglich ist. Die unaufhörliche Betonung des eigenen Subjekts zur Erhaltung der eigenen »absoluten Freiheit«, ist die Flucht vor Kollektivität, vor der Verbindlichkeit einer Gruppe, die eine kontinuierliche Mitarbeit ebenso einfordert wie die Bereitschaft, eigene Positionen immer wieder der Kritik auszusetzen. Oft wird solcher Individualismus sogar als antifaschistische Gegenstrategie verkauft, als Reflex auf die antiliberale Volksgemeinschafts-Ausrichtung des Faschismus. Tatsächlich geht eine solche Einstellung aber der Totalitarismus-Theorie auf den Leim, wonach die Extremen von links und rechts Unterordnung verlangen, die goldene Mitte hingegen Freiheit verspricht. Individualismus ist aber ein Projekt der Liberalen, basiert also auf der totalen Unterordnung unter das Kapitalverhältnis. Die völlige Gleichgültigkeit gegenüber sozialen Bindungen ist dann der höchstmögliche Grad an »Freiheit«. Wirksame Politik bedeutet aber gerade im Gegenteil, nicht-ignorierbare Anforderungen an andere stellen zu können, z.B. die Vermögen umzuverteilen, rassistisches Verhalten zu beenden usw. Ohne Verbindlichkeit kein Hebel für Veränderung!

Die Angst vor der Sekte

Dennoch dominiert im allgemeinen Bewußtsein die Angst vor gruppeninterner Eigendynamik und jeder Form von sozialer Kontrolle unter dem Stichwort »Politsekte«. Mit historischen Kampfbegriffen wie dem »Sektierertum« ist die Linke schnell bei der Hand. Dabei haben Sekten, also religiös eingefärbte Splittergruppen mit sehr weitreichender Einbindung ihrer Mitglieder, weltweit eine wesentlich größere gesellschaftliche Bedeutung als die radikale Linke – sowohl in Bezug auf Mitgliederzahlen als auch auf ökonomische Möglichkeiten. Darin drückt sich in erster Linie das Bedürfnis nach verbindlichen sozialen Beziehungen aus. Diese Beziehungen werden durch esoterische, also geheimwissenschaftliche Einstellungen intensiviert.

Tatsächlich gibt es auch politisches Sektierertum. Dies tritt dann auf, wenn eine Gruppe der Innenwirkung unverhältnismäßig größeres Gewicht gibt als der Außenwirkung. Ein solcher Zustand bedeutet nicht Selbstbeschäftigung, denn wer absolute Wahrheit besitzt, hat auch den Anspruch, zu aller Welt und über alle Welt etwas zu sagen. Entscheidendes Kriterium einer Sekte ist, daß die Verschmelzung Vorrang hat, also die inhaltliche Einigung in allen Details ohne Abweichung. Diese Einigung ist dann elementar im Hinblick auf die Gruppendynamik, für die Reinheit der eigenen Linie, ohne daß eine gesellschaftliche Notwendigkeit dafür besteht. Antifaschismus ist wie jeder andere sammelnde Ansatz für die Vertreter der »reinen Lehre« wenig attraktiv. Die meisten Polemiken gegen Sektierertum arbeiten sich allerdings ohnehin nur an Klischees ab und sind eher Ausdruck der eigenen Ängste vor Festlegungen jeder Art.

Wenn die Sonne tief steht, werden die Zwerge zu Riesen

Eine Ursache dafür ist, wie sich historisch gezeigt hat, daß Organisationsstrukturen eine Eigendynamik entwickeln können, die bis zur reinen Selbstbeschäftigung und zur selbstschädigenden Verzerrung der Wahrnehmung führen kann. Jede Organisation entwickelt



Werbung für ihre zukünftige Partei durch die »Nationale revolutionäre Einheit Guatemalas«(URNG) 1996: »Es geht trotzdem um möglichst breite Wirkung, aber ohne Anbiederung an Mehrheiten. Darum kann einer linksradikale, ansprechbare Organisation auch unter den Bedingungen beschränkter Massenwirkung der richtige Schritt sein.«

Kräfte, sich selbst zu erhalten, sich aus sich selbst heraus zu begründen, eine eigene organisationsbezogene Logik zu entwickeln. Dies kann genauso zum ziellosen Absaugen kreativer Energie in Status- und Machtkämpfen führen wie zur Hauptbeschäftigung der Organisation mit Problemen, die ohne sie gar nicht existieren würden – z. B. Grabenkämpfe in der eigenen Miniwelt unter völligem Verlust gesellschaftlicher Wirksamkeit.

Nur die ständige Bereitschaft zu Selbstkritik und basisdemokratische Kontrolle hilft, Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Minderheit oder Mehrheit

Ein anderer Grund für den Widerwillen gegen jede Festlegung ist die Angst, sich selbst als isolierte Minderheit und damit als hoffnungslosen Fall wiederzufinden. Daher rührt die hohe Bereitschaft der Polit-Szene, sich Modethemen und Bewegungen zuzuordnen oder sich als Teil der »Mehrheit von unten« zu definieren.

Politische Wirksamkeit besteht aber aus der Kombination der Aufgaben, Leute zu erreichen und Leute zu politisieren. Darum besteht politischer Erfolg nicht nur in der Gewinnung von Mehrheiten, sondern auch im Herausarbeiten radikaler Ansätze. Historisch wurden Revolutionen nicht mit dem Wahlzettel erreicht, sondern mit Gewehren, also vorrangig nicht durch die Masse der Menschen, sondern durch die Tiefe ihres Engagements.

Es bliebe zu untersuchen, ob jemals in einer Gesellschaft eine wesentliche Veränderung von Mehrheiten ausgegangen ist. Dieser hohe Anspruch trifft auf keine der heute etablierten Einstellungen zu: weder auf die Religionen, die mit Kreuzzügen oder durch die Landesfürsten den Untertanen aufgezwungen wurden, noch für die sozialen Sicherheiten, die von der Arbeiterbewegung erkämpft wurden, und schon gar nicht für die hochgelobte Demokratie, die nach Deutschland per Armee exportiert wurde; ebenso wenig der Neo-Liberalismus, der ein zähneknirschendes Einverständnis mit den Vorgaben der Konzerne und Kapitaleigner bedeutet. Selbst die Kommunisten der Sowjetunion erreichten bei der ersten Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung nur 23,9 % der Stimmen – nach generationenlanger Agitation der russischen Revolutionäre und kultureller Hegemonie in den Bildungsstätten. Lenin ließ das Parlament nach dessen ersten Sitzung auseinanderjagen.

In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod

Trotzdem setzen gerade Kommunisten oft auf die Gewinnung von Mehrheiten. Dabei scheint logisch, daß die Forderung nach grundsätzlich Neuem zwangsweise zunächst von Minderheiten ausgeht und erst nach erfolgreicher Verwirklichung zur Mehrheitsmeinung wird. Mehrheiten sind ständigem Wechsel unterworfen und gruppieren sich um Sachfragen; in der Regel wollen sie von Politik in Ruhe gelassen werden. Ihre Bedürfnisse, den kleinsten gemeinsamen Nenner,

zeigt die Marktforschung: Materielle Sicherheiten, Beziehungspartner, soziale Bestätigung und ein bißchen Abwechslung.

Linke Forderungen müssen sich nicht an den bestehenden Mehrheiten orientieren, sondern an den gewünschten Veränderungen. Die Linke, die ihre Programmatik an der Allgemeinheit orientiert, erreicht damit nicht etwa diese Öffentlichkeit. Sie erreicht damit noch nicht mal möglichst viele Subkulturen in einer Gesellschaft, die nur noch aus Subkulturen besteht. Sie erreicht mit ihrer langweiligen Thematik nur noch ein Spektrum: Linke, die es richtig finden, auf die Allgemeinheit abzuzielen.

Dieses Wissen entbindet aber nicht von der Pflicht, für das eigene Anliegen so viele Mitstreiter wie möglich zu finden. Es geht trotzdem um möglichst breite Wirkung, aber ohne Anbiederung an Mehrheiten. Darum kann eine linksradikale, ansprechbare Organisation auch unter den Bedingungen beschränkter Massenwirkung der richtige Schritt sein. Ziel ist dabei, radikaler Kern in einer breit wirksamen Bewegung zu werden. Als beispielsweise in den Achtziger Jahren die atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf geplant war und damit die Bürger der Umgebung sich dem politischen Anliegen der Verhinderung anschlossen, suchten sie sich als Bündnispartner keinesfalls »Leute von nebenan«, sondern gerade die deutlich anderen, schwarzgekleideten, mobilisierungsstarken autonomen Gruppen.

Am meisten mit sich selbst beschäftigen sich die Sterbenden

Da offensichtlich in naher Zukunft keine großen Erfolge bei Mehrheiten zu erwarten sind, stellt sich die Frage, wozu das intensive Engagement radikaler Politik überhaupt gut sein soll. Für uns ist Politik keine zeitraubende Beschäftigung neben anderen Tätigkeiten, sondern die Basis einer Lebenshaltung, die durch Organisierung an Schlagkraft gewinnt: nämlich nicht wehrloses Opfer zu sein, sondern sich die Welt in der Auseinandersetzung anzueignen.

»Nicht wehrloses Opfer zu sein« ergibt sich daraus, daß Politik bedeutet, sich mit der Welt zu beschäftigen, um einzugreifen und zu verändern. Alternative dazu ist, sich von der Politik der anderen treiben zu lassen, der man ununterbrochen ausgesetzt ist, und sei es nur in der Form von Mikropolitik in den Geschäften und Betrieben oder in den eigenen Sozialbeziehungen. Viele lehnen ja Politik ab und zerfleischen sich dann gegenseitig in ihren Ansprüchen an Beziehung und Lebensführung ohne die Fähigkeit einzugreifen.

»Sich die Welt anzueignen« heißt in letzter Konsequenz die Entwicklung von Gegenmacht. Der erste Schritt dazu ist, sozialen Sinn zu entwickeln. Sinnvoll wird die soziale Umwelt nur, wenn man sie auf sich bezieht. Oder anders gesagt: Wenn zwei sich unterhalten, kann das eine äußerst langweilige und selbstzufriedene Sache sein. Interessant sind nur die politischen Aspekte, also das allgemein Interessante, das nicht nur die beiden betrifft und auf Veränderung drängt. Schöner ist es ja schon, das eigene Leben an einer »Dritten Sache« zu orientieren, und nicht an der Selbstverliebtheit der eigenen Existenz. Das einzige, was das Leben nicht-trivial macht, ist Verantwortung.

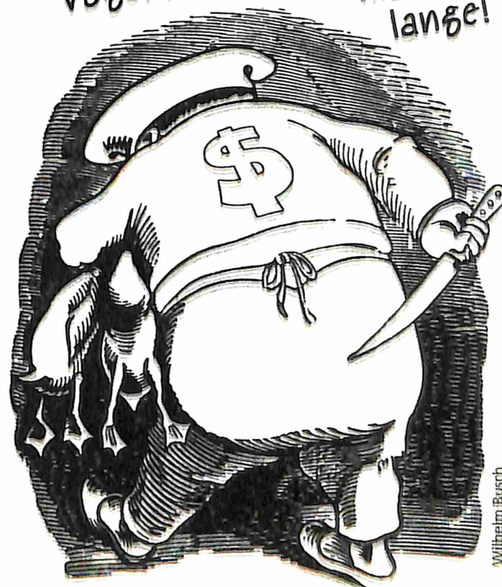
Wir könnten so heiß sein

»Auseinandersetzung« bedeutet, einzugreifen in den Prozeß des Sozialen, der gegenseitigen Bedeutungszuweisung, Kontrolle, Abgrenzung und Verfeinerung. Es wäre der Realitätsverlust schlechthin, sich einfach aus der Sprache in eine stumme Gleichgültigkeit zurückziehen zu wollen, denn der Ort, an dem dies möglich ist, nennt sich »Klinik«. Dies Eingreifen ins Soziale mit einem Ziel zu verbinden und auch gegen Widerstände durchzukämpfen, nennt sich dann wohl Politik. Linksradikale Politik heißt, Kapitalisten, Rassisten und Reaktionären aller Schattierungen das Leben so schwer wie möglich zu machen, und im Idealfall über die Konfliktverschärfung hinaus beizutragen zu den Perspektiven einer sozialistischen Gesellschaft. Um Politik wirksam werden zu lassen, muß sie – wie alles gesellschaftlich relevante Geschehen – in Organisationen Ausdruck finden.

Widerstand braucht Kontinuität: «Die Geschichte der Linken war nie nur eine Frage der richtigen Standpunkte, sondern auch der Bereitschaft, das, was man für richtig hält, auch tatsächlich zu tun.«

Worte zu Taten

Die Geschichte der Linken war nie nur eine Frage der richtigen Standpunkte, sondern auch der Bereitschaft, das, was man für richtig hält, auch tatsächlich zu tun. Dazu gehört auch die banale Notwendigkeit, sich zu organisieren. Von niemandem als notwendig bestritten, werden doch von vielen die konkreten Details der existierenden Organisationen problematisiert. Darum wird auch möglichst radikal von der potentiellen Organisation alles gefordert, um sich dann erleichtert und untätig zurücklehnen zu können. Es ist schwierig, diesen Flohzirkus geschmäcklerischer Eigenheiten in der Programmatik einer Organisation zu vereinheitlichen. Ein zeitgemäßer Ansatzpunkt ist Antifaschismus. Doch ob so oder so – eine Linke, die nicht mal sich selbst organisieren will, braucht von der Gesellschaft nicht zu reden. Tun, was getan werden muß – organisiert euch endlich!



z.B. bundesweite Organisation

»Antifaschistische Aktion«

Die Antifaschistische Aktion

Im Sommer 1991 fand in Offenbach ein bundesweites Antifa-Treffen statt. Die Resonanz war relativ groß, obwohl nicht klar war, welche Aufgaben und Zielsetzung dieses Treffen haben sollte. Sehr schnell kristallisierte sich eine Diskussion um das Stichwort »Organisierung« heraus. Die Gründung einer Organisation entwickelte sich erst im Laufe der Diskussion des folgenden Jahres. Einige Gruppen vor allem aus der autonomen Szene waren aus ihrer Praxis heraus an die Frage der Organisierung gestoßen. Am 25. Juni 92 wurde dann in Wuppertal die Antifaschistische Aktion/BO gegründet.

Der grundsätzliche Kern dieser Struktur ist ein dezentraler Aufbau. Der Schwerpunkt der politischen Arbeit der Antifa-Gruppen liegt vor Ort. Will Politik verstanden, verankert, geschichtlich untermauert und somit politisch wirkungsvoll sein, so geht das nur in fundierter Detailarbeit. Politisches Ziel ist die regionale Verankerung, die Arbeit vor Ort, die erst die Grundlage für gemeinsame Aktionen und die bundesweite Struktur der Organisation bildet. Der Schwerpunkt liegt in der kontinuierlichen Zusammenarbeit der organisierten Gruppen. Aus dieser längerfristig angelegten Politik entwickelt sich das Vertrauen und Wissen, um schwierigere Ziele anzugehen – wie eben Kampagnen, Erarbeitung von Positionen und perspektivisch Ansätze für Lösungen gesellschaftlicher Widersprüche.

An dieser Politik beteiligen sich inzwischen 10 Gruppen, die in ihren Städten und Regionen durchgängig zu den treibenden Kräften in der Antifa-Arbeit gehören.

Passauer Linksliberale bilden Kette um NPD-Versammlungsort 7.2.98, während die autonome Antifa den Nazis direkt entgegentritt. »Politisches Ziel ist die regionale Verankerung, die Arbeit vor Ort, die erst die Grundlage für gemeinsame Aktionen und die bundesweite Struktur der Organisation bildet.«





Antifaschistischer Schutzwall-Camp der Antifaschistischen Aktion bei Göttingen Frühjahr 1998: »Die Ausrichtung der Antifaschistischen Aktion ist inzwischen stärker auf Breitenwirkung und Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen ausgelegt.«

Die Mücke wird zum Elefant

Seit ihrer Gründung wird die Antifaschistische Aktion vom Verfassungsschutz hemmungslos aufgebauscht. Dies läßt sich erklären aus der Logik der – seit dem Mauerfall – auch nach Selbstdefinition überflüssig gewordenen Behörde. Wo es um Planstellensicherung und Verteidigung der eigenen Existenzberechtigung geht, bleibt inzwischen nur noch der Bereich »Ausländische Geheimdienste« und »Industriespionage«. Erst in den letzten Jahren finden die Nazis als Medienrenner ansatzweise Beachtung - gleichzeitig immer die Antifa im Visier. Doch bei Bedarf steht der Feind noch immer links; dann wird eine längst aufgelöste Organisation wie die »Marxistische Gruppe« als heimlich weiterbestehend deklariert oder aber die Antifa-Szene als Bedrohung der Inneren Sicherheit verkauft. Bezeichnenderweise findet dies in den Massenmedien keine Entsprechung.

Innerhalb der Linken ist die Wirkung der Antifaaktion beachtlich. Die Vorgaben jedenfalls, mit denen die AA/BO die Antifa-Gruppen reformieren wollte, sind längst zu allgemeingültigen Standards geworden: Pressearbeit, breite Bündnisse, Notwendigkeit der Organisierung usw.

Resümee

In den ersten sieben Jahren seit der Gründung kam es zu mehreren erfolgreichen Kampagnen im Antifa-Bereich. Die intensivste Beteiligung lag im Anti-Nazi-Bereich, inhaltliche wie organisatorische Schwierigkeiten ergaben sich bei den Versuchen, gesamtgesellschaftliche Themen praktisch aufzugreifen.

Ausgelöst durch die Unsicherheit des eigenen Antifa-Ansatzes, und der mangelnden Einschätzung der eigenen Wirkungsmöglichkeiten gab es in den ersten Jahren immer wieder heftige Diskussionen,ob wir uns als bundesweiter Zusammenschluß vorrangig gegen Nazis oder als gesamtgesellschaftliche Organisation ausrichten sollen. So kam es zu Aus- und Beitritten verschiedener Gruppen, die unabhängig von der Praxis und der Basisarbeit vor Ort vorrangig klärende Theoriediskussionen führen wollten.

Der von uns in dieser Broschüre präsentierte Antifa-Ansatz ist bundesweit auch heute keine verbindliche Grundlage. Gezeigt hat sich aber bereits sein Erfolg, da alle momentan neu hinzukommenden Gruppen Wert auf praxisorientierte Antifa-Politik auf revolutionärer Grundlage legen.

Deutlich geworden ist, daß das angestrebte Organisationskonzept von flächendeckenden Strukturen, die bundesweit koordiniert politisch wirken, zuwenig an den gesellschaftlichen Gegebenheiten orientiert war: Zusammenbruch der Restlinken, vorherrschendes Sektierertum/ Spaltereien, Kurzlebigkeit von Gruppenstrukturen. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Ausrichtung der Antifa-Aktion inzwischen stärker auf Breitenwirkung und Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen ausgelegt. Sympathisantentreffen oder Antifacamps sind die praktische Konsequenz. Entwickelt hat sich eine erfreuliche Kontinuität, die bereits zweimal den Auf- und Abschwung von Anti-Nazi-Kampf als Modethema überdauert hat.

Revolutionärer Antifaschismus als eigenständiger Ansatz, als Feld der »eigentlichen« Kämpfe, wurde erstmals mit der Gründung der bundesweiten Organisation »Antifaschistische Aktion« 1991 aufgegriffen.



Kontaktadressen Anti

Antifa Bonn/Rhein-Sieg

c/o Buchladen le Sabot
Breite Straße 76
53111 Bonn
Fax (0228) 69 51 93

Antifa Kritik und Kampf

c/o Libresso Buchhandlung
Bauerngasse 14
90443 Nürnberg
Büro: Do 18.00 bis 20.00 Uhr
Fon: (0911) 4 46 97 38
Fax: (0911) 2 72 60 27

Antifaschistische Aktion Passau

Große Messergasse 8
94032 Passau
Fon: (0177) 334 81 70
e-mail: antifa_passau@mailexcite.com

Autonome Antifa (M)

c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen
Fon/Fax: (0551) 54 90 81
e-mail: aam@mail.nadir.org
www.nadir.org/ nadir/ initiativ/ aam

Rote Antifaschistische Initiative

c/o M99
Manteuffelstraße 99
10999 Berlin

faschistischen Aktion

Antifaschistische Gruppe Hamburg

c/o B5
Brigittenstraße 5
20359 Hamburg
Fax: (040) 43 18 90 38

Autonome Antifa Heidelberg

c/o Infoladen Moskito
Alte Bergheimer Straße 7a
69115 Heidelberg
Fon/Fax: (06221) 2 26 52
e-mail: Autonome-Antifa-HD@Link-Ma.cl.sub.de
www.home.rno.de/ azhd/ aa/ antifa.htm

Autonome Antifa Weser-Ems

Kaiserstraße 19
26112 Oldenburg
Fon/Fax: (0441) 1 63 94
e-mail: weser-ems@hotmail.com

Rote Antifa Nürnberg

c/o Libresso Buchhandlung
Bauerngasse 14
90443 Nürnberg
Büro: Do 18.00-20.00 Uhr
Fon: (0911) 4 46 97 38
Fax: (0911) 2 72 60 27

Antifaschistisches Plenum & Jugend Antifa Aktion (JAA)

Cyriaksring 55
38118 Braunschweig
Fon: (0531) 8 38 28
Fax: (0531) 2 80 99 20
Jeden Montag ab 18.30 Uhr (JAA)

Kritik

Antifaschistisches Infoblatt, Berlin, 1996:

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder man betrachtet Antifaschismus als Teilbereich radikaler linker Politik und versucht, diesen so gut wie möglich zu organisieren. Oder man strebt die umfassende linksradikale Organisation an, die je nach aktueller Schwerpunktsetzung auch antifaschistisch wirkt, während sie zu anderen Anlässen Kapitalismuskritik, Internationalismus, Antisexismus, Hochschulpolitik usw. in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt. Wenn man aber unter dem Namen des Antifaschismus die linksradikale Organisation aufbauen will, weil man sich werbetechnisch von diesem Label etwas verspricht, dann schadet man beiden Anliegen. Man behauptet, Antifaschismus zu organisieren, während man in Wirklichkeit alles mögliche andere macht. Wenn man dann noch so auftritt, als wäre man der eigentliche Vertreter des Antifaschismus, indem man sich als DIE Antifaschistische Aktion Berlin ausgibt, treibt man das Spiel etwas sehr weit. (...)

Faktisch ist der Ertrag, den die Berliner Sektion der AA/BO für den antifaschistischen Kampf vor Ort bringt, eher gering. Diesen Eindruck hinterläßt nicht nur der 1.Mai-Recherche, Veröffentlichung von Rechercheergebnissen, Gegenmobilisierung zu faschistischen Aktionen, Selbstschutzstrukturen, Öffentlichkeits-und Pressearbeit gegen solche Strukturen, Anti-Repressionsarbeit usw. – in all diesen Bereichen ist der Beitrag der ehemaligen Antifa A+P kaum zu spüren. Stattdessen werden symbolische, aber handlungsunfähige Schwarze Blocks gebildet. Militanz wird nicht praktiziert, sondern als Mythos symbolisch inszeniert. Geschichtsarbeit drückt sich darum, selbstkritische Fragen zu stellen, und feiert lieber das vermeintliche Heldentum stalinistischer KPD-Apparatschiks. Die Verärgerung unter Antifas über die Anmaßungen dieser Gruppe ist groß. Es entsteht der Eindruck, daß die eigenen Aktivitäten gegen Faschisten für die Werbekampagnen von Leuten mißbraucht werden, die sich umgekehrt jeder kritischen Auseinandersetzung mit ihrer antifaschistischen Praxis entziehen.

Die Antifaschistische Aktion Berlin wird über kurz oder lang von aktiven AntifaschistInnen mit der Forderung konfrontiert werden: Entweder, ihr bekennt euch offen dazu, umfassende linksradikale Organisation zu sein. Dann muß das in eurem Namen zum Ausdruck kommen, dann solltet ihr euch ehrlicherweise nicht Antifa nennen. Oder ihr legt euren Schwerpunkt auf Antifa-Arbeit und nutzt eure Strukturen nicht nur zur Selbstdarstellung, sondern leistet euren Beitrag zum Kampf gegen die konkrete faschistische Bedrohung.

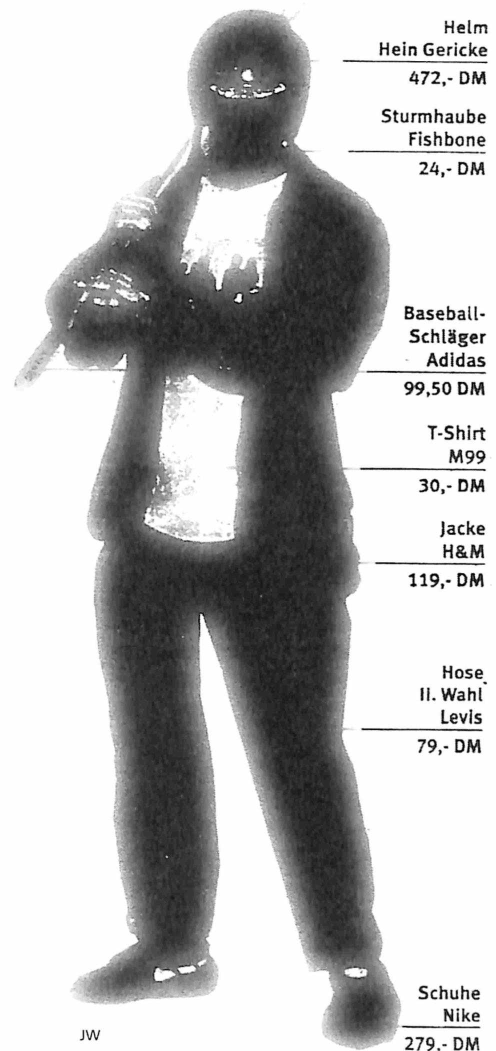
Für eine linke Strömung (FelS), Berlin, 1996

Wir und andere Gruppen forcierten daraufhin erneut die inhaltliche Diskussion anhand einer Grundlagen-oder »Programm«-Diskussion in der BO. Von Anfang an war klar, daß dies möglicherweise zu einer Trennung der Gruppen führen könnte, was wir allerdings nicht als negativ empfanden: es muß zwar in Bündnissen und Organisationen die Bereitschaft da sein, trotz gewisser Differenzen eine gemeinsame Linie mitzutragen, aber genauso muß die Linke als Grundlage auch Kriterien für die Zusammenarbeit definieren. Schließlich wollten wir kein loses Antifa-Bündnis, in dem von den Jusos bis zur KPD-ML und der autonomen Kiezgruppe alle mitmachen, sondern eine offene und breite Organisation, die sich über politische Gemeinsamkeiten definiert. (...)Darüberhinaus ist im Herbst 1995 die Zusammenarbeit der Berliner BO-Gruppen auch offiziell aufgekündigt, als ein durchaus spaßiger Brief der Berliner A+P verschickt wurde, in dem allen anderen Berliner BO-Gruppen mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit, Widersprüchlichkeit, Unverbindlichkeit sowie Unfähigkeit zu und das Versagen in der praktischen Arbeit vorgeworfen wurde. Außerdem nannte sich die Gruppe eigenmächtig in Antifaschistische Aktion Berlin um und beanspruchte ein Alleinvertretungsrecht. (...)

Die AA/BO ist eine klassische, recht verbindliche Teilbereichsorganisierung, wie es sie in den 80er Jahren schon mehrfach gab. Themen, die nicht mit Antifa zu tun haben, sind kaum durchzusetzen, Die politische Analyse bezieht sich fast ausschließlich auf den Ausgangspunkt Faschismus. Die AA/BO hat damit zwar eine unbestrittene Berechtigung als bundesweite Antifa-Koordination (also eine Teilbereichsorganisierung), aber sie verliert den für uns maßgeblichen und im Sommer 1993 formulierten Anspruch: die Ausweitung auf andere politische Felder. (...) Die Vorstellung einer Organisation mit Mitgliedschaft, Kassenwart und Zellenleitung, die Effizienzorientierung und Vertuschung interner Diskussionen, die (unbewußte) Orientierung am plattesten vorstellbaren Marxismus, all das ist immer noch verbreitet.

Jürgen Elsässer, junge Welt, (heute jungle world), Berlin, 1996

Die Leute von der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) haben für ihre Reklame PR-Spezialisten aus der Psycho- und Marketing-Branche angeheuert; frei von allen Spurenelementen einer politischen Analyse und in erstklassigem Bagwhanesisch bejubeln sie den Wurzen-Trip als »Motivationsschub« und versprechen beim Besuch ihrer Gruppentherapien »persönliche Weiterentwicklung«, die dem »Gefühl der politischen Wirkungslosigkeit« abhelfen soll. Auch beim »Ausarbeiten von Adreßverteilern« könne ihr Verein Tips geben. Keine Frage, eine linke Organisation ist notwendig. Was hier aber, ähnlich wie früher bei manchen K-Gruppen, unter diesem Schwindelettikett angeboten wird, ist ein zweiter Bildungsweg für bürgerliche Karrieristen. Vermittelt werden alle psychischen und organisatorischen Sekundärtugenden, die der künftige leitende Angestellte nach Abschluß seiner wilden Jugendjahre braucht.



JW

Rote Antifaschistische Initiative, Berlin, 1997

Prinzipienlosigkeit zum Prinzip erhoben oder wer nach allen Seiten offen ist, ist nicht ganz dicht (...)Eine der am liebsten von der AAB erhobenen Formulierungen ist die Floskel des »sammelnden Organisationsansatzes«. Das hört sich erst mal gut an (wir wollen ja schließlich alle mehr und stärker werden) und hat natürlich seine Berechtigung, da eine revolutionäre antifaschistische Organisation eine breitere Einheit herstellen kann als z.B. eine kommunistische Organisation, die sich bewußt auf bestimmte weitergehende politisch-ideologische Grundlagen stellt. Die Theorie des »sammelnden Organisationsansatzes« geht aber dann voll nach hinten los, wenn sich gegen jede eindeutige inhaltliche Positionierung ausgesprochen und eine Offenheit gegenüber allem und jedem in der »zersplitterten Linken« propagiert wird. Dies geht dann zu Lasten der glaubhaften Entwicklung einer revolutionären Theorie und Praxis. (...)

Natürlich ist es legitim zu diskutieren, ob wir uns als revolutionäre AntifaschistInnen zwar positiv auf die KPD-Gründer Liebknecht und Luxemburg berufen können, aber nicht auf Lenin. Aber das wird zumindest in Form einer inhaltlichen Kritik von AA/B nicht gemacht. Auch der Bezug zu Rosa Luxemburg ist bei AA/B nicht Ausdruck einer positiven inhaltlichen Bezugnahme auf diese Kommunistin, sondern wird damit begründet, daß Rosa Luxemburg »in verschiedensten Spektren Ausstrahlung« hat und »eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten« bietet. Diese Umwandlung des revolutionären Erbes Rosa Luxemburges in einen Krämerladen der Beliebigkeiten hat wohl eher etwas mit Leichenschändung als Ehrung zu tun. Rosa würde sich im Grabe umdrehen, angesichts des Wirkens der postmodernen Werbestrategen von AA/B. Die Skrupellosigkeit, die AAB hier im pragmatischen Mißbrauch der revolutionären Theorie an den Tag legt, zeigt sich auch in ihrer organisatorischen Machtpolitik. Hierbei spielt sie ihre Organisationsgröße voll aus und ist bemüht, ihren Führungsanspruch dadurch zu untermauern, indem sie versucht andere Ansätze, die sie als »unwichtig« (weil kleiner) abzutun glaubt und wo sie sich dementsprechend nicht einschleimen muß, an den Rand zu drängen. (...)

Der im LLL-Nachbereitungspapier formulierte Anspruch von AA/B: »Die Linke ist schwach und zersplittert. Gerade deshalb ist es nötig, offen zu sein für andere Ansätze und Erfahrungen, sich eben nicht auf eine bestimmte kommunistische Linie festzulegen und sich auch nicht nach allen Seiten abzugrenzen«, heißt in ihrer Praxis der revolutionären 1.Mai-Vorbereitung die Öffnung zu reformistischen, antikommunistischen Kräften und widerwärtigen Counter-Schweinen und das Mittragen einer Abgrenzungs- und Denunziationspolitik gegenüber KommunistInnen.«

Ausstiegserklärung eines Genossen, Berlin, 1997

Stalin – hart, aber gerecht. (...) Mit der Versicherung, grundlegende theoretische Bildung werde gewünscht, mein theoretischer Ansatz wäre ein sinnvoller Beitrag, wurde ich geködert, da man wußte, daß ich von der Praxis begeistert war. Verschwiegen wurde, daß es bereits zum Zeitpunkt meines Eintritts von Seiten einflußreicher AAB-Mitglieder starke Vorbehalte bis zu offenem Desinteresse an einem sog. »orthodoxen, kommunistischen Ansatz« gab, der zwar vorbehaltlos von den meisten Gruppenmitgliedern abgelehnt, aber von mindestens 90% der Gruppe überhaupt nicht einmal in

Ansätzen verstanden worden ist. Bei den übrigen 10% teilt sich dies in Personen, die zwar eine gewisse Ahnung davon haben, aber trotzdem im Gruppenmainstream mitschwimmen, da sie andernfalls sozial ausgegrenzt werden, und in Leute, die sich zwar für ausgesprochen fit halten und – ganz im Sinne eines Robert Kurz oder Heiner Karuscheid – eine sogenannte Weiterentwicklung des Marxismus fordern, aber in schallendes Gelächter ausbrechen, wenn ihnen vermittelt wird, man könne diverse, theoretische Ansätze anhand einer Klassenanalyse widerlegen. Es stellt sich die rhetorische Frage, was nicht verstanden worden ist. (...)

Die AAB ist eine vorbildliche Gruppe, was Medienwirksamkeit und Mobilisierungsfähigkeit betrifft, das aber ist nicht alles was zählt. Die AAB hat viele Mitglieder, aber auch das stellt sie nicht über andere Gruppen. Ein Genosse hat es – so finde ich – sehr treffend formuliert: Wer jeden nimmt, muß sich nicht damit brüsten, am Ende mit vielen Leuten dazustehen! Denkt einmal selbstkritisch über den Wahrheitsgehalt dieser Aussage nach und zieht Eure Lehren, das wünsche ich euch. Die AAB ist KEINE Strömungsorganisation, auch das sollte aus den letzten Austritten gelernt werden, bestimmte politische Ansätze sind bei Euch nicht willkommen, sind unerwünscht. Lockt nicht jeden in Eure Gruppe mit dem einen oder anderen Versprechen, sondern akzeptiert, daß ihr für die Bewegung einen gewissen Stellenwert einnehmen könnt. Ihr habt unbestreitbare Qualitäten, seht aber auch kritisch, daß es für die Revolution nicht ausreicht, nur Masse mobilisieren zu können. Es ist nötig, alternative Gesellschaftskonzepte zu entwerfen und auszuwerten. Dafür muß es Organisationen auf einer qualitativ höheren Stufe geben, die sich effektiver vor staatlicher Repression schützen und sicher auch schützen können als die AAB. Ich hoffe, mein Austrittspapier wird nicht als Pöbelei, sondern als Anregung zur Diskussion verstanden. Ich sage es ganz offen, ich erwäge die Argumente um meinen Austritt, meine Einschätzung der AAB öffentlich zu machen, nicht um euch zu diskreditieren, sondern um Menschen, die sich überlegen, Politik zu machen, eine mögliche Einschätzung zu geben, aus meiner subjektiven Sicht. Ich fordere Euch auf, am Ende der Diskussion ein öffentliches Fazit zu ziehen.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), 1997

Kleinbürgerlicher Führungsanspruch von PDS und Autonomen (...) jede Form des selbsternannten kleinbürgerlichen Führungsanspruchs verhindert dabei, daß die Massen ihre Angelegenheit selbst in die Hand nehmen. Eine solche autoritäre Führungsanmaßung praktizierten die Autonomen (Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation). Ohne den Aufruf der Aktionseinheit unterschrieben zu haben, übernahm der »Schwarze Block« eigenmächtig die Spitze des Zuges. Wie nicht anders zu erwarten, wurde so aus der Demonstration einer breiten Aktionseinheit in den Medien (u.a. ARD-Tagesschau 12.1.97) eine »Autonomen-Demonstration«. Zur Durchsetzung ihres kleinbürgerlichen Führungsanspruchs lehnen sie generell verbindliche Aktionseinheitsregelungen ab. Wer sich aber an nichts halten will, wer keine Pflichten und Verantwortung übernehmen will, der kann auch keine Rechte beanspruchen. Eine wirksame Opposition von unten, gegründet auf die tatsächliche Selbstorganisation der Massen, wird deshalb auch nicht zustande kommen, ohne daß der Führungsanspruch solcher kleinbürgerlicher Kräfte unterbunden wird.

Telegraph, Berlin, 1998

Es war schnell klar, daß es den Propagandisten dieser Organisation im wesentlichen um die Erringung einer politischen Vormachtstellung in der linken Szene ging: »Für uns ist Antifaschismus immer noch der beste Hebel für die Vermittlung antiimperialistischer Politik, weshalb wir uns unter diesem Vorzeichen organisieren wollen« (Diskussionspapier der Antifa M Göttingen, vom September 1991). Doch die erhoffte Debatte über die AA/BO blieb leider aus. In den folgenden Jahren gab es immer wieder Versuche, eine Diskussion über den zunehmenden Einfluß von ML- oder gar Stalinistischen Gruppen in der Antifaszene anzuregen, jedoch ohne Erfolg. Im Jahr 1998 ist die Situation nicht besser geworden. Im Gegenteil: Mittlerweile ist der AA/BO, zumindestens in Teilbereichen, das gelungen, was sie sich 1993 vorgenommen hatte. Sie ist mittlerweile zu einer der »wichtigsten« Antifa-Gruppierungen geworden. Antifa-Arbeit an der AA/BO vorbei ist nur noch schwer zu machen. (...) Diese beiden Gruppen, aber besonders die AAB, haben in beeindruckender Weise gezeigt, wie es gelingen kann, in einer Region (Berlin/Brandenburg) in der die gewachsenen Antifazusammenhänge die AA/BO stets ablehnten, eigene Gruppen zu schaffen und durch diese innerhalb von wenigen Jahren vorherrschenden Einfluß auf das zu haben, was Antifapolitik in dieser Region ausmacht. Aber es muß auch gefragt werden, wie dies möglich war. Wo waren die anderen Gruppen die es »besser« wissen müßten? (...)

Nachdem die Gruppe zunächst ein bedeutungsloses Schattendasein fristete, stieg sie dann doch allmählich zu einer gewissen Bedeutung auf. So war mittlerweile die wichtige Jugendarbeit im wesentlichen von der A+P, später in Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) umbenannt, bestimmt. Außer den Edelweißpiraten und der Antifa-Jugendfront stehen alle Jugendantifagruppen mehr oder weniger unter dem Einfluß der A+P/AAB. Partiell muß sich die Jugendfront das auch vorwerfen lassen, obwohl diese sich doch weitgehend unabhängig hielt, wandern immer wieder Leute zur A+P/AAB ab.

Dabei geht es den »Protagonisten« der A+P/AAB nicht so sehr um die Heranbildung einer antifaschistisch eingestellten Jugend oder der Schaffung einer antifaschistischen Jugendkultur, sondern vielmehr um die bedingungslose Rekrutierung und Ausbildung möglichst vieler, unter ihrem Einfluß stehender Jungkader. Ihre Kader stützen sich dabei auf eine, auf blanken Populismus reduzierte Politik. Aufklärung und soziale Verantwortung für die Kids wird durch einen krankhaften Hasskappenkult, mackerhaften Militanzfetischismus und auf maximale Pressewirksamkeit ausgerichtete

Schnellschußaktionen ersetzt. Den Kids wird vermittelt, sie wären umringt von Faschisten und nur die AA/BO bzw. die A+P/AAB würden dagegen etwas tun. Dabei kommt es gelegentlich auch vor, daß die Jungkader in unverantwortlicher Weise in Situationen geraten, auf die sie nur schlecht oder gar nicht vorbereitet sind. So wurden in mehreren Fällen 12-15-jährige in ihrer Schule von AABlern für Demos und Aktionen angeheuert, ihnen aber nicht die Gefahren aufgezeichnet. Die Kids, die nicht mal das Minimum an Verhaltensregeln auf Aktionen vermittelt bekamen, keinen Anwalt kannten und wahrscheinlich noch nie in Auseinandersetzungen mit Faschisten oder Polizei geraten sind, wurden Situationen ausgesetzt, denen sie oftmals nicht gewachsen waren. Derartiges endet dann schnell im Krankenhaus, der Gefangenensammelstelle oder vor dem Haftrichter. (...)

Ein weiteres Beispiel für die Machtpolitik der A+P/AAB ist das erfolgreiche Unternehmen, die Antifastrukturen des Landes Brandenburg unter ihre Kontrolle zu bekommen. (...) Die Situation war schnell so, daß die AA/BO-Gruppen mit ihren vorgefertigten Konzepten, Aktionen, Vorgehensweisen und Denkschematas auf den Treffen erschienen und die übrigen Gruppen, nur noch, dankbar und von der eigenen jugendlichen Naivität und Faulheit getrieben, abnicken mußten. Versuche einzelner Leute und Gruppen, der Politik der AA/BOler entgegenzusteuern, scheiterten an der Gleichgültigkeit der übrigen Brandenburger Antifas. Ihnen war der Spatz in der Hand lieber, als die Taube auf dem Dach. (...)

Während die »alten« Antifas in Berlin zunehmend den Draht zu den »Kids« verloren, war in ihren Gruppen eine nur noch schwer aufzuhebende Überalterung der Aktivisten nicht mehr zu leugnen. Der A+P/AAB hingegen, für deren Tun die »Alten« nur ein müdes Lächeln übrig hatten, gelang es zunehmend, diesen verlorengehenden Einfluß auf sich zu vereinigen. Es gelang ihr, die personellen und inhaltlichen Lücken mit ihren oftmals sehr simplen, aber attraktiven Inhalten zu füllen. Statt sich jedoch gegen diese Hegemoniebestrebungen zu wehren, reihten sie sich, sei es aus Faulheit oder Konzeptionslosigkeit, hinter den Führungstransparenten der A+P/AAB ein und spielten das »Wir sind eine starke Gemeinschaft«-Spiel, nicht ohne sich selbst in die Tasche zu lügen: Besser die machen was, als gar keiner. (...)

Besonders diejenigen, die schon zu DDR-Zeiten Antifaarbeit leisteten oder aber ausreichend negative Erfahrung mit dem DDR-Staat gemacht hatten, wußten sehr schnell massive Vorbehalte gegen die Politik und dem Wesen der AA/BO zu äußern. Neben der Kaderpolitik, dem Wunsch Avantgarde, bzw. Protagonist der Bewegung sein zu wollen, neben dem fast zur Tugend gemachten Militanzfetischismus , war vor allem der inhaltliche Bezug auf KPD und Thälmann, die fehlende Distanz zum stalinistischen Totalitarismus und letztendlich die Bedenken- und Bedingungslose Aufnahme von Stalinisten in die eigene Gruppierung, die bei vielen Ostlern auf Ablehnung stieß. (...) In Antifastrukturen, wie der AA/BO, herrscht ein extremer Anpassungszwang, konform mit der jeweiligen Situation zu schreien und eigene Zweifel nicht äußern zu können. Es wird selbstständiges Denken und Handeln verhindert, anstatt gefördert. Unnahbar arrogant wird oft gegenüber sogenannten Unpolitischen aufgetreten, und Menschen werden schnell in die vorbereiteten Schubladen gepackt: Fascho oder Sexist, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, sich mit der sozialen Wirklichkeit der Leute näher auseinanderzusetzen und an den vorhandenen Widersprüchen im Denken anzusetzen. Viele dieser »Antifas« verhalten sich nach außen wie eine eingeschworene Glaubensgemeinschaft, ohne wirkliches Interesse an den Menschen in ihrer direkten Nachbarschaft.

G.A.L.L.E. (Militante AntifaschistInnen aus Berlin und Umland), 1998:

Die AAB gibt sich als Gruppe gern den Anschein, Faschos militant und entschlossen entgegenzutreten. So liest mensch in jedem Aufruf der AAB, Antifa heiße Angriff, mensch müsse den Faschos direkt entgegentreten usw. Zusammengefaßt ist die Praxis dann im Gegensatz zu verbalradikalen Ankündigungen als abwiegelnd, ganz und gar nicht militant bis teilweise bieder zu benennen. Wir veranschaulichen am Beispiel Saalfeld: Ein immer schon verlautbarter Ansatz der AAB ist die Bündnisarbeit auch mit Parteien, bürgerlichen Gruppierungen, Pfaffen usw. In dieser Arbeit scheint die AAB mit zunehmender Größe des staatstragenden Bündnisses an Linksradikalität einzubüßen. Wie sonst wäre zu erklären, daß vom Saalfelder Bündnis nicht ein ernstzunehmender Versuch gemacht wurde, den Naziaufmarsch und damit die Protagonisten und radikalsten Teile des -Rechten Konsens wenigstens zu behindern(...) Stattdessen bemühten sich AAB-Leute, wie wir erfahren haben, den Bus-Konvoi auf den gesteckten Pfaden der Polizei zu leiten, um den Konsens im Bündnis nicht zu gefährden. Auf »Wenigstens eine große Demo mit Bündnis« ist geschissen, wenn vorher die Faschos ungestört durch die Stadt marschieren und nicht versucht wurde, ihnen wirklich offensiv entgegenzutreten mit oder ohne Bündnis. (...)
Was uns dabei so nervt, ist, daß wenn beispielsweise die Jusos so agieren, dies hier keine Zeile wert wäre, denn JedeR weiß, wie die Jusos sind. Die AAB und auch andere Gruppen der BO dagegen profitieren von der Ausstrahlungskraft, die die undogmatische, radikale Linke, und hier besonders autonomer Antifaschismus in den 80iger Jahren durch entschlossenes Auftreten gegen Nazis, durch »Nicht nur Labbern sondern Handeln«, durch erfolgreiche militante Aktionen gegen Faschos und RassistInnen, durch ein kulturelles Umfeld, das nicht von Gehorsam und Beachten gesellschaftlicher Spielregeln geprägt war, errungen hat. (...) Mit der von der AAB hier skizzierten, praktizierten Politik wird das Potential der Sprengkraft außerparlamentarischen Widerstands, gerade im Bereich Antifaschismus, geschwächt und schlimmstenfalls kanalisiert auf einen langen Weg in die Parlamente und andere Institutionen dieses Systems, am Ende auf jeden Fall harmlos und staatstragend.

Selbstkritik

**Mein Gott, was bin
ich denn schon groß?
Ich bin ein Schwein
auf einem Floß.
Ein kleines Floß im
Strom der Zeit,
ein Sinnbild der
Vergänglichkeit.
Ein Punkt im Raum,
ein Nichts im Sein,
war da je Strom, je
Floß, je Schwein?**

(Zitat aus der Broschüre »IWF:Weltzahltag«)

[AAB] Anzeigenseite

[illegible] immer, aber immer öfter.